

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 11. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 26 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berührung-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengründe und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Episode.

Seute beginnt in dem dem Haß und der Verachtung des Volkes anheimgefallenen Privilegienparlament Preußens die zweite Lesung des Gesetzes, das die Urpation der Junker befestigen soll. Die Herren, die die freie Selbstbestimmung des Volkes fürchten als ihren politischen Tod, werden sich erschrecken, darüber zu beschließen, wie der Raub am Volksrecht, auf dem ihr Dasein beruht, ungeschmälert erhalten bleiben kann. Aber so selbstbewußt und herausfordernd auch die regierenden Junker, so hinterhältig und trügerisch ihre klerikalen Helfershelfer reden werden, eins werden sie doch nicht verhehlen können — ihr schlechtes Gewissen und das Gefühl der beginnenden Unsicherheit.

Das miserable Nachwerk, das der schwarz-blaue Schnapsblod in der Kommission zusammengebraut hat, soll nach den Absichten der Herren möglichst schnell Gesetz werden, um der anschwappenden Massenbewegung das Objekt ihrer Erbitterung zu nehmen. Doch wenn eins sicher ist, so ist es dies: dieses einzige Ziel, das die verbündete junkerliche und klerikale Reaktion im Auge hat, wird mißlingen. Die schlimmen Absichten der Volksfeinde werden scheitern an der mächtigen Bewegung, die die Massen erfasst hat, an der Erkenntnis, die die zahllosen Versammlungen und Manifestationen der letzten Wochen in das Bewußtsein der breitesten Volksschichten gehämmert hat: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen ist die Bedingung jedes politischen und sozialen Fortschrittes im Deutschen Reich. Aus dem Kammer unserer politischen Zustände, aus der Rückständigkeit einer überlebten Kastenherrschafft können wir an das Licht politischer Freiheit und politischer Selbstbestimmung nur gelangen, wenn wir das Junkerjoch abwerfen. Die Junker aber müssen in Preußen niedergedrungen werden, zum preußischen Landtag müssen sie hinausgejagt werden und dazu brauchen wir das gleiche Wahlrecht.

Wenn aber die Massen erst einmal erkannt haben, daß die Durchsetzung einer politischen Forderung an ihre Lebensinteressen greift, dann wird ihre Bewegung auf die Dauer unwiderstehlich. Die Herren Privilegienhüter mögen noch so oft sich auf das Stück Papier berufen, auf dem ihr verhasstes Vorrecht geschrieben steht, jene Verordnung, die einem allzu geduldigen Volke in den Zeiten der schlimmsten Reaktion aufoktropiert wurde und in seinem Bewußtsein nie und nimmer Rechtskraft erlangt hat, die lebendige Bewegung der Massen wird über das vermoderte Unrecht trotz alledem den Sieg davontragen.

Und das fühlen auch die Herren trotz aller Arroganz, mit der sie über die Forderung des preußischen Volkes zu reden und zu beschließen wagen. Daher ihre maßlose Erbitterung über die Volksbewegung, die sich aus sich selbst heraus neue Mittel der Manifestation geschaffen hat. Daher ihr beständiger Schrei nach mehr Polizei — nach Hügerer auch, fügen sie neuerdings leise hinzu —, daher der Wunsch nach einem Blutbad und nach neuen Ausnahmegeetzen. Aber was früher einmal für die schwache Bewegung eine Gefahr, ist heute der ungeheuer erstarkten gegenüber nur tödliche Drohung. Die strudellose Hebe verrät nicht nur die eblen Absichten der Privilegienhelden, die die Forderung des Volkes nach seinem Recht in Blut erstickten möchten, sie verrät vor allem auch die Unsicherheit der Herren. Sie wissen, trotz des erhabenen Ernstes, mit dem sie an ihr Schandwerk gehen, trotz der Wichtigkeit, mit der sie den „Abschluß der Verfassungskonferenz“ verkünden werden, die Wahlrechtsbewegung bleibt, was immer sie beschließen werden, ob ihr Nachwerk in der einen oder anderen Form zustande kommt oder auch ganz scheitert. So bilden die parlamentarischen Verhandlungen nur eine Episode in der Wahlrechtsbewegung und mehr als eine Episode bedeuten sie nicht.

Dies beweist ja auch die ganze bisherige Entwicklung der Wahlrechtsbewegung. Das Gesetz des Herrn v. Bethmann mag wie immer beurteilt werden, darin stimmt Freund und Feind überein: dieser Vapallien wegen brauchte wirklich nicht erst der Apparat einer Verfassungsänderung in Szene gesetzt zu werden. Wenn das Dreiklassenrecht keiner anderen Reform bedürfte, dann wäre die Reform wirklich herzlich überflüssig. Und was von der Regierungsvorlage, gilt in mindestens gleichem Maße sicherlich von der Kommissionsvorlage. Rein, was den parlamentarischen Vorgängen überhaupt erst Bedeutung gibt, was sie so gründlich unterscheidet etwa von den ähnlich „bedeutsamen“ Reformen früherer Zeiten, der Einführung der Drittelung nach den Wahlbezirken und der Vermehrung der Mandate, das ist einzig und allein der Umstand, daß die jetzigen Reformversuche, so elend sie sind, erzwingen wurden von der Volksbewegung draußen und daß sie selbst so mächtig beigetragen, diese Bewegung zu verbreitern und zu vertiefen. Eben deshalb aber sind nicht die parlamentarischen Ereignisse, sondern einzig und allein die Wirkung auf die Massen das Bedeutsame.

Und kein Zweifel, die Beratungen und Beschlüsse des Reichsparlamentes werden diese Bewegung aufs neue fördern. Der Verrat, den das Zentrum in der Kommission begangen hat, muß jetzt im Plenum vertreten werden. Nur dem Zentrum ist es zu danken, wenn die konservativen parlamentarisch die Herren der Situation geworden sind. Das Zentrum hat die einzige Reform, die einen, wenn auch geringen Wert

gehabt hätte, bereitet und die geheime Wahl, für die die Majorität gesichert war, dadurch illusorisch gemacht, daß es den Konservativen half, sie mit der indirekten Wahl zu verkuppeln. Denn die Freiheit der Wähler, die die geheime Wahl verbürgte, wird aufgehoben durch den Terrorismus, der die Aufstellung oppositioneller Wahlmänner verhindert. Für den Wähler ist es völlig gleichgültig, ob er nicht wählen kann, weil er die Vergewaltigung fürchten muß, oder nicht stimmen kann, weil es keinen Wahlmann seiner Partei gibt. Seine Stimme bleibt ihm geraubt. Daß aber das Zentrum diese Vergewaltigung der Wahlmänner mit Absicht und Bewußtsein erstrebt, beweist, daß es mit den Konservativen den Antrag niederstimmte, der es ermöglichen sollte, die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlbezirk zu nehmen; ebenso verweigerte das Zentrum allen Anträgen, die den Schutz des Wahlgeheimnisses der Urwähler bezweckten, die Ausnahme in das Gesetz.

Freilich beteuert das Zentrum, daß sonst die Konservativen nicht zugestimmt und ohne diese Zustimmung das Gesetz gescheitert wäre. Aber für diesen Schwindel wird es jetzt wenig Gläubige geben. Ist es doch so offensichtlich, daß die Bewegung der Massen allein die Reform in Fluß gebracht hat und stark genug ist, sie in Fluß zu erhalten. Selbst die preussische Regierung in all ihrer Junkerrechtsschafft hätte es nicht wagen können angesichts der Erregung im Lande eine Reform, die das geheime Wahlrecht gebracht hätte, scheitern zu lassen, weil die konservative Minorität widersprach. Und wenn, dann um so besser für eine wirkliche Reform. Nicht weil das Befessere des Guten Feind, sondern weil das Zentrum das Schlechte gewollt, deshalb hat es mit den Konservativen jenes elende Nachwerk fabriziert.

Freilich vor den Folgen seiner Laten ist dem Schnapsblod bange. Denn dieselben Parteien, die das Verbrechen an dem Volke im Dreiklassenhaufe begelien, wissen, daß sie dafür auch vor den Reichstagswählern werden Rechenschaft geben müssen. Und der Gedanke macht ihnen Pein. Deshalb suchen sie so krampfhaft die Nationalliberalen wenigstens auf ihre Seite zu ziehen, um nicht allein den Hauptsturm der betrogenen und vergewaltigten Wähler aushalten zu müssen. Vorläufig scheint es ja noch, daß die Nationalliberalen diesmal nicht dumm genug sein werden, dem Schnapsblod den Gefallen zu tun.

Aber die Konstellation der wahlrechtsfeindlichen Fraktionen im Abgeordnetenhaufe ist nicht wichtiger als die eine oder die andere Aenderung, die das Schandgesetz noch erfahren mag, nicht wichtiger auch als die Stellung der Regierung. Wir zweifeln nicht, daß Herr v. Bethmann seine Unterschrift unter die Wahlreform des schwarz-blauen Blocks ebenso gehoramt setzen wird, wie unter die Finanzreform derselben Parteien. Wir verstehen wirklich nicht, wie es noch Leute geben kann, die Herrn v. Bethmann zur „Wahrung der Regierungssautorität“ das Gegenteil raten. Die Regierung und Autorität?

So ist es denn am wahrscheinlichsten, daß die parlamentarische Episode, die heute beginnt, ziemlich rasch vorübergehen wird. Nicht vorübergehen, sondern bleiben und immer mächtiger und unwiderstehlicher werden wird die Wahlrechtsbewegung. Solange die Entretung fort-dauert, solange dauert der Kampf des Volkes um sein Recht. Und so mögen denn die Herren machen und beschließen, was sie wollen. Unsere Antwort lautet:

Keine Ruhe in Preußen, bevor das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht errungen ist.

Der Wahlrechtskampf.

Der „wohlunterrichtete“ Herr v. Jagow.

Der Herr Polizeipräsident von Berlin hat offenbar den Ehrgeiz, der fleißigste Mitarbeiter der Berliner Presse zu werden. Am Donnerstag hat er abermals einen Beitrag versendet. Wir haben gegen diese Betätigung des Herrn v. Jagow erheblich weniger einzutenden, als gegen seine Maßnahmen wider friedliche Demonstrationen und seine Strangulation des Vereinsrechts. Zumal Herr v. Jagow bei seinem papiernen Feldzug gegen den „Vorwärts“ — denn gegen den verpöht er die amtliche Kinte — nicht glücklicher ist als in seiner Strategie wider den Wahlrechtspaziergang.

Daß Herr v. Jagow das Bedürfnis empfindet, sich selbst in die journalistische Arena zu stürzen, das begreifen wir zudem sehr wohl. Die „Ordnungs“-presse hat sich ihrer Aufgabe, die Polizei herauszuhauen, sehr wenig gewachsen gezeigt. Sie hat sich von ihrer Wut über den Erfolg der Roten, von ihrem Entsetzen über den gelungenen Streich der Gehachten derart hinreizen lassen, daß sie darüber vergaß, wie sehr ihre Darstellung die Polizei in den Augen der Öffentlichkeit blamieren mußte. Deshalb nimmt nun der Präsident der Blamierten ihre Rechtfertigung selbst in die Hand. Freilich hat er sich zuviel zugetraut — die Strategie der Argumente will ebenso beherrschbar sein wie die Strategie der Ab-sperrungen und Straßenattaken.

Herr v. Jagow versichert also heute der Welt, daß er verkleumet werde, wenn man ihm nachfrage, daß er durch die Demonstration im Tiergarten überrascht wurde, und das denkt er auf folgende Art zu beweisen:

Das lgl. Polizeipräsidium teilt mit:

Die sozialdemokratische Presse behauptet, die Sonntagsdemonstranten hätten mit ihrem Abzuge nach dem Tiergarten die Polizei überrascht. Daß die Demonstranten, von Treptow abgewiesen, nach dem Innern der Stadt ziehen würden, war von vornherein klar, daß sie, von Schloßinsel, Linden und Wilhelmstraße abgewiesen, den Tiergarten aufsuchen würden, von vornherein wahrscheinlich. Entsprechend ist polizeilich vorweg disponiert worden: lediglich 500 Mann, also weit unter 10 Proz. der Mannschaft, nach Treptow, das Groß nach dem Zentrum. Wenn die Polizei im Tiergarten nur gegen den allergrößten Unfug einschritt, war der Grund für diese Zurückhaltung nicht Ueberraschung, sondern Rücksichtnahme auf die ungezählten harmlosen Spaziergänger, die zu warnen unmöglich gewesen war.

Der Herr Polizeipräsident hat sicherlich den besten Willen, sich durch seine journalistischen Uebungen heraus zu helfen, er hat nur das Bed, sich immer mehr hereinzureiten. So verrät er durch dieses Schriftstück der erstanten Öffentlichkeit, daß er und seine Untergebenen noch heute nicht wissen, daß die weit überwiegende Mehrheit der Demonstranten gar nicht die Absicht gehabt hat, nach Treptow zu ziehen, sondern direkt nach dem Tiergarten zog, daß nur ein ganz kleiner Teil der organisierten Berliner Arbeiterschaft in Treptow demonstriert hat — „demonstriert“ in einem besonderen Sinne und zu einem Zwecke, der einem Strategen von anderen Qualitäten als Herrn v. Jagow längst klar geworden wäre.

Außerdem begehrt der Herr Polizeipräsident den groben Kunstfehler, der Leichtgläubigkeit des Publikums allzuviel zuzumuten. Er, der den weitaus vom großstädtischen Verkehr liegenden Treptower Park den Demonstranten hermetisch sperrte, er will glauben machen, daß er den Tiergarten denselben Demonstranten zur gefälligen Benutzung ruhig überließ, den Tiergarten, der an die Linden stößt! Er will glauben machen, daß er seine Dispositionen mit Rücksicht auf eine Demonstration im Tiergarten getroffen hat und er gibt selbst zu, daß es unmöglich gewesen war, die Spaziergänger zu warnen. Das ist ja das Eingeständnis, daß die Polizei am Morgen des Sonntag noch nichts von der Absicht der Arbeiterschaft ahnte, in den Tiergarten zu ziehen.

Herr v. Jagow vergißt auch, daß jedes Berliner Kind weiß, wie leicht sich der Tiergarten gegen Norden durch Ab-sperrung der Spreerbrücken sperren läßt, er vergißt, daß er seine Schutzleute in Automobilen zur Stelle schaffen lassen mußte, und er vergißt schließlich völlig, daß nicht allein die sozialdemokratische Presse, sondern auch die bürgerliche Presse, und darunter Blätter wie die „Kreuzzeitung“ und ähnliche bezeugt haben, daß die Polizei überrumpelt wurde.

Angesichts aller dieser Zeugnisse hätte Herr v. Jagow wirklich klüger getan, wenn er geschwiegen hätte. Es hilft nun einmal nichts, der 6. März war ein Sieg sozialdemokratischer Organisation, Disziplin und Entschlossenheit über polizeiliche Gewalt und über ein System stupider und schmutziger Spitzel!

Die Räubergeschichte des großen Unbekannten.

Die der Herr Polizeipräsident am Mittwoch gläubig an die Berliner Presse weitererzählt hat, führte am Donnerstag einen an der Affäre Beteiligten auf unsere Redaktion, der dem Phantasiefesthalten des nicht genannten wollenden Herrn folgende Darstellung der grausamen Wirklichkeit gegenüberstellte:

Der Vorfall spielte sich folgendermaßen ab: Ich und noch zwei Bekannte gingen im Tiergarten am Kleinen Stern spazieren, als ein herittener Schutzmänn auf uns und unsere aus 25 Personen bestehende Gruppe zugeritten kam und ungefähr 5-6 Meter vor uns einen älteren Mann umriß. Dieser blieb wie bewußtlos liegen. Wir sprangen sofort hinzu und versuchten zunächst, den Ueberrittenen auf die Beine zu stellen. Er kniete jedoch sofort zusammen und sagte: Meine Beine müssen ab sein! Wir trugen ihn nun zu einem Polizeileutnant, zu dem wir in unserer Empörung sagten: Da haben Sie Ihr Opfer! Da haben Sie Ihren Sieg! Der winkte mit den Händen ab und verwies uns an die Unfallstation der Tiergartenwache. Mehrere andere Passanten trugen nunmehr den Verletzten zu einem angehaltenen Automobil, legten ihn in dasselbe und setzten sich selbst hinzu. Als sich das Automobil in Gang setzte, erhob sich einer der Insassen und brachte ein Hoch auf das Wahlrecht aus. Es war jedoch nicht der verletzte ältere Mann, den wir aufgehoben hatten, sondern ein anderer jüngerer Mann, der sich zu den Verletzten in das Automobil gesetzt hatte. Der Gut des Ueberrittenen war durch einen Hufstich vollständig demoliert worden und hatte ein großes Loch davongetragen.

Unser Gewährsmann hat sich nicht, wie der des Herrn Polizeipräsidenten geweigert, seinen Namen anzugeben. Er hat uns vielmehr bereitwilligst seinen Namen und Adresse und die seiner beiden Begleiter mitgeteilt und ist allezeit bereit, vor Gericht der Wahrheit gegen die blühende Phantasie des großen Unbekannten zum Siege zu verhelfen!

Einer, der um Eigentum und Besitz bangte.

Wir haben gestern von einem Aufstifter des Herrn Polizeipräsidenten geschrieben und von einem zweiten Spatsvogel, der ihn mißstifiziert habe. Wir schrieben das guten Gewissens, denn wir hielten es für unmöglich, daß es unter dem männlichen Geschlecht Berlins wirklich ein altes Weib gebe, das am 6. März um seinen gut gefüllten Geldbeutel gebangt hätte. Heute nehmen wir unsere frivolen

Bemerkungen zu dem rührenden Briefe vermühtig zurück. Unsere Vermutungen waren falsch — der Absender des Briefes und großmütige Spender der 300 M. ist kein Spahvogel, der um eines guten Scherzes willen 300 M. hinauswirft. Der Herr versteht vielmehr sehr gut zu rechnen und gibt sein Geld nur für sehr reale Zwecke aus.

Der Brief trägt nämlich die Unterschrift: Paul Krehmann und dieser Herr ist der Inhaber der Firma J. P. Trarbach Kachl, Weingroßhandlung, Französischstr. 28.

Der Herr Paul Krehmann, J. P. Trarbach Kachl, ist also der Kaiser, der am Sonntag, den 6. März, um sein liebes Eigentum so juchend gejubelt hat, daß er hinterher in der Freude, der Gefahr heil entronnen zu sein, in der Freude über die gute Bewachung seiner Geldschränke durch die Polizei ihr dreihundert Mark geschenkt hat!

Oder nun mir dem Herrn Krehmann Unrecht, ist er gar nicht der ängstliche Herr, der zu sein er in seinem Schreiben vorgibt? Wir haben Grund, es zu seiner Ehre anzunehmen.

Über Herr P. Krehmann muß doch einen zureichenden Grund haben, sich als angsterfüllter Würger dem Herrn Polizeipräsidenten zu nähern, die Arbeiterchaft zu bekämpfen und schließlich gar noch aus feuerfestem Geldschrank 300 blankte Mark zu spenden.

In der Tat, wenn Herr P. Krehmann 300 M. ausgibt, so weiß er sehr genau, was er tut. So verfolgt er einen realen Zweck. Denn wenn ein Hoflieferantentitel auch sehr vielen Menschen als eine Sache erscheinen mag, die nur Liebhaberwert hat, ein guter Geschäftsmann weiß, was sie auf dem Markte gilt und daß sie mit 300 M. durchaus nicht zu teuer bezahlt ist.

Und so entpuppt sich der rührende Brief, den der Herr Polizeipräsident voll Stolz der Öffentlichkeit übergeben hat, als eine sehr niedrige Spekulation.

Und es bleibt uns nur noch die Frage: Hat der Polizeipräsident, als er den Brief an die Presse und das Geld an die Beamten gab, um diese Spekulation gewußt, oder ist er auch dem Herrn P. Krehmann aufgefallen?

Ueber die Ungültigkeit des Verfahrens, das der Herr Polizeipräsident beliebt, als er die Spende eines Privatmannes an Beamte verteilte, wäre noch manches zu sagen. Trüffelberg anzunehmen, ist preussischen Polizeibeamten im allgemeinen nicht erlaubt! Wieleicht äußert sich auch über diesen Punkt unser schreibselbiger Polizeipräsident!

Jagods Wirtschaft vor den Stadtverordneten.

Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat zu dem Polizeietat folgenden Antrag gestellt:

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die von dem Polizeipräsidenten veranlaßte, am 6. März vorgenommene Absperrung des Treptower Parks und die Behinderung der Bürgerchaft in der Benutzung von Berliner Straßen, Parks und Plätzen.

Ein Zeichen proletarischer Solidarität.

Aus Frankreich geht uns folgender Brudergruß zu:
Paris, 10. März.

Die Seine-Föderation der Sozialistischen Partei drückt dem preussischen Proletariat in seinem Kampfe gegen den Absolutismus der Junkerschaft ihre brüderliche Sympathie aus, überzeugt, daß die Eroberung des gleichen Stimmrechts dazu beitragen wird, die Bande, welche die Proletarier Frankreichs und Deutschlands verbinden, noch fester zu knüpfen. Sie wünscht den Kämpfern aus vollem Herzen den Sieg.

J. A.: H. Laband.

Frankfurter Wahlrechtsdemonstranten vor Gericht.

Bei dem Zusammenstoß zwischen Polizei und Wahlrechtsdemonstranten am 13. Februar wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und ein Teil der Verhafteten wurde hinterher mit Strafmandaten in Höhe von 30 M. bedacht. Die Betroffenen beantragten natürlich richterliche Entscheidung, und Donnerstag unterlagen sieben solcher Strafbefehle der Nachprüfung durch das Schöffengericht Frankfurt a. M. Im ersten Fall wurde der Strafbefehl bestätigt mit folgender Begründung:

„Die Strafe sei für den Verkehr da, und wenn sie diesem entzogen werde, so sei dazu eine Genehmigung erforderlich. Es würde in letzter Zeit von einer bestimmten Seite das Recht auf die Strafe proklamiert, und wer sich hierbei beteilige, von dem müsse angenommen werden, daß ihm das geltende Recht nicht besonders am Herzen liege. Der diese Willensäußerung unternehmbar an den Tag lege, der dürfe sich auch nicht wundern, wenn ihn das Gesetz mit seiner ganzen Schwere strafe.“

Der zweite zur Verhandlung stehende Fall betraf einen Tageelöhner, der 30 M. Strafe zahlen sollte, weil er auf der Straße ein Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht hatte. Der Amtsanwalt wies auf die bekannte Kammergerichtsentscheidung in einem früheren gleichen Fall hin. In jenem Falle sei nur deshalb ein Freispruch gefällt worden, weil nicht festgestellt worden sei, daß der Angeklagte die öffentliche Ordnung gefährdet habe. Der heutige Angeklagte habe sie aber gefährdet, weil durch seine Ausrufe die Menge wieder erregt worden sei. Das Gericht sprach indes den Angeklagten frei, weil ein großer Aufzug nicht vorliege. Nach den Erfahrungen, die man bisher bei solchen Gelegenheiten gemacht habe, sei in derartigen Hochrufen eine Gefährdung des Publikums nicht zu sehen.

Die übrigen Fälle stehen noch zur Verhandlung.

Die Mannesleute.

Das Zentrum schweigt.

Der Streit um die kapitalistischen Interessen der Gebrüder Mannesmann füllte auch die die ganze Mittwochsitzung der Budgetkommission des Reichstags, ohne daß die Diskussion zu Ende geführt wurde.

Herr Eichhoff erklärte für seine Person — nicht für die Fraktion, wie er ausdrücklich hinzufügte —, daß das Auswärtige Amt in der Mannesmannsache die deutschen Interessen nicht genügend gewahrt habe. Das ergebe sich schon aus den Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer. Der deutsche Gesandte in Tanger, Dr. Rosen, habe seinerzeit Herrn Mannesmann zu dem vorzüglichen Abjahl mit der marokkanischen Regierung beglückwünscht! Er habe also die Verteilung der Bergwerksrechte durch Sultan Abdul Aziz als nicht in Widerspruch mit dem Artikel 112 der Algeriasache betrachtet! Das Unglück sei nur gewesen, daß Dr. Rosen in Urlaub ging und sein Nachfolger, v. Wangenheim, gar nicht informiert war und offenbar nicht einmal wußte, daß eine Abschritt des Abkommens im deutschen Konsulat niedergelegt war! — Eichhoff beantragte schließlich eine Resolution, in der die Schwierigkeiten, welche der Regierung wegen der deutschen Marokkointeressen erwachsen sind, anerkannt werden, aber wegen der hohen Bedeutung der in Frage stehenden wirtschaftlichen Interessen von ihr die Unterstützung der Mannesmannschen Ansprüche verlangt wird.

Der Nationalliberale Dr. Arning: Er habe gestern bei den Darlegungen des Unterstaatssekretärs des Gefühl gehabt, daß das Auswärtige Amt sich selber der Unhaltbarkeit seiner Stellung bewußt zu werden beginnt! Es sei gar nicht wahr, daß die Algeriasache den Sultan verhindert hätte, Bergwerksrechte zu vergeben, denn der Sultan sei der Staat! Die Ausbeutung der Minenfelder in Marokko liege nicht nur im Interesse der Gebrüder Mannesmann, sondern mehr noch im Interesse der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft: weil wir Erz brauchen, wenn wir Maschinen bauen wollen. —

Abg. Mugdan erklärt, er gebe auf die Gutachten nicht allzu viel. Jedenfalls stehe fest, daß die Ansprüche der Gebr. Mannesmann nicht einwandfrei seien; daher könne man es dem Auswärtigen Amt nicht verdenken, wenn es sich nicht allzusehr dafür ins Zeug gelegt habe! Wenn die Gebr. Mannesmann sich ihrer Sache sicher fühlten, so könnten sie ja auf den Vorschlag des Auswärtigen Amtes (ein Schiedsgericht einzusetzen) eingehen. Zweifellos sei bei der ganzen Angelegenheit auch die Sache; denn das Eintreten mancher Blätter für Mannesmann bringe einem auf den Gedanken, daß hier, wenn auch nicht der Rubel, so doch das Markstück und die Doppelkrone rollen!!

Scheidemann schließt sich den Vermutungen Mugdands wegen der rollenden Doppelkrone an und glaubt schon aus dem Stil schließen zu können, daß die Publikationen auf einen bestimmten Personenkreis zurückzuführen sind. Er sei soeben vom Fürsten v. Hafffeld darauf aufmerksam gemacht worden, daß der „Hannoversche Courier“ folgenden Artikel in seiner neuesten Nummer gebracht habe:

„Herr von Schoen hat ein Novum im Verkehr amtlicher Stellen mit der Sozialdemokratie geschaffen, indem er zwei sozialdemokratische Abgeordnete, die Genossen Scheidemann und Dr. Südekum, nach dem Auswärtigen Amt hat bitten lassen. Dort hat er sie selbst empfangen und für seine Auffassung der Mannesmannsache zu gewinnen gesucht. Es ist ihm jedoch nicht gelungen. Der Fehler lag offenbar daran, daß er sich in den Mitteln vergriffen hat. Er hat ihnen nämlich feilenlang aus dem Reichsbuch vorgelesen, und mit den Deduktionen des Reichsbuches Anhänger werden zu wollen, ist ein Verzicht, der — wie jeder Verzicht mit untauglichen Mitteln — keinen Erfolg haben konnte.“

Demgegenüber erklärte Genosse Scheidemann:

„Ich habe niemals außerhalb des Reichstags ein Wort mit dem Herrn Staatssekretär Schoen gesprochen. Er hat mir auch niemals Stundenlang aus dem Reichsbuch vorgelesen!“

Uebrigens — so führte Scheidemann weiter aus — hätte der Staatssekretär auch gar nicht nötig gehabt, wie das Blatt unterstelle, zu versuchen, ihn von seiner Meinung abzubringen, denn die beide sich in dieser Frage im wesentlichen mit der des Staatssekretärs!

Die Annahme, daß der Sultan von Marokko das Recht habe, Bergwerksrechte in einer Größe von 60 000 Quadratkilometern zu verkaufen, sei jedenfalls sehr gewagt. Man könne bestimmt annehmen, daß die Herren Eichhoff, Arning und alle, die so warm für die Gebr. Mannesmann eingetreten seien, den entgegengegesetzten Standpunkt einnehmen würden, wenn es sich nicht um eine deutsche, um eine französische Gesellschaft handelte! — Der Standpunkt, den der Abgeordnete Arning eingenommen habe, der einfach meinte, wir brauchten Erz, somit mühten wir es eben beschaffen, ob wir nun hierzu ein formelles Recht hätten oder nicht, dieser Standpunkt müsse entschieden zurückgewiesen werden. Zunächst sei es nicht wahr, daß unser Erzreichtum bald erschöpft sei, zudem würde eine privatkapitalistische Gesellschaft, wenn wir ihr ein solches Monopol in die Hand gäben, natürlich ihre Ware auch an das Ausland liefern, so daß wir in diesem Falle wahrscheinlich (wie das auch bei der Firma Krupp der Fall gewesen sei) mehr bezahlen mühten als das Ausland! Die kapitalistischen Unternehmern wollen eben verdienen; das sei ihr einziges Bestreben.

Die Behauptung, daß die Anerkennung der Mannesmannschen Bergwerkskonzession für die deutsche Industrie und für die deutsche Arbeiterschaft ein Vorteil sei, werde nur gemacht, damit man die eigenen kapitalistischen Interessen desto rücksichtsloser vertreten könne!

Abg. Fürst v. Hafffeld und Abg. Dietrich sprechen sich gegen die Annahme einer Resolution aus, weil das als eine Niederlage der Regierung gedeutet werden könnte.

Die Abg. Haffsager, Stresemann und Semler wünschen die Annahme einer Resolution, damit die Debatte nicht ausgehe wie das Hornberger Schützen. Staatssekretär v. Schoen trägt dagegen Bedenken, weil die Resolution doch eine gewisse Richtlinie innezuhalten empfehle, was die Stellung der deutschen Regierung unangenehm erschwere.

Abg. Eichhoff zog hierauf seine Resolution zurück. Da aber Abg. Liebermann eine andere Resolution eingebracht hatte, so wurde die Verhandlung auf heute (Freitag) vertagt.

Die Liebermannsche Resolution lautet:

Nachdem die Brüder Mannesmann sich bereit erklärt haben, die bindende Verpflichtung zu übernehmen, daß das Marokko-Minen-Syndikat unter deutscher Führung bleibt und seine Bestimmungen sowie seine Aufträge der deutschen Industrie zukommen läßt, spricht die Budgetkommission die Erwartung aus, daß die Regierung auf das kräftigste die Bestrebungen unterstützen wird, die Bergwerkskonzessionen der Brüder Mannesmann zu sichern.“

Lueger.

Wien, 10. März. Bürgermeister Dr. Lueger ist heute früh 8 Uhr 5 Min. gestorben. Das Leichbegängnis Dr. Luegers wird auf Kosten der Gemeindefürsorge veranstaltet werden und Montag 11 1/2 Uhr vormittags stattfinden.

Dr. Lueger hat ein politisches Testament hinterlassen, in welchem er die Wahl des Prinzen Liechtenstein für die Leitung der Partei und Dr. Weisskirchner zum Bürgermeister der Stadt Wien empfiehlt.

Mit Lueger scheidet ein Mann aus dem Leben, der Jahrzehnte lang im Vordergrund der österreichischen Politik, insbesondere der politischen Kämpfe in Wien stand. Er war nicht nur der Führer der christlichsozialen Partei, sondern auch ihr Gründer. Schwer trifft Luegers Tod sein Gefolge, das nur durch des Verstorbenen Persönlichkeit als Partei begründet und als Partei über die ökonomischen Bedingungen ihres Entstehens erhalten werden konnte.

Daß Lueger in der Enge und Beschränktheit der österreichischen Politik als Persönlichkeit auffiel und sich durchsetzte, das ist wohl nicht erstaunlich. Er war der Wiener in der Politik, und die Wesensart dieser Stadt hat er reiflich verkörpert. Er plagte seine Wiener nicht mit Programmen und Theorien, für die sie nie Vorliebe hatten; ihrem Abscheu vor allem Schlingel trug er immer Rechnung; und er gab ihnen das, was sie immer gebraucht: eine Person, mit der sie sich „beschäftigen“ können, die populäre

Person in der Politik. Ein „schöner Mann“ — ohne Selbstironie konnte er sich in jüngeren Jahren selbst den „schönen Nazi“ nennen — mit einer klangreichen Stimme, die das ganze Register der Rede, vom platten Späß bis zum wichtigen Pathos, mühelos durchlief, wurde er bald der Abgott der kleinen Leute, die das liberale Proletariat nicht sehen wollte und großlich vernachlässigt hatte und die er zu Herren zuerst der Stadt, dann des Landes machte. Für diese rein persönliche Politik (Notto: „Unser Nazi wird's schon machen!“) war Wien der rechte Boden und Lueger der rechte Mann. Nur in Wien, das sich trotz allem Wachstum in seinem geistigen und politischen Leben die Kleinbürgerlichen Auffassungen bewahrt hat, konnte sich jener ständige Lueger-Taumel behaupten, und nur dieser typische Vertreter des Wienerturns, seiner Laister und Schwächen, aber auch seiner Gaben und Vorzüge konnte so lange und wechselvolle Jahre hindurch das Interesse eines großen Gemeindefens auf seine Person konzentrieren. Aber auch die Zeit war dieser Karriere günstig. Heute, wo die Arbeiterklasse einen bestimmenden Einfluß auch in Wien gewonnen hat, und gar in der Zeit des gleichen Wahlsrechts konnte auch ein Lueger seine Politik — eine Politik der persönlichen Eroberungen — nicht mehr anfangen.

Lueger hatte schon frühzeitig begriffen, daß sich in unserer Epoche politische Wirkungen nur durch politische Kräfte erzielen lassen, daß das Geheimnis der modernen Politik Organisation heißt. Er war vor allem ein großer Agitator: groß in der Verachtung aller moralischen Stupeln, aber auch groß durch die Energie seines Wesens und durch die Sieghaftigkeit seiner Erfolge. Er war der erste, der dem Bürgertum das Schauspiel einer organisierten und geschlossenen Partei bot, die er nach seinem Willen formte und zum Instrumente seiner persönlichen Machtpolitik ergoz. Er war der vorbildliche Demagoge: er hat die Partei der schillernden Programme erfunden, die für alles und für das Gegenteil von allem sein kann, die Partei der ausschneiderischen Versprechungen, des rohesten Tones, der blindwütigen Verleumdung des Gegners, des brutalsten Mißbrauchs behördlicher Gewalt; er hat gezeigt, was aus der bescheidenen Anordnung des Befehls, daß die Gemeindebehörde das Wahlgeschäft leitet, durch Wahlkäufte herausbeschriftet werden kann, und er hat vor allem gezeigt, wie politischem Machtbesitz Wirksamkeit verliehen wird. Lueger hat aus der Wiener Bürgermeisterschaft eine Machtpolitik gemacht, deren schwere Last viele Regierungen verspielt haben, und sein Rathaus war ebenso eine Burg wie der Wohnsitz des Monarchen. Er hätte auch als liberaler Bürgermeister werden können, er hätte in jeder Partei seinen Weg gemacht. Daß er, um mächtig zu werden, eine große Bewegung entwarf, alte Parteiformen zersprengte, sich seine eigene Partei schuf und durch sie Stadt und Land geradezu umwälzte, das zeigt, daß sein Ehrgeiz ins Volle griff und auf ernste Macht gerichtet war.

Die Luegerzeit ist deshalb eine beachtenswerte Erscheinung, weil in ihr der Versuch geglückt ist, das Kleinbürgertum politisch zu organisieren. Vorher Lueger seinen Eroberungsfeldzug begann, herrschten in Wien Liberale von einer gar sonderbaren Qualität. Wer sich dagegen wandte, daß die Beleuchtung der Stadt einer wucherischen ausländischen Gesellschaft ausgeliefert werde, der war ein „Feind der Freiheit“; wer es bekämpfte, daß ein privater Ausbeuter das Tramwaymonopol besitzen sollte, der bog ein „Rebel an dem höchsten Gedanken des Liberalismus“. Ein Künigler terrorisierte Wien, usurpierte Politik und Verwaltung, beherrschte Kunst und Wissenschaft, und wer nur ein Wort des Widerspruchs wagte, sah gegen das Joch einer düsterhaften, unzulässigen Presse aufbäumen, der ward geächtet und mit dem Worte „Antisemit“ abgetan. Die dumpfe Abneigung nun, die durch das Treiben jener liberalen Clique allenthalben erregt wurde, löste Lueger aus; er raffte alles zusammen, was sich unterhalb der Großbourgeoisie und oberhalb des Proletariats an Unzufriedenheit und Unzufriedenen gesammelt hatte: den von der Großindustrie bedrängten Handwerker, den von dem beherrschten jüdischen Konkurrenten geschlagenen Kleinhändler, die Massen der kleinen Beamten und Diener. Er taufte diese desperaten Haufen zuerst „bereinigte Christen“, dann „Christlichsoziale“ und drang mit ihnen immer tiefer in die Burg des Jenseits ein, die sich die feigen Liberalen aufgerichtet hatten, bis er sie eine nach der anderen eroberte. Begünstigt wurde er dabei durch das allgemeine Abwärtswandern des deutsch-österreichischen Liberalismus im Staate (Luegers Agitation setzte unter Laiffe ein), durch die Herabsetzung des Jenseits auf fünf Gulden, der den Massen des Kleinbürgertums das Wahlrecht gab, und vor allem durch die politische Rechtslosigkeit der Arbeiterklasse, die damals erst die schmerzhaften Folgen des Ausnahmestandes zu überwinden begonnen hatte. Als ihm dann, auf das Drängen der kurzfristigen Liberalen hin, Vadeni die Bestätigung als Bürgermeister verweigerte, umglangte ihn die Kurze des Märtyrers, und die Ungnade, die ihn erschmetzen sollte, mehrte nur die Schar seiner Anhänger. Der starke Einfluß des Merkantilismus, den er seiner Partei gab, trug ihm, für den anfänglich nur die Kapläne eintraten, dann auch die Gunst der Bischöfe ein; die kirchlichen Erzherzöge und Erzherzoginnen (und an denen ist am österreichischen Hofe kein Mangel) wurden Luegers wärmste Anhänger, und von 1867 an, wo er im ersten Treffen der fünften Kurie die Sozialdemokratie besiegte hatte, galt er oben und unten, beim Hofe und bei den Unternehmern, als das sicherste „Vollwert“ gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie, galt er als wahres Rüstzeug eines Patrioten, der die „Jüdischmagnaten“ bekämpft und Thron und Altar gegen alle Feinde beschützt. So kam er hoch empor, aber nie vergah er, wo die Wurzeln seiner Kraft lagen: in Wahlerfolgen.

Lueger war in Österreich der große Gegner der Sozialdemokratie, oder richtiger: nachdem er das Bürgertum erobert hatte, schmeichelte es seiner Eitelkeit, dafür zu gelten. War er es wirklich? Nicht als ob an seinem Haffe gegen die Partei, an deren Klassenbewußtsein sich sein Erobererzug brach und die dem Herz der bürgerlichen Massen die Rebereng versagte, nicht als ob an diesem Haffe zu zweifeln wäre, und auch nicht, als ob er jemals gegögert hätte, diesen Haff in brutale Tat umzusetzen: er hat die Arbeiter um ihr Recht in der Gemeinde in einer in ihrem Jenseits wohl wahrhaft beispiellosen Komödie betrogen, er hat sie verfolgt, so weit nur seine Macht reichte, und er hat sie mit den giftigsten Worten geschmäht, bis sie ihm an einem seiner Jubiläumstage die kräftigste Antwort gaben. Ueberhaupt konnte sein leichtfertiger Sinn den schärferen Ernst unserer Partei gar nicht verstehen, mühte ihm unsere Art, mit den Dingen zu ringen, ewig fremd bleiben. Aber war er in dem Sinne unser Gegner, daß er uns die Entwicklung sperrte? Vielleicht war es für die Wiener Sozialdemokraten von Nutzen, daß sie sofort mit dem härtesten Gegner zu ringen hatten, daß sie die Unzerstörbarkeit ihrer Kraft in dem schwersten Kampfe erproben konnten. Alles, was unzufrieden ist und nicht durchdringen kann zum Verständnis seines Leidens, hat Lueger zu seiner Partei formiert. Kommt aber die Erkenntnis und werden Luegers Nachfolger lernen, den Kapitalismus nicht bloß zu hassen, sondern auch zu begreifen, so wird die Sozialdemokratie auch dort den Boden bereiten finden, wo heute Luegers feinste Scharen stehen. Lueger hat uns nicht geschadet, und viele Kräfte, die er lebendig machte, werden einstmal für die Sozialdemokratie wirken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März 1910.

Postetat.

Aus dem Reichstag, 10. März. Eine unendliche Fülle von Einzelbeschwerden ist es, die naturgemäß von den verschiedenen Parteien beim Postetat zur Sprache gebracht werden. Denn die Mängel der Verwaltung treten hauptsächlich in lokalen Schmerzen zutage, die nach Abhilfe schreien. Die gemeinsame Grundursache all der Klagen war wieder die unter Herrn Kraetke bis zur Bizarrheit ausgewachsene Postbureaufkränkung, mit der anderwärts die mangelhafte Bezahlung der unteren Beamten und der Arbeiter Hand in Hand geht. Solche Beschwerden klangen schon aus den Reden der Vertreter bürgerlicher Parteien heraus.

Genosse Zubeil ergänzte sie noch durch die Verteidigung der auch in dieser Verwaltung arg benachteiligten politischen Rechte der Beamten und Arbeiter. Nachdrücklich und eindringlich brachte er die Maßregelung des Herrn Politisch zur Sprache und zeigte als ein Gegenstück dieser politischen Unduldsamkeit die Propaganda, die einige höhere Beamte unter ihren Untergebenen für den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie treiben!

Wie wenig rücksichtsvoll ein Unterbeamter unter gewissen Umständen behandelt wird, zeigte Zubeil an dem Fall eines Briefträgers Konrad in Würzburg, der auf die Beschuldigung durch einen Schauspieler, er habe Geld aus einem verschlossenen Briefe genommen, ohne gerichtliche Untersuchung, trotzdem Konrad selber sie beantragte, aus dem Dienst entlassen wurde! Auch bedauerliche Fälle von Kinderbeschäftigung wußte unser Genosse mitzuteilen.

Aus dem weiteren Verlaufe der Debatte ist besonders zu beachten, daß der Konservative Dr. Dröschler erklärte, durch Zubeils Eintreten für bessere Entlohnung der Beamten und Arbeiter werde die Begehrlichkeit der Beamten gesteigert. Die Konservativen treten in Wahlreden bekannlich immer als besondere Beamtenfreunde auf.

Um 7½ Uhr wurde Schluß der Debatte gemacht. Zu einer Resolution der Nationalliberalen, die einen Postetat aus Vertretern von Handel, Landwirtschaft und Industrie fordert, lag ein Zusatzantrag der Sozialdemokraten vor, der auch die Arbeiter in einem Postbeirat vertreten sehen will. Dieser Zusatzantrag wurde durch die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Antifemiten und das Zentrum angenommen. Dann aber wurde der amendierte Antrag abgelehnt, da nunmehr auch das Zentrum dagegen stimmte!

Morgen steht zunächst die sozialdemokratische Interpellation wegen des Versammlungsverbots in Treptow auf der Tagesordnung.

Die Wirkung der Wahlrechtsdemonstration.

Nicht nur die Regierung, auch die Konservativen möchten gern, daß das neue Wahlrechtsgesetz im preussischen Abgeordnetenhaus von einer recht großen Mehrheit angenommen wird — schon deshalb, damit sie bei späteren Anfeindungen gegen die reaktionären Bestimmungen dieses Gesetzes erklären können, es sei der Ausdruck des politischen Willens der großen Mehrheit des preussischen Volkes. Die Regierung ist denn auch in den letzten Tagen eifrig bemüht gewesen, die nationalliberale Landtagsfraktion für ein Wahlrechtskompromiß mit den Konservativen und dem Zentrum zu gewinnen; aber bis jetzt will die nationalliberale Partei noch nicht mitemin, da die von ihr gestellte Forderung der direkten Wahl mit geheimer Abstimmung von den Konservativen strikte abgelehnt wird. Die konservative Presse ist daher bemüht, den Nationalliberalen gut zuzureden, doch den Anschluß nicht zu versäumen, da sie sonst auch später von der blauschwarzen Koalition ausgeschaltet würden und ferner die Sozialdemokratie durch die Zurückhaltung der Nationalliberalen ermutigt würde, ihre Agitation gegen die Wahlrechtsvorlage außerhalb des Parlaments fortzusetzen. So schreibt beispielsweise die „Kreuz-Ztg.“ gegen den „Hannov. Courier“:

„Es kann keinem ernsthaften Politiker zweifelhaft sein, daß die oben erwähnten Forderungen des vollen geheimen und direkten Wahlrechts unerfüllbar sind. Wenn es auch der Dingen gelingen sollte, die Zentrumspartei auf ihre Seite zu bringen und für ihre Forderungen eine knappe Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erzielen, so würde einem solchen Beschlusse die Regierung keinesfalls zustimmen. Auf links- und jungliberaler Seite rechnet man wohl dann darauf, daß die Regierung die Vorlage zurückziehen werde. Aber würden sich wirklich die Nationalliberalen entschließen können, für einen solchen Ausgang und seine Folgen die Verantwortung zu übernehmen? Sie würden damit nur den Fehler, den sie mit ihrer Ausschaltungspolitik im Reichstage gemacht haben, wiederholen und der Sozialdemokratie noch weiteren Agitationsstoff liefern. Ist wirklich der jungliberale Einfluß in der nationalliberalen Gesamtpartei auch heute noch so stark, daß es sich in dieser verhängnisvollen — für die gesamte politische Lage und für die Nationalliberalen selbst verhängnisvollen — Weise durchsetzen könnte?“

Man fürchtet also bei den Konservativen, daß der Sozialdemokratie „weiterer Agitationsstoff“ geliefert werde. Bisher haben die konservativen Blätter stets gelehnet, daß die Wahlrechtsdemonstrationen der Sozialdemokratie irgend einen Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung und der konservativen Fraktion auszuüben vermöchte. Hier wird offen zugestanden, daß man die sozialdemokratische Agitation fürchtet und das Wahlgesetz deshalb so schnell wie möglich mit starker Mehrheit unter Dach und Fach bringen möchte. Tatsächlich ist es denn auch in erster Linie die Furcht vor dem weiteren Anwachsen der sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen, die den blauschwarzen Block dazu bestimmt, die Beratung der Regierungsvorlage im Galopp tempo durchzuführen, und die ferner die Regierung dazu bewegt, ihren zuerst beabsichtigten Widerstand gegen die von diesem Block gestellten Kommissionsbeschlüsse aufzugeben. Man möchte gar zu gerne die ganze Sache hinter sich haben, weil man sich einbildet, dann Ruhe vor der sozialdemokratischen Wahlrechtsagitation zu finden.

Reichstagsersatzwahl.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Lnd-Johannesburg für den verstorbenen Grafen Stolberg ist bereits auf den 14. April festgesetzt worden. — In Halle ließ man sich bekannlich 3 Monate Zeit, bis man die Nachwahl ansetzte.

Unterstützung der Tabakarbeiter.

Die vier Millionen Mark, die auf Antrag des Zentrums für die infolge der erhöhten Tabaksteuer arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter bewilligt wurden, haben — wie die Sozialdemokraten vorauslagten — nicht gereicht. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb zum Etat des Reichshaushalts folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu eruchen:

1. Daß der Artikel IIa des Gesetzes wegen Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 dahin abgeändert wird, daß den Einzelstaaten weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Hausgewerbetreibenden und Arbeiter des Tabakgewerbes, die infolge des Gesetzes arbeitslos geworden sind, ausreichend zu unterstützen;

2. daß in einem Nachtrag des Reichshaushaltsetats die erforderliche Summe eingestellt wird.“

Das Zentrum wird natürlich für diese Resolution stimmen und diese Zustimmung als weiteren Beweis für seine angebliche „Arbeiterfreundlichkeit“ ausschlagen. In Wirklichkeit wäre diese Resolution überflüssig, wenn das Zentrum bereits bei der Beratung des Tabaksteuergesetzes für eine ausreichende Unterstützung der Tabakarbeiter zu haben gewesen wäre. Demals hatte es der Reichstag in der Hand, die Höhe der erforderlichen Summe zu bestimmen, jetzt muß erst abgemartet werden, erstens ob die Regierung die Resolution überhaupt annimmt und zweitens welchen Betrag sie für den angegebenen Zweck auswerfen wird. Reicht die Summe abermals nicht aus, so können sich die notleidenden Tabakarbeiter einzig und allein beim Zentrum bedanken, dessen hinterhältige Taktik den Notstand verschuldet hat.

Aus dem reichsländischen Parlament.

Im elfsch-lothringischen Landesausschuß kam es Donnerstag zu einer ausgedehnten prinzipiellen Debatte über Schulpolitik. Die Regierung hatte zum ersten Male in das Budget einen Posten von 50 000 M. zur Unterstützung des protestantischen und des katholischen Gymnasiums eingeschlagen, zweier privater konfessioneller Anstalten, die unter staatlicher Aufsicht stehen. In der Debatte wandten sich die Rothbringer gegen die Bewilligung, und außerdem der Abg. Mumenthal und der Abg. Georg Wolf im Namen eines Teiles der Liberalen. Die Forderung wurde schließlich mit 30 gegen 22 Stimmen angenommen. Dieser Erfolg gebührt den Liberalen, die sich in der üblichen Weise spalteten, so daß 5 Mitglieder der Fraktion für und ebenso viel gegen die Forderung stimmten.

Aus der Geschäftsordnungskommission des Reichstages.

In der letzten Sitzung der Geschäftsordnungskommission zeigte es sich, daß an eine Erledigung des vom Plenum einstimmig erteilten Auftrages vor den Osterferien nicht zu denken ist. Es wird der Reichstag im Mai sich versagen, ohne auch diesmal die Rechtsphäre seiner Geschäftsordnung demokratisch erweitert zu haben! Das Zentrum läßt sich bereits — durch seinen auf allen Gebieten jungerfreundlichen Dr. Ritter beeinflusst — auf die abwiegelnde Taktik der Konservativen ein. Diese aber benützen jede Gelegenheit, um verzögernde Neben zu halten. Dazu mußte auch die Tatsache beitragen, daß das neueste Fraktionsgebilde, die Fortschrittliche Volkspartei, in der Kommission durch ein Mitglied vertreten war, das nach seinen Reden stets in eine andere Kommission abwandeln mußte. ... Die Junker machen immer wieder den Versuch, wider die Vereinbarung in eine generelle Revision der Geschäftsordnung einzutreten; insbesondere soll der § 35 in diesem Stadium der Beratung eine vollständige Ausarbeitung erhalten.

Um die stillschweigende Verhöhnung des Antrages v. Westarp zu § 35 tritt man sich lange; diese lautet:

„Anträge von Erlass auf Beschließen nicht bindenden Inhalts (Resolutionen), die zu der Beratung eines anderen Gegenstandes der Tagesordnung, namentlich eines Gesetzesentwurfes oder einer Staatsposition, gestellt werden, kommen mit diesem, und zwar, sofern eine solche stattfindet, bei der zweiten oder dritten Beratung zur Verhandlung.“

Nachdem Dr. Ritter und Graf v. Oppersdorff, zwei Zentrumsleute, dem Grafen v. Westarp mit Verschönerungspflasterchen zu Hilfe gekommen waren, lehnt er wieder die Zentrumsfassung amendiert hatte, wurden diese vereinigten Werke der Rechten mit 16 gegen die Stimmen der 3 Sozialdemokraten, 3 Liberalen und Freisinnigen angenommen.

Die Milde des Reichsmarineamts.

Während der Reichstagsdebatten über den Marineetat versprach der Staatssekretär v. Tirpitz, daß bei Arbeiterentlassungen mit größter Milde verfahren werden solle. Schon in der Budgetkommission hatte Genosse Severing darauf hingewiesen, daß eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeiten auf die einzelnen Werkstoffe Massenentlassungen an einem Orte verhindern könne, und im Plenum hatte er vorgeschlagen, man möge bei eintretendem Arbeitsmangel, um eine plötzliche Massenentlassung unnötig zu machen, eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit durchführen. Auf diese Anregungen, denen sich die Abgg. Semler und Kommsen angeschlossen, antwortete der Staatssekretär mit dem Versprechen, bei notwendigen Entlassungen mit Milde zu verfahren.

Nun ist jetzt der Marineetat in zweiter Lesung erledigt, da demonstriert der Herr v. Tirpitz der Öffentlichkeit, was er unter dieser „Milde“ verstanden wissen will. Aus Kiel meldeten wir schon, daß nach Ablauf von 6 Wochen 500–600 Arbeiter entlassen werden sollen. Begründet wird diese Maßnahme mit der Bemerkung, daß der Reichstag an den Forderungen der Marineverwaltung für Indiensthaltung und Instandsetzung Abstriche gemacht habe und daß einige größere Reparaturen in Wilhelmshaven vorgenommen werden sollen.

Wenn der Reichstag an den Forderungen für die Bedürfnisse der Werften Abstriche vorgenommen hat, so ist das in der Absicht geschehen, die Verwaltung zu einer sparsameren Verwendung der Materialien anzuhalten und zu verhindern, daß weiter aus dem Vollen gewirtschaftet werde. Die Abstriche waren so bescheiden, daß sie in der Tat bei sparsamer Wirtschaft wieder ausgeglichen werden konnten. Das Reichsmarineamt ist jedoch anderer Meinung, die Werkverwaltungen sollen nicht an Materialien, sondern an Arbeitskräften sparen!

So beantwortet das Reichsmarineamt die Beschlüsse des Reichstages. Freilich, so lange sich der Reichstag gegenüber den Unregelmäßigkeiten in der Werkverwaltung auf Worte beschränkt und ängstlich davor zurückschreckt, selbst einmal in das Getriebe hineinzugreifen, wird sich das Reichsmarineamt solche Antworten auch in Zukunft ohne weiteres gestatten können. Ob aber die Volkvertretung auch zu dieser Bräuterei schweigen wird?

Wir sind selbstverständlich nicht der Meinung, daß die Werkverwaltung über ihren Bedarf hinaus Arbeiter um jeden Preis beschäftigen soll. Wogegen wir aber entschieden Protest erheben, das ist die Art, mit der die Oberwerftdirektion in Kiel die Entlassungen zu „begründen“ versucht. Und wo bleibt die „Milde“? Ist der Versuch gemacht worden, durch eine generelle

Verlängerung der Arbeitszeit die Schäden der plötzlichen Massenentlassungen zu mildern? —

Neue Gewalttätigkeit der Bremischen Schulbehörde.

Das Bebeltelegramm der Bremischen Volksschullehrer hat der Behörde anscheinend alle Befinnung geraubt. Wie bereits mitgeteilt, hatte sie eifrige Nachforschungen angestellt nach dem am Bebeltelegramm beteiligten Lehrern. Sie glaubte 35 Personen ausfindig gemacht zu haben. Gegen diese wurde die Voruntersuchung mit dem Ziel der Dienstentlassung mit aller Intensivität eingeleitet. Jetzt ist die Behörde in ihrer sinnlosen Raserei bereits zur Entlassung eines auf vierteljährige Kündigung angestellten Hilfslehrers geschritten. Gegen zwei weitere, längere Zeit angestellte Lehrer wurde das Disziplinarverfahren zum Zwecke der Dienstentlassung angestrengt. Beide sind bis zum Abschluß des Verfahrens unter Vorzahlung des halben Gehalts zu suspendieren. Der eine der Suspendierten ist der Verfasser des jüngst im Vorwärts-Verlag erschienenen Buches „Eine Reise nach Island“ und der ebenfalls vom Vorwärts-Verlag herausgegebenen Zeitschrift „Allenbrook“, Emil Sonnemann. Gegen zwei weitere Lehrer schwebt noch die Voruntersuchung. Die Behörde bemüht sich mit allen Kräften, noch mehr Lehrern den Strich um den Hals zu legen. Das „Bremer Anzeigerblatt“ sagt zu dieser Angelegenheit:

„Es ist anzunehmen, daß gegen die Lehrer, die als bewußte Teilnehmer an der Abwendung des Bebeltelegramms im ganzen Umfang anzusehen sind, mit aller Entschiedenheit vorgegangen, im übrigen aber geprüft werden wird, inwieweit jeder einzelne mehr oder weniger aktiv bei der Sache beteiligt gewesen ist.“

Der literarische Schuß.

In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der revidierten Bremer Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst die Zustimmung erteilt.

Frankreich.

Die Defraudation des Liquidators.

Paris, 9. März. (Fig. Ver.) Die ungeheure Unterschlagung des Liquidators Duez — man spricht jetzt schon von 10 Millionen — ist natürlich für die liberale Presse, zumal dicht vor den Neuwahlen, ein gefundenes Fressen. Aber mag es auch unmöglich scheinen oder doch gewissenhaften Leuten widerstreben, aus diesem Kriminalfall just der jetzigen Regierung und der radikalen Politik einen Strich zu drehen — hat doch gerade Briand als Justizminister der Staatsanwaltschaft die scheinbaren Uebergriffe des Duez zur Kenntnis gebracht, und der Urheber des Kongregationsgesetzes Combes die Ueberprüfung der Rechnungen der Liquidatoren in der Senatskommission mit großem Eifer betrieben — so bleiben die Zusammenhänge dieses Verbrechens mit der Korruption der regierenden Klasse unverkennbar. Neben der im kapitalistischen Wirtschaftssystem organisierten Destillierung von Mehrwert geht eine in großem Stil geübte Plünderung öffentlicher Gelder einher, die man mit Augurenlächern einander nachsieht. Sicherlich, das eigentliche Stehlen gilt als gemein, und darum wird auch die Tat des Herrn Duez die ungeheuere Enttäuschung aller hervorrufen, die für die feineren Arten spießbüßischer Verleumdung sind; aber für diese hat der Spezialobez der Herrschenden eine solitarische Pflicht der Milde geschaffen. Als Duez noch nicht als ordinärer Defraudant galt, sondern nur im Verdacht stand, vermittelte phantastischer Kostenaufstellungen Kredit zu haben, hat ihm das Gericht statt der beantragten schimpflichen Abhebung eine Demission „aus Gesundheitsrücksichten“ zugestimmt, die ihn gesellschaftlich deden sollte. Im übrigen mag der Fall Duez geübliche Mängel der französischen Verwaltung aufdecken, seine gesellschaftsmoralische Bedeutung hat er in dem Augenblick verloren, da er in die bürgerlich-kriminelle Sphäre geriet. Nicht der Defraudant ist politisch interessant, sondern die Sippschaft der Liquidatoren, denen die Beute des Kampfes gegen die Orden zur legalen Ausbeute zugeschanzt wurde, die biedere Gesellschaft konservativer Oppositioneller und „sozialistischer“ Minister, die Hunderttausende und Millionen eingekesselt haben.

Wohl ist auch damit die antiliberale Politik, die zu dem Raubzug die Gelegenheit gegeben hat, nicht verurteilt, ebensowenig wie es die französische Revolution um der ungeheuerlichen Korruption willen ist, die sich mit dem Verfall der Nationalgüter verknüpft hat. Mit der demagogischen Ausbeutung dieser Uebel durch die Reaktionäre hat die sozialistische Kritik nichts zu schaffen. Sie verliert sich nicht in moralischen Räsonnements über die an der Staatsmaschine betriebene Profitmacherei der regierenden Eliten, die nur die große Strömung eines Ausbeutungssystems ist, aus dessen Greueln in Werstätten und Bergwerken wie auf dem Gutshof auch die entrüsteten Regierenden von ehedem emsig Ränge schlugen.

Spanien.

Gegen den Merkantilismus.

Madrid, 10. März. Bei einem Bankett, das zu Ehren Sagastá veranstaltet wurde, hielt Ministerpräsident Canalejas eine Rede, in welcher er an die Union aller linken Parteien den Appell richtete, dem massiven Block der Rechten die Strenge zu bieten, damit die Regierung die wachsende Inflation des Merkantilismus bekämpfen könne.

England.

Die Steigerung der Flottenausgaben.

London, 10. März. Die heutigen Morgenblätter widmen dem Flottenbudget ihre Leitartikel. „Daily News“ schreibt, das Budget hätte unter anderen Umständen im ganzen Lande einen Sturm von Ueberraschung und Entrüstung hervorgerufen, bei der augenblicklichen Spannung der Geister aber müßte man fürchten, daß es fast unbemerkt bleiben werde. — „Morning Leader“ findet, es sei wenig Grund vorhanden, mit dem Budget zufrieden zu sein. Extremlich sei, daß die Kosten aus den ordentlichen Einnahmen und nicht durch eine Anleihe gedeckt werden sollten. — „Daily Chronicle“ räumt dem Budget nach, daß es weder übertriebene Forderungen stelle noch alarmierend wirken könne. Die Interessen der Sparsamkeit seien nicht vergessen, die Sicherheit des Landes sei mit einer entsprechenden Vermehrung, deren Tempo nicht forciere, gewährleistet. Durch das Budget sei England bis zum März 1912 gesichert. Das Blatt fährt fort: Wir erwidern herzlich die in letzter Zeit von deutschen Ministern und Wochenschriften gehaltenen freundschaftlichen Reden und haben das Vertrauen, daß in den Beratungen über das Marinebudget jede Animosität und jedes Vorurteil gegen andere Völker vermieden wird. — „Daily Graphic“ schreibt, das Land werde mit einem Gefühl der Erleichterung hören, daß die Ausgaben schließlich nach einer Skala aufgestellt seien, die den Bedürfnissen der Nation entspreche. — „Morning Post“ hält die Ausgaben für ungenügend, besonders was die Vermehrung der Mannschaften und die Marinebauten betrifft. — „Standard“ äußert sich in ähnlichem Sinne und wünscht sechs Linien-schiffe anstatt fünf und mehr Kreuzer sowie eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes um 5000 anstatt 3000.

Gewerkschaftliches.

Zielbewusste Kampfweise.

Unter dieser Stichmarke stellt der Hirsch-Dundersche „Gewerksverein“ in seiner letzten Mittwochnummer einen „Streikbruch“ von Zentralisten fest. Es handelt sich dabei wieder einmal um den Schutz des dieses Organ zur angeblichen Vertretung von Arbeiterinteressen wiederholt den „Hirsch-Dunderschen“ Berliner Töpfern, einer notorischen Streik- und Sperrbrechergarde, angeheißt. Diesmal erzählt der „Gewerksverein“, daß seine Schutzbefohlenen bei einer Firma Rosinski auf einem Bau in Tempelhof gearbeitet hätten, welche Firma öfters am Zahltag mit Lohnrückständen aufwartet. Hiergegen nahmen die Leute Stellung mit dem Erfolge, daß ihnen der rückständige Lohn wenigstens „zum Teil“ ausgezahlt wurde. 100 M. aber sei der Unternehmer schuldig geblieben, weshalb die Leute die Arbeit niederlegten. Und nun geschah das „Ungeheuerliche“: Die Zentralisten kamen und besetzten den Bau! Der „Gewerksverein“ ist ob dieser unerhörten Tat so förmlich entsetzt, daß er einfach seine Worte findet und sich jeden weiteren „Kommentar“ dazu ersparen will.

Den Kommentar wollen aber wir nunmehr geben. Daß es bei der Firma Rosinski des öfteren mit der Lohnauszahlung haperte, stimmt. Wir fügen noch hinzu, daß diese Firma bisher unter Tarif bezahlt hat und deshalb schon seit geraumer Zeit von den zentralistischen Töpfern gesperrt wurde. Ergo bestätigten sich die von den Zentralisten angeblich so verächtlich behandelten Hirsche als Sperr- und Tarifbrecher! Und weiterhin haben diese Leute auch auf dem Tempelhofer Bau ihren Lohn erhalten, allerdings erst nach Drängen ihrerseits. Am Montag darauf geriet nun Rosinski mit ihnen in Streit, endlich zwei Mann, und nun erklärten sich die übrigen auf dem Bau arbeitenden Sperr- und Tarifbrecher mit ihnen solidarisch und legten die Arbeit nieder. Die gute Folge war, daß sich Rosinski dem Verbands gegenüber verpflichtete, wieder in allen Punkten den Lohnvertrag einhalten zu wollen und die Erklärung abzugeben, Hirsche oder Wilde überhaupt nicht mehr zu beschäftigen. Es lag also für den Verband gar kein Grund vor, diesen Hirsch-Dunderschen Sperr- und Tarifbrechern gegenüber irgendwelche Solidarität zu bezeugen, und so nahmen die Zentralisten bei Rosinski die Arbeit auf. Gewiß, dieser Unternehmer ist auch nicht gerade stubenrein. Jedoch, da er sich nunmehr verpflichtet hat, allen an ihn gestellten Anforderungen zu genügen, liegt kein augenblicklicher Grund zur Sperrung mehr vor, zumal auch die Hirsche selbst erklärten, Forderungen auf dem Tempelhofer Bau an Rosinski nicht mehr zu haben. Allerdings sagten einige von ihnen, daß sie noch von einem Bau in Weihenstephan einige Mark zu erhalten hätten, was diese Helden aber nicht davon abgehalten hat, bei der gesperrten Firma weiterzuarbeiten.

So also sieht es mit dem „Streikbruch“ der Zentralisten aus. Es ist wirklich rührend, wie der „Gewerksverein“ sich abmüht, zentralistischen „Streikbruch“ zurechtzubestimmen. Und doch hätte es das Blatt so leicht, Hirsch-Dunderschen Streik, Sperr- und Tarifbruch festzustellen. Es hätte hier in diesem Falle nur erwähnen brauchen, daß ihre Schutzbefohlenen vor ihrer Arbeitsniederlegung auf einem Bau arbeiteten, dessen Unternehmer wegen Tarifbruch gesperrt war! Das aber fällt dem Blatt nicht ein. Dafür zitiert es über „Streikbruch“ der Zentralisten, sobald die letzteren etwas unternehmen, was einer solchen notorischen Streik- und Sperrbrechergarde nicht in den Kram paßt. Dann verlangt man zarte Rücksichtnahme. Eine traurige Neuheißel

Berlin und Umgegend.

Die Hilfsarbeiter im Buchhandel, das sind Hausdiener, Packer, Boten usw. in Buchhandlungen, Verlagsanstalten und Kolportagegeschäften, müssen unter Bedingungen arbeiten, die keineswegs günstig genannt werden können. Diese Arbeiter erhalten Wochenlöhne von 22 bis 24 M., die nur in Ausnahmefällen auf 26 bis 28 M. steigen. Jugendliche Boten werden mit 12 bis 18 M. entlohnt. Die Boten der Scherfischen Bibliothek erhalten sogar nur 10 bis 12 M. wöchentlich und einen Pfennig Provision für jedes abgesetzte Buch. Sie müssen 20 M. Kaution stellen, die ihnen in zehn Raten a 2 M. vom Lohn abgezogen wird.

Die Arbeitszeit der zuerstgenannten Hausdiener, Packer usw. beträgt nach Abzug der Pausen täglich 10 Stunden. Aber bei lebhaftem Geschäftsgang, der dreimal im Jahre eintritt, nämlich zu Weihnachten und in den Schulferienzeiten, müssen Ueberstunden geleistet und auch Sonntags gearbeitet werden. Der Anstellungsvertrag einer großen Berliner Verlagsfirma verpflichtet alle Angestellten und Arbeiter zur Ableistung der Ueberarbeit. Für die regelmäßige Ueberarbeit in den flotten Geschäftszeiten sind regelmäßigen Vergütungen festgesetzt, die am Schluß der betreffenden Geschäftsperiode ausgezahlt werden. Der Vertrag bestimmt aber ausdrücklich, daß nur diejenigen Anspruch auf die Pauschalvergütung haben, die zu der Zeit, wo sie fällig ist, noch im Geschäft tätig sind. Wenn also ein Arbeiter, der wochenlang Ueberstunden und Sonntagsarbeit geleistet hat, kurz vor Schluß der Saison aufhört, oder, was ja auch vorkommen kann, entlassen wird, dann hat er die Ueberarbeit ganz umsonst geleistet. Er bekommt keinen Pfennig dafür. Doch dies System der Pauschalvergütung, durch das der Arbeiter stets um den Lohn für die Ueberarbeit geprellt werden kann, ist nicht die einzige bedenkliche Bestimmung des Arbeitsvertrages. Er enthält auch — nicht nur für Buchhandlungsgehilfen, sondern auch für Arbeiter — die Konkurrenzklause. Nach dem Vertrage darf kein Angestellter des Geschäftes während zweier Jahre nach Beendigung seines Arbeitsverhältnisses innerhalb Groß-Berlins eine Stellung in einem Buchhandlungsgeschäft annehmen oder sich an einem solchen direkt oder indirekt beteiligen.

Ein anderer Passus des Vertrages lautet: „Die Anstellung verpflichtet auch zur Dienstleistung in jeder der anderen hiesigen Firmen, an denen Inhaber der unterzeichneten Firma beteiligt sind oder sich beteiligen werden.“

Das ist eine Bestimmung, durch die die Persönlichkeit des Arbeiters zu einer Sache herabgewürdigt wird, über die der Unternehmer nicht nur für sich, sondern auch für andere ganz nach Belieben verfügen kann. Daß derartige Vertragsbestimmungen von den Arbeitern als unwürdig empfunden werden, ist selbstverständlich.

Deutsches Reich.

Von Ludwig Rehgäuser

erhält die „Vergarbeiter-Zeitung“ folgende Erwiderung:

„Leipzig, den 3. März 1910.“

Wertz Herr Kollege!

Auf Grund des seit Jahren andauernden guten Verhältnisses, das nicht nur zwischen Vergarbeitern und Buchdruckern besteht, sondern auch zwischen den Redaktionsleitungen der beiden Organe, erlaube ich mir, Sie um Aufnahme der nachstehenden Zeilen zu bitten:

In Nr. 10 der „Vergarbeiter-Zeitung“ bringen Sie einen Artikel mit der Ueberschrift: „Auf falschem Wege“. Darin ist die Rede von einem persönlichen Haß, der mich gegen den s.-b. Reichstagsabgeordneten Richard Fischer beherrscht und die Triebfeder dafür sein soll, Mißstände im „Vorwärts“-Betrieb „seit Jahren“ im „Korrespondent“ zu geißeln. Diese Artikel soll nach Ihrer Auffassung „weniger schlimmen Zuständen im „Vorwärts“-Betrieb“ als vielmehr der Befriedigung persönlichen Hasses Richard Fischer gegenüber zu schulden sein.

Dazu hätte ich objektiv zu bemerken, daß ich niemals Veranlassung genommen hätte, den „Vorwärts“-Betrieb im „Korrespondent“ zu erwähnen, wenn nicht bei der letzten Tarifbewegung (1906) der „Vorwärts“ mich dazu provoziert hätte. Meine

damalige Kritik bestand aus wenigen Zeilen tatsächlicher Feststellungen und zum Zwecke der Abwehr durchaus unmotivierten Angriffen auf unser Tarifabkommen gegenüber (Nr. 121 des „Korr.“). Die Haltung des „Vorwärts“ war eine derartige verbands- und gewerkschaftschädigende, daß sich sogar das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission dagegen wandte. Da glaube nun H. Fischer dem „Vorwärts“ zu Hilfe eilen und der deutlichen Arbeiterwelt verkünden zu müssen, daß ein gleich scham- und charakterloses Individuum wie der „literarische Bravo“ Rehgäuser auf der Welt nicht mehr herumläuft. Meine Widerlegung der Fischerschen Argumentation, soweit sie tatsächlicher Natur war, erfolgte in Nr. 128 des „Korr.“ auf Grund des Materials aus dem „Vorwärts“-Personal selbst. Mit dem Leugnen notorischer Tatsachen und einer beispiellosen persönlichen Beschimpfung meiner Person glaubte Fischer mich „widerlegt“ zu haben. Darin sah er sich allerdings mehr oder minder angenehm enttäuscht, denn sein inhaltlich jeder Verächtlichmachung entbehrender Angriff brachte mir den Beweis, daß es Fischer gegenüber für alle Zeit keine Rücksichten mehr geben dürfe.

„Haß“ ist nicht die richtige Bezeichnung für das Gefühl, das mich Fischer gegenüber beherrscht. Mir kann Herr Fischer nichts warm und nichts kalt machen, wie man in unserer gemeinsamen engeren Heimat zu sagen pflegt, warum sollte ich ihn also hassen? Für mich ist Fischer Lust, so lange er grundlos oder in herabschender Weise nicht die Buchdrucker oder mich persönlich angreift. Der Mann, der das klassische Wort geprägt: „Ach was, persönliche Ehre des Arbeiters!“ ist wirklich nicht zu hassen, denn mit diesem Ausdruck hat er sich als Arbeiterführer selbst außerhalb der denkenden Arbeiterschaft gestellt. Ein anderer Arbeiterführer würde in seinem Amte einen solchen Ausdruck nicht lange überleben.

Dann nehmen Sie Bezug auf die von mir angekündigte Broschüre über Richard Fischer, den „Vorwärts“-Betrieb und die Sozialdemokratie. Sie ist lediglich als Verteidigungsschrift gedacht. Wenn Sie dabei im Vorhergehen schon von einer Broschüre „à la Nordmarcher Fischer“ reden, so ist das zwar für mich verlegend, aber völlig daneben treffend. Sie dürfen denn doch meiner sehr langen Tätigkeit als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter etwas mehr vertrauen, als ohne weiteres mich mit irgendeinem hergelassenen Subjekt in einem Atemzug zu nennen, das zum Zwecke der bewußten Schädigung der Arbeiterinteressen sich dem Reichstagen prostituiert. „Aber eine Grenze kennt Thronenmacht“, und eine Grenze gibt es auch für mich in einer seit vielen Jahren andauernden unerträglich gemeinen persönlichen Beschimpfung, der ich bis heute noch aus sozialdemokratischen Kreisen ausgesetzt bin. Deshalb muß ich an der Hand von Belegen, von Tatsachen und Zeugnissen aus der Sozialdemokratie selbst heraus mir diejenige Benutzung verschaffen, die ich mir schuldig bin, da alle anderen Wege, zu meinem moralischen Recht als Arbeiter zu gelangen, mir gewalttätig verschüttet sind. Ich spreche damit keine Drohung aus, gehe einer solchen aber auch nicht aus dem Wege. Die Folgen mögen über mein Haupt kommen; ich habe schon Schmerzens ertragen und werde das auch noch zu ertragen wissen im Bewußtsein meines guten Rechts. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Presse, den sozialdemokratischen Führern, sowie dem gesamten Parteiapparat siehe ich allein und schuldiglos, so daß der Selbsthaltungstrieb als ehelicher Arbeiter mir einen anderen Ausweg nicht mehr übrig läßt. Wissen Sie einen besseren, ich wäre Ihnen dankbar.

Wenn Sie zum Schluß auf das Bedürfnis der Einigkeit in der Arbeiterbewegung hinweisen, so bin ich selbstverständlich darin mit Ihnen einverstanden. Das möchten aber jene Leute in der Sozialdemokratie, die jetzt Ihre diesbezüglichen Ausführungen nachdrucken oder empfehlen, beherzigen, die in jenen Zeilen, da unser Verband in schwerer Zeit die Einigkeit so nötig hatte, wie das tägliche Brot (1878, 1888, 1896, 1901, 1906), namens der Sozialdemokratie Unfrieden, Uneinigkeit, Zerplitterung und persönlichen Haß in unseren Verband hineingetragen haben und jetzt für all das und noch mehr „den Rehgäuser“ verantwortlich machen möchten. Jene Leute eignen sich jetzt recht schlecht als Prediger von Einigkeit in der Arbeiterbewegung mir gegenüber.

Mit kollegialem Gruß!

Ludwig Rehgäuser.

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ will sich jedoch von Herrn Rehgäuser, auch wenn er im Schafkleid auftritt, durchaus nicht zu seinen Anschauungen bekehren lassen, und antwortet ihm:

„Wir bedauern, dem Kollegen Rehgäuser gegenüber nochmals betonen zu müssen, daß die Veröffentlichung der von ihm angekündigten Broschüre eine Handlung wäre, gegen die wir als Gewerkschaftler mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen werden. Bei einigem guten Willen dürfte Rehgäuser selbst den Weg finden, der dazu führt, den unelendlichen Streit zwischen ihm und Fischer aus der Welt zu schaffen. Wozu gibt es eine Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und eine Zeitung der sozialdemokratischen Partei?“

Zu dem, was Herr Rehgäuser in seiner Zuschrift an die „Vergarbeiter-Zeitung“ über die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu der Tarifbewegung sagt, möchten wir nur bemerken, daß diese in einer sachlichen Kritik über die Geringsfügigkeit der Zugeständnisse im Prinzipalschlager und einer Warnung vor dem Vortreten von Bahnen bestand, die für die Arbeiterbewegung Gefahren bringen könnten. Der „Vorwärts“ war sich darin eins mit Zehntausenden von Mitgliedern des Buchdruckerverbandes. Und das Bedauerlichste ist, daß die Folgezeit den Buchdruckern die Berechtigung seiner Einwände leider allzusehr erwiesen hat.

Unternehmerroste. Arbeiterentlassungen größeren Umfangs sind von der großen Holzimportfirma Havemann u. Sohn in Lübeck vorgenommen worden, weil in einer Kotiz im Lübecker Parteiblatt die unerquidlichen Forderungen bei der Firma in Erörterung gezogen waren. Daraufhin wurden 22 Arbeiter wegen „Beschäftigungsmangel“ auf die Straße geworfen. Merkwürdigerweise solche, die zehn und elf Jahre bei den Herren geradelt hatten. Drei waren sogar schon 22 Jahre von der feinen Familie ausgebeutet worden. Sämtliche Gemahregelten waren organisiert. Echt kapitalistisch!

Erfolgreiche Kämpfe der Konfektionsarbeiter.

Die ausständigen Konfektionsarbeiter in Stuttgart haben am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie einen recht netten Erfolg errungen haben. Beim Heimarbeitertarif wurde ein Aufschlag von 20 Pf. für alle Großstücke und 10 Pf. für alle Kleinstücke bewilligt. Für Extrarbeiten werden höhere Löhne gezahlt. Ein wesentlich verbesserter Tarif wurde für die Zuschneider abgelehnt; der neue Werkstatttarif sieht eine mindestens 5prozentige Lohnerhöhung vor.

Der Streik der Damenschneider in Nürnberg, an dem 195 weibliche und 63 männliche Arbeiter beteiligt waren, ist ebenfalls beendet. Im neuen Tarif wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 55 1/2 Stunden festgelegt. Die Löhne erfuhren zum Teil Aufbesserungen von 30 und mehr Prozent.

Der Bremerhavener Ortsverein der Schneider hat mit dem Arbeitgeberverband der Branche einen für die Unterweserte gültigen Tarif abgeschlossen, der den Arbeitern wesentliche Vorteile bringt.

Lohnbewegungen der Gärtler.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein befindet sich zurzeit in verschiedenen Städten in Lohnbewegungen. Die Bewegung in Hamburg betrifft nur die Landschaftsbranche. Schon im Juli vorigen Jahres haben die dortigen Unternehmer dem Verbandsangeboten, mit ihm einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Verhandlungen zogen sich indes in die Länge und sind noch nicht abgeschlossen. In Bremen kündigten die Arbeiter den seit 3 Jahren laufenden Tarifvertrag. Ueber die neuen Forderungen sollte am 1. Februar mit den Unternehmern verhandelt werden. Die Vertreter der Unternehmer lehnten es jedoch ab, mit den Vertretern der Gewerkschaft zu verhandeln. Später teilten sie mit, daß sie

wohl das berechtigste Streben der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, voll würdigen und anerkennen, aber wegen der „da-niederliegenden Geschäftsverhältnisse“ nicht in der Lage seien, Aufbesserungen zuzugestehen. Demnach erscheint es als ausichtslos, auf friedlichem Wege eine Verständigung zu erzielen. In Lübeck sind den Unternehmern die Forderungen durch Zirkularschreiben einzeln unterbreitet worden. Hier trat sogleich eine kleine Wirkung ein, indem die größte Firma ihren Arbeitern eine kleine Zulage gewährte, offenbar, um der Bewegung die Stohkraft zu nehmen. Es wird auch hier eine Tarifvereinbarung erstrebt. In Düsseldorf hat der Verein der Gärtnerunternehmer es abgelehnt, sich auf Verhandlungen einzulassen, weil er sich „nicht kompetent“ erachtet, für die Gesamtheit einen Vertrag abzuschließen. Jenem Verein gehören 75 Proz. aller in Frage kommenden Unternehmer an.

In der Landschaftsgärtnerfirma Berg u. Schwede in Stuttgart haben die Gärtnerarbeiter durch Verhandlung mit der Firma eine Lohnerhöhung von vorläufig 2 Pf. die Stunde erreicht. Während der Verhandlungen erklärte der Firmeninhaber, Herr Berg, der Verhandlungskommission, daß er das Bestreben um höhere Löhne durchaus billige. Wenn diese heute noch so niedrig seien, so sei das aber ausschließlich Schuld der Arbeiter selbst. Diese sollten sich so organisieren, daß sie geschlossen vorgehen und ihre Forderungen bei allen Unternehmern der Branche geltend machen könnten. Dann würde sich ganz leicht ein Tarifvertrag zustande bringen lassen, dessen Lohnsätze den Zeitverhältnissen angepaßt sind. Sollte es aber zu einem Streit kommen, so werde er eine Teilnahme daran seinen Leuten nicht bezargen und nach Beilegung der Differenzen könnten sie alle wieder bei ihm beschäftigt werden. Richt die höheren Löhne seien es, die den realen Unternehmer schädigen, sondern vielmehr die Schmutzkonkurrenz, die Unternehmer mit schlechten Lohnverhältnissen ausüben. — Einen derart einschüßlichen Standpunkt nehmen leider nur sehr wenige Unternehmer ein.

Weitere Lohnbewegungen sind noch in Barmen und Nürnberg zu verzeichnen.

Lohnbewegungen in der Ledertwarenindustrie.

Der Zentralverband der Lederarbeiter und -arbeiterinnen hat wieder einige Bewegungen erfolgreich beendet. In Burg bei Magdeburg wurde eine Lohnbewegung der Handschuhmacherinnen in voriger Woche beendet. Die Mehrzahl der Firmen hatte die Forderung der Rabatinnen bereits bewilligt. Zwei Handschuhfabriken und 2 Kaffaktoren weigerten sich, den höheren Rabatlohn zu zahlen. Durch Eingreifen der Schlichtungskommission wurden auch diese 4 Firmen zur Bewilligung der Forderung veranlaßt. Die Erhöhung betrug 12 Pf. pro Duzend Handschuhe. — In Weidensfeld wurde die Tarifverneuerung der Weißgerber mit Erfolg beendet. Die Arbeitszeit wurde von 9 1/2 Stunden auf 9 Stunden pro Tag verkürzt. Der Stundenlohn wurde um 5 Pf., für Maschinenarbeiter um 6 Pf. pro Stunde erhöht. Die Stücklöhne wurden um 7 bis 10 Proz. erhöht. Es wurde ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen.

In St. Jegen bei Heidelberg wurde ebenfalls für die Weißgerber ein dreijähriger Tarifvertrag abgeschlossen. Der Stundenlohn wurde um 3 Pf. pro Stunde erhöht. Die Stücklöhne erfuhren eine entsprechende Steigerung. Die Bewegung der Weiß- und Sämschgerber in Karlsruhe-Mühlburg und Zeuten bei Bruchsal zur Verbesserung der bestehenden Tarifverträge ist noch nicht beendet. Die Arbeiter wünschen für den Abschluß eines neuen Vertrages die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag. Für Arbeiter, die über 3 Jahre im Betriebe tätig sind, Bewährung eines jährlichen Urlaubs von 6 Tagen, unter Fortzahlung des Lohnes. Die Stunden- und Akkordlöhne sollen für die einzelnen Arbeiterkategorien entsprechend erhöht werden. Der neue Vertrag soll wieder 2 Jahre Geltung haben.

In Görlitz haben die Sämschgerber den Tarifvertrag abgeschlossen. Sie fordern Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. pro Stunde.

Verfammlungen.

Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands Zweigverein Berlin und Umgegend, hielt am Sonntag in der Arminshallen seine außerordentliche Generalversammlung ab, um den Bericht der Delegierten von dem in Leipzig stattgehabten Verbandstag entgegen zu nehmen. Kupsch, Köfer und Gräber teilten sich in die Berichterstatter. In der Diskussion rügte Oloński die Nichtbeteiligung des Zweigverbandes an der vom Verbandsvorstand aufgenommenen Statistik. Die redaktionelle Leitung des Verbandsorgans befreite ihn. Er bespricht dann den Fall Kuche, der wegen seiner Broschüre „Aus dem roten Sumpf“ aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen sei. Der Ausschluß sei gutzubehalten, denn Kuche zeigte sich, indem er mit dem Vorstehenden des hiesigen Kartells der Sozialisten gegenwärtig eine Agitationstour nach dem Rheinland unternimmt, als bezahlter Agitator der Sozialisten. In dem Streit zwischen dem bisherigen Gauleiter Peters und dem Kollegen Rezig habe der Verbandsvorstand mit der Unterstützung des ersteren in seiner Privatklage einen Fehler gemacht. Die sich gegen die Durchbrechung der Kartellverträge richtenden Beschlüsse seien zu begründen. Auch der doppelte Beitrag ist notwendig, zu bedauern sei nur, daß ein solcher Beschlus nicht vom gemeinsamen Verbandsrat gefaßt ist. Die Maurer haben nun ihrerseits einen solchen Beschlus nicht gefaßt. Für die Kollegen sei es schmerzhaft, jede Woche 1,30 M. zu zahlen, während die Maurer einen bedeutend geringeren Beitrag zahlen. Obwohl er Gegner jeder Unterstützungseinrichtung sei, begrüßt er es, daß die Winterkassenunterstützung beibehalten worden ist. Gewünscht hätte er aber, daß die Arbeitslosenmarke, die er als ungerichtet bezeichnet, beseitigt worden wäre. Im übrigen erkenne auch er an, daß die Delegierten den Willen hatten, etwas Gutes zu schaffen.

Seidemann bedauerte den Ausschluß Peters, der zweifellos stets bestrebt war, sein Bestes für die Organisation zu tun; er habe noch alle Achtung vor ihm. Die Hauptfrage jedoch sei, daß die Verschmelzung zustande gekommen ist. Mit den Arbeiten des Verbandstages könne man zufrieden sein.

Runkowski nimmt den Ausschluß gegen die an ihm auf dem Verbandstag geübte Kritik in Schutz.

Schilling spricht im Sinne der bisherigen Redner. Er bedauert es, daß die Berliner Bauarbeiter ohne entsprechende Entschädigung für die Organisation nicht mehr tun wollen; dem sei auch wohl die Nichtbeteiligung des Berliner Zweigvereins an der Statistik zuzuschreiben. Redner hofft, daß nunmehr der noch sehr verbreitete Dünkel unter den Maurern, sie seien etwas Besseres als die Hilfsarbeiter, bald verschwinden werde.

Hierauf wurde beschlossen, die Diskussion über die Berichte in der nächsten Versammlung fortzusetzen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vorpostengefecht in Marokko.

Madriz, 10. März. (V. S.) Wie aus Casablanca berichtet, wurde ein Vorposten der fliegenden Kolonne des Generals Reiniers Dienstag nacht von etwa 800 Mitgliedern des Stammes der Saers überfallen. Die Angreifer wurden mit Verlusten zurückgeschlagen, auf französischer Seite waren keine Verluste zu verzeichnen.

Der Streik in Philadelphia.

Philadelphia, 10. März. (V. S.) Die Nachtschicht der Baldwin-Lokomotivwerke ist teilweise im Streik, so daß zweifellos von 10 000 Arbeitern die Hälfte ausständig ist. Diese Tatsache macht gewaltigen Eindruck vornehmlich in Arbeiterkreisen, da die Arbeiter der Baldwinwerke gar nicht organisiert sind. An fünf Stellen kam es zu Aufsehörungen.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: G. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Reichstag.

58. Sitzung vom Donnerstag, den 10. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kraetke.

Die Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Hierzu hat die Budgetkommission beantragte, den Reichskanzler zu ersuchen, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die Postverwaltung in den Schutzgebieten an die Verwaltung der Schutzgebiete anzugliedern sein möchte.

Die Abg. Vassermann und Gen. (natl.) beantragen eine Resolution, in der ein ständiger Beirat für Post- und Telegraphenangelegenheiten aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks gefordert wird.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, in dieser Resolution hinter „des Handwerks“ noch einzufügen: „und der Arbeiter“.

Abg. Zubeil (Soz.):

Von verschiedenen Seiten des Hauses ist bereits darauf hingewiesen, daß die Einrichtungen unserer Post nicht mehr auf der Höhe stehen. So ist durch den Wegfall des Aufnahmestempels es jedem unmöglich gemacht, festzustellen, an wem die Schuld verspäteter Briefbestellung liegt. Doch will ich darauf nicht eingehen, aber ganz energisch müssen wir uns wenden gegen die Einschränkung des Personals der Unterbeamten. Der Verkehr ist von Tag zu Tag gestiegen. Wachsender Verkehr und Verminderung des unteren Personals bringt eine ungeheure Mehrbelastung der unteren Beamten nebst Verlängerung ihrer Dienstzeit ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Reichstags. Alle Parteien haben darauf hingewiesen, daß eine Dienstzeit von 80 Stunden wöchentlich durchaus genug ist. Aber im gegenwärtigen Etat und wohl auch in dem nächstjährigen und für eine weitere Reihe von Jahren ist eine Vermehrung der Unterbeamtenstellen nicht vorgesehen, so daß bei dem wachsenden Verkehr selbstverständlich eine Überbelastung der Beamten erfolgen muß. Verschiedene Oberpostdirektionen haben auch einfach verfügt, die Zahl der Dienststunden auf 89 und 70 zu verlängern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem industriereichen Bezirk Düsseldorf sind 30 Ausbilder entlassen, die die Hoffnung hatten, in ganz kurzer Zeit fest angestellt zu werden. Indem man 30 Ausbilder rücksichtslos auf die Straße wirft, spart man freilich 80 mal 2,50 M. pro Tag, das ist 27 375 Mark pro Jahr. Rücksichtslos kann auch kein Privatunternehmer vorgehen. Täglich fallen nun auch 30 mal 10 1/2 Dienststunden weg, das sind 315 Stunden pro Tag, die nun durch die übrigen Unterbeamten mitzuerfüllen werden müssen. Um so auffällender ist, daß in demselben Bezirk, in derselben Zeit eine Reihe neuer Stellen für obere Beamte geschaffen ist: ein Intendant mit 4000 M. Gehalt und 920 M. Wohnungsgeld, ein Obersekretär mit 3700 M. und 760 M. Wohnungsgeld, ein Sekretär mit 2700 M. und 630 M. Wohnungsgeld und eine Reihe weiterer Beamtenstellen, die im ganzen eine Ausgabe von fast 50 000 M. pro Jahr verursachen! Das ist eine Illustration des Kraetkeschen Sparsens.

Wenn unsere Postverwaltung nicht auf der Höhe des Verkehrs steht, so ist sie doch Vorbildlich für alle übrigen Reichsämter, wenn es sich um die

Regelung von Beamten und Arbeitern

Handelt, die sich erlaubt haben, das System Kraetke nach irgendeiner Richtung zu kritisieren. Als im vorigen Sommer und Frühjahr wegen der Beförderungsvorgänge die Wogen der Erregung sehr hoch gingen, gingen auch die Beamten aller Ressorts sowohl im Reich wie in den Einzelstaaten an, ungebüdig zu werden, als ihnen durch die Vorlage klar geworden war, daß ihren berechtigten Wünschen und Forderungen nur zum Teil Rechnung getragen wurde. Am 18. April v. J. riefen die Beamten eine große Versammlung nach der Hofenheide ein, und dort fiel manch hartes, herbes, aber zutreffendes Wort gegen die Regierung, die Parteien und vor allen Dingen auch gegen das preussische Herrscherhaus. Die Herren an der Spitze der Reichsämter hat das sehr stark verärgert, und wenige Tage nach der Kundgebung konnte man in der konservativen Presse lesen, man müsse gegen die Beamten, die gewagt hätten, gegen den Stachel zu lecken, einschreiten! Unter diesen Beamten befand sich auch der

Kleines feuilleton.

„München 1910.“ Oberammergau, Max Reinhardt, Orientalische Teppichausstellung, Musikfest, Wagner-Festspiele, Säkularfeier des Dreierfestes, Mozartfestspiele, Varadero-Passagierfahrten a 800 Mark, Uraufführung von Gustav Mahlers VIII. Sinfonie mit 1500 Mitwirkenden — Bummel! — Oskar Strauß und Edgar Franz! höchstselbständige Wasserfallstochschwinger — Bummelbaum! — wird das eine goldene Ernte diesen Sommer und Herbst werden für die Groß- und Ehrenritter der Münchener Fremdenindustrie! Die internationalen zahlkräftigen Besucher Oberammergaus sollen natürlich das Hauptkontingent der auf und über dem Ausstellungsplatz zu ruspenden Fremden stellen. Und der übergeschüssige Restname-Ausgang der Ausstellungsleistung bringt das Wort Oberammergau gar nicht mehr aus dem Mund. Auch Julius Diez, der konkurrenzlose Münchener Plakatzeichner, hat auf seinem recht geschmacklosen Ausstellungsplakat das orientalische Teppich-Gischnas mit dem najarenischen Possionspiel gewaltig zusammengeschuppt. „München 1910“ rechnet aber stark auf die Passionsgäste und ihre unbegrenzte Anposungsfähigkeit: heute das Erlöserdrama, morgen Oskar Strauß! Da die „erstklassigen Musikfeste der Ausstellung München 1910“ unieren durch die skandalösen Ereignisse des Münchener Musiklerkriegs von 1908 verloren gegangenen Ruf als „führende Musikstadt Süddeutschlands“ wieder herstellen sollen, hat man für einen würdigen Raum Sorge getragen! Die Prinz-Lugwighalle auf der Ausstellung ist durch Theodor Fischer und den Regierungsbauamteiler Geiger in eine kolossale Musikhalle umgewandelt worden, die berufen sein soll, die vielerörterte Frage der modernen Konzertsaalreform oder des Reformkonzertsalles der Lösung näher zu bringen. Die Münchener Musikfesthalle repräsentiert sich als ein rechteckiger Raum mit drei amphitheatralisch aufgebauten Rängen, die über 3000 Sitzplätze enthalten. Das riesige Doppelpodium mit Orgel faßt bequem einen Orchester- und Chorleiter von 800 Personen. Daß das Prinzip des Amphitheatrons auch für den Konzertsaal der Zukunft die einzig zweckmäßige, weil optisch und akustisch zweckentsprechende Form sein wird, ist dem erfahrenen Architekten Fischer nicht entgangen. Frühere Erfahrungen haben ihm dabei zur Seite gestanden. Wie sieht es nun mit der Musik der Musikfeste? Die erste Probe, zu der als Saalführung ein Regiment Infanterie kommandiert war, ergab kein sehr günstiges Resultat. Hoffentlich wird die schlemmig einzubauende Schallmichel diese Mängel beseitigen. Dann steht dem Waffensbetrieb moderner Musik als Bildungsmittel für die soziale Oberschicht — das Volk ist selbstverständlich wieder von den Musikern der Ausstellung 1910 so gut wie ausgeschlossen und auf den Ausenthalt im Vergnügungspark oder Wurstprater angewiesen — nichts mehr im Wege.

Kotshild und das Papsttum. Das Museo del Risorgimento in Rom hat unlängst ein Autograph Pius' IX. erworben, das im Jahre 1870 an einen italienischen Prälaten in Paris gerichtet wurde und dem Empfänger den Auftrag gab, von dem Hause Kotshild dem

Oberpostassistent Jollisch, der Vorsitzende des Verbandes der mittleren Reichspost- und Telegraphenbeamten. Das Organ dieses Verbandes, die „Deutsche Postzeitung“, hatte auch einige Artikel gebracht, die das Verhalten des Staatssekretärs erregt hatten. Die Hegeorien der konservativen Presse hatten Erfolg, und als erster auf der Straße blieb der Oberpostassistent Jollisch! Es wurde gegen ihn ein

Disziplinarverfahren auf Amideinführung eingeleitet, weil er die Zensur über die „Deutsche Postzeitung“ nicht scharf genug gehandhabt habe. Er war eben der Postverwaltung unbehagen geworden, weil er es verstanden hatte, die Interessen seiner Standesgenossen zu wahren! In ihm sollte daher nicht bloß die Person Jollisch getroffen werden, sondern der Verband, der Herrn Kraetke schon lange ein Dorn im Auge war, wie überhaupt alle Organisationen von Angehörigen. Jollisch hatte 21 Jahre tadellosen Dienstes hinter sich! Der Staatssekretär aber wollte mit der gepanzerten Faust jedes Vorwärtstreiben der Beamtenwelt, jede freie Meinungsäußerung der Beamten unterdrücken. Dieses brutale Vorgehen wird hoffentlich dazu beitragen, den Beamten und Unterbeamten zu zeigen, daß sie die energische Pflicht haben, zusammenzukommen, daß ihnen zum Bewußtsein kommen muß, daß sie nicht nur Beamte, sondern auch Menschen sind. (Zustimmung bei den Sozialdem.) Die Sache des Staatssekretärs gegen Jollisch ist nicht ganz geklärt. Die Disziplinarcommission sprach nicht die Dienstentsetzung aus, wohl aber die Strafverfügung unter Verminderung des Dienstverdienstes um ein Sechstel und unter Aufhebung der Kosten des Verfahrens!

Sing der Staatssekretär schon gegen die Beamten so rücksichtslos vor, so noch viel rücksichtsloser gegen die Arbeiter und Arbeiterorganisationen. Hier hat er ja nicht erst ein langwieriges Disziplinarverfahren nötig, sondern kann mit seiner gepanzerten Faust unmittelbar eingreifen, wie es gegen den

Telegraphenarbeiter Valentini

geschehen ist, den Vorsitzenden des Telegraphenhandwerker- und Arbeiterbundes, der im September v. J. plötzlich entlassen wurde. Auch hier handelte es sich in erster Linie um zwei Zeitungsartikel; der eine beschäftigte sich mit dem Aufsehen erregenden Fall Jollisch und sprach Jollisch die Sympathie der Arbeiter aus, der zweite trug die Ueberschrift „An die Gewehre!“ und richtete sich mit keinem Worte gegen die Verwaltung, sondern forderte die Mitglieder des Bundes auf, sich zum Kampfe zur Durchführung ihrer Lohnforderungen zu rüsten. Nachdem beide Artikel im Organ des Bundes erschienen waren, gab Valentini dem Druck der Behörde nach, welche von ihm verlangte, er solle erklären, er habe die beiden Artikel vor ihrem Erscheinen nicht gelesen. Es war ihm mitgeteilt worden, die Angelegenheit sollte damit für ihn erledigt sein! Nun hatte der Arbeiterauschuß beschlossen, wenn die Postbehörde wiederum eine Lohnherabsetzung ablehnte, solle eine öffentliche Versammlung einberufen werden, um die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die ungenügenden Verhältnisse der Telegraphenarbeiter zu lenken. Mit der Ausführung des Beschlusses wurde selbstverständlich der Vorsitzende des Bundes, Valentini, beauftragt. Die Behörde antwortete den Arbeitern,

daß kein Grund zu einer Aufbesserung der Löhne vorliege!

Als nun die Versammlung am 19. September einberufen wurde, wurde Valentini am 18. auf die Oberpostdirektion bestellt und ihm eröffnet, die Versammlung dürfe nicht stattfinden, er müsse sie auf seine Kosten rückgängig machen! (Hört! hört! b. d. Sozialdemokraten.) Als er sich weigerte, erklärte die Oberpostdirektion, sie würde die Kosten übernehmen. Aber auch jetzt lehnte Valentini ab, da er nur der Beauftragte des Arbeiterauschusses der Telegraphenarbeiter sei. Die Versammlung fand statt und Valentini referierte und kritisierte dabei die Postverwaltung, wie die Presse aller Parteien anerkannte: in sehr heftigen Worten. Darauf wurde er, nachdem am 20. September eine Konferenz auf der Oberpostdirektion stattgefunden hatte, am 21. aus den Telegraphenbauamt gerufen, und dort wurde ihm erklärt, er solle seine Ausführungen widerrufen und in den Tageszeitungen bekannt machen, seine Ausführungen in der Versammlung seien unzutreffend gewesen, die Löhne der Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker seien vielmehr ausreichend, und die Arbeiter hätten keinen Grund, über

päpstlichen Stuhle ein neues Darlehn auszuwirken. In dem Briefe wird dem Prälaten aufgetragen, Rothschild zu sagen, daß der Papst Geld brauche. „Er soll nicht den Geizigen spielen“, bemerkt Pius, „denn diesmal wie die anderen Male wird er nichts verlieren.“ Rothschild soll daran denken, daß er recht gute Geschäfte mit dem heiligen Stuhl gemacht hat.“ Weiter bemerkt der Papst, daß das Schiff des hl. Petrus trotz des heftigen Sturmes nie untergehen könne. Das Papsttum hatte schon früher Geschäftsverbindungen mit Rothschild gehabt. Zuerst hatte Gregor XVI. ein Darlehen aufgenommen, zu dem niedlichen Zinsfuß von 7 1/2 Proz. Die Sache wurde damals von den Liberalen festgenagelt. Zur Rechtfertigung Rothschilds wurde gesagt, daß dieser als Jude nicht an die ewige Existenz der Kirche zu glauben brauche und daher sein Darlehen für unsicher halten müsse. Pius selbst hatte Darlehen von Rothschild in den Jahren 1850, 1856 und 1863 erhalten, immer zu sehr ungünstigen Bedingungen. Das letzte Darlehen, von dem in unserem Dokument die Rede ist, wurde abgeschlossen, und das war ein Glück für die italienische Regierung, da sie ja nach dem Fall der Papstherrschaft für alle Schulden des Kirchenstaates aufkommen mußte.

Musik.

Volks-Oper. „Kalif Storch“ nennt sich, nach Wilhelm Hauffs gleichnamigem Märchen, diese Komödie, für deren Verfasserschaft als Librettist und Komponist Herr Max Es mann, ein Jenaeer Oberlehrer, verantwortlich zeichnet. Das Dichten scheint Esmanns Hauptstärke nicht zu sein. Von Dramaturgie und Bühnentechnik hat er keine Ahnung. Die Personen gehen und kommen, grad „wie's trefft“. Wenn sie Witze machen, so sind sie weder von Kalai noch von anderwoher. Nachdem Kalif und Beizir als Störche herumwandern, offenbaren sie dem Publikum die Keutigkeit, daß ihres Gewandes Zeichnung den Farben der deutschen Reichsfahne entspreche usw. Im übrigen hat der Textdichter dem Musiker redlich vorgearbeitet. Er bringt eine vermunische Prinzessin, einen Rohr, Zauberer, Zigeuner, Hofleute, ja den Satan selbst auf die Bretter. Und nun wird lustig drauf los komponiert. Wir kriegen Arien, traurige und fröhliche, Duette und Chöre zu hören. Einige Ansätze zur Charakterisierung sowie ein Walzer lassen sich ganz hübsch an. Sonst aber kommt der Komponist vor lauter endloser Melodie zu keiner liedmäßigen Form. Immerhin hat er sich bei klassischen, romantischen und modernen Opernkomponisten tüchtig umgesehen; nur hat das den Nachteil, daß sich schwerer sagen läßt, wieviel von dem allem auf seine eigene Schöpferfähigkeit entfällt. Verschiedene frische Motive und Figuren enttäuschen wirklich nicht für die einschläfernde Wäse des Ganzen. Dementsprechend konnte auch nur die Aufführung sein. Schablone, nichts als Schablone! Der Dichterkomponist machte den Eindruck einer jovial-gemüthlichen Erschneimung; er wird also den Mißerfolg nicht allzu tragisch nehmen.

Humor und Satire.

Jagows wilde Jagd.

Was glänzt dort bei Treptow im Sonnenchein? Man hört es trampeln und schorren.

mangelndes Entgegenkommen der Postverwaltung zu klagen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist erklärlieh, daß jemand, der etwas auf seine Ehre hält, eine derartige Zumutung zu rüchweist. Man verlangte von Valentini, er solle sich selbst laszieren und ein Schurke gegen seine eigenen Arbeitskollegen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weil er das ganz energisch ablehnte, wurde ihm

sofort gelübt!

So rücksichtslos geht die Postbehörde unter dem System Kraetke gegen alle vor, die auch nur das geringste Streben zu erkennen geben, ihre wirtschaftliche Lage irgendwie aufzubessern. Aber die Postbehörde geht noch weiter. Oft genug ist von dieser Stelle ausgeführt worden, daß niemand berächtigter ist als derjenige, der sich zum

Spiegel

berühmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Postbehörde sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, Spiegel zu glätten und in Versammlungen von Arbeitern zu dirigieren! Als in Stettin im Oktober v. J. eine Telegraphenarbeiter-Verammlung stattfand und der Referent sagte, daß die Oberpostdirektion Stettin besser getan hätte, sich in der Versammlung vertreten zu lassen, um die Wünsche der Arbeiter aus eigener Anschauung kennen zu lernen, meldete sich ein Kollege und gab der Versammlung unter großer Entrüstung bekannt, er sei auf die Oberpostdirektion bestellt und aufgesordert worden, der Versammlung beizuwohnen und am Montag Bericht zu erstatten (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) darüber, was dort gesprochen sei und wer gesprochen habe! Dem zum Spiegel gestempelten Arbeiter war die Schamröte ins Gesicht gestiegen, und er gab daher der Versammlung bekannt, zu welchen unlaublichen Zwecken er aufgesordert war, auf die Oberpostdirektion zu kommen.

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen nicht sagen, daß die Oberpostdirektion unaufrichtige Zwecke verfolgt.

Abg. Zubeil (fortfahrend): Wir waren bisher der Meinung, daß wenn jemand beauftragt wird, seine Kollegen zu bespitzeln, dies eine sehr unaufrichtige Sache ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte einen solchen Ausdruck nicht zu gebrauchen. (Bravo! recht.)

Abg. Zubeil (fortfahrend): Nun, die Postverwaltung wird schon wissen, wie wir und alle anständigen Leute darüber denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

In einem Falle ist die Postbehörde gegen einen Unterbeamten vorgegangen, ohne daß der geringste Beweis dafür erbracht war, daß dieser Beamte ein Spionhabe war: In Wiesbaden hatte auf dem dortigen Postamt 6 der Postbote Konradi neun Jahre lang zur vollsten Zufriedenheit gearbeitet, wie auch aus seinem Abgangszeugnis hervorgeht. Er glaubte nun endlich von der Postverwaltung übernommen zu werden. Doch er sollte zu seiner Anstellung nicht kommen, sondern sogar der vollkommenen Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz anheimfallen. Am 9. August v. J. hatte Konradi am Nachmittag auf dem provisorischen Postamt der Ausstellung in Wiesbaden Dienst. Nachdem er die Postkästen geleert hatte, begab er sich sofort in das Dienstzimmer, um die Briefsäcke in der vorgeschriebenen Weise mit Poststempeln zu versehen. Er machte den diensttuenden Beamten sogleich darauf aufmerksam, daß das im Augenblick nicht möglich war, und begab sich nach dem zuständigen Hauptpostamt mit den Briefsäcken. Ich muß erwähnen, daß er an Leibschmerzen litt und deshalb ein stilles Dörchen aufsuchen mußte. (Heiterkeit.) Es ist notwendig, daß ich das anführe. Als er das Klosett verließ, trat ihm ein fremder Mann entgegen und sagte: „Sie haben in dem Raum jetzt vier oder fünf Briefe geöffnet und haben aus einem Brief einen Fünfmarschein entwendet!“ Konradi glaubte es mit einem Gefühlsstößen zu tun zu haben und ging ruhig nach dem Dienstzimmer. Bald trat ihm aber wieder der Fremde in Begleitung des Oberpostassistenten Nord entgegen. In der weiteren Entwicklung der Sache stellte sich dann heraus, daß dieser fremde Mann ein Schauspieler war. Konradi hat, daß er sofort distanziert werde; das wurde abgelehnt! Es fanden weitere Vernehmungen des Konradi statt; der Postdirektor sagte nun zwar, daß ihm die Sache leid täte, aber schließlich wurde Konradi doch entlassen! Zu derselben Zeit etwa war ein anderer Brief auf demselben Postamt verschwendet worden, und sofort stieg der Verdacht auf, daß auch dieser Brief durch Konradi beiseite gebracht worden sei. Zum Glück fand dieser Brief später bei der Abfertigungsstelle in Würzburg wieder vor. Konradi konnte wenigstens von diesem schändlichen Verdacht gereinigt werden. Trotzdem wurde er

Es zieht sich zusammen in blauen Reih'n, Kommandorufe erschallen daren Und erfüllen die Lüfte mit Schmarren. Und wenn ihr die blauen Gestalten fragt — Das ist Jagows wilde, verwegene Jagd.

Was krabbelt dort rum in dem Treptower Wald, Was ist's, das den Rasen zerstopft? Es legt sich ringsum in den Hinterhalt, Der Sabul wird noch ein Loch feiter geknallt Und die Browning-Pistole gelodert. Und wenn ihr die mut'gen Gefellen fragt — Das ist Jagows wilde, verwegene Jagd.

Was braust vor der Kneipe die wilde Schlacht? Eine Frau ist zusammengebrochen. Sie ward von sechs Reitenden niedergemacht, Weil sie an Kaffee bei Zemer gedacht; Das wurde blutig gerochen. Und wenn ihr die tapferen Reiter fragt — Das ist Jagows wilde, verwegene Jagd.

Wer zieht dort mit langer Nase nach Haus, Vom Kampfesmutte entzittigt? Sie sehen betrübt wie 'ne Leberwurst aus, Doch machen sie sich fast gar nichts daraus, Der Treptower Park ist gerittigt. Und wenn ihr die stoobigen Brüder fragt — Das ist Jagows wilde, verwegene Jagd.

Wer läßt da? Der Hauptmann von Köpenick. Jetzt steht er nicht mehr alleine. Er schiebt die Rüge vernünftig ins Genick Und sagt: Der Sozi versteht er wie id, Sein Spaß is so jut wie der meine. Und wenn ihr fragt, worüber er läßt — Ueber Jagows wilde, verwegene Jagd.

(Der Oberdonze.)

Notizen.

— Im Berliner Buchgewerbeaal sind zurzeit ausgeführt: neuere Erzeugnisse des Dreifarbenbuchsdrucks sowie eine größere Anzahl Farbendrucke, die unter Benennung Gebr. Lumière'scher Autographplatten in den herborragendsten Kunstanstalten Deutschlands hergestellt wurden. Der Saal ist täglich von 11—3 Uhr geöffnet.

— Bearys Beweise, daß er den Nordpol erreicht hat, wurden bisher der Öffentlichkeit vorenthalten. Der amerikanische Kongreß ließ darum erfragen, ehe er die für Bearys bestimmten Ehrungen annehmen wollte. Beary fühlte sich dadurch gekränkt und lehnte auch mit Rücksicht auf seinen Verlagsvertrag ab. Darauf hat der Ausschuß des Kongresses, der durch die Coolidge-Affäre vorfristig geworden ist, Beary die zugehörigen Ehrungen versagt. — Beary ist also nicht Vize-Admiral geworden und wir wissen immer noch nicht, ob er am Pol war.

nach neunjähriger tadelloser Dienstzeit entlassen! Der Hauptzeuge jener Schauspieler, konnte dem Staatsanwalt nicht ermittelt werden! In seiner Verleumdung soll er geäußert haben: „Ich glaube, ich habe einen Postboten unglücklich gemacht.“ Später fand er sich auch bei Konrad ein und sagte: „Die Sache tut mir sehr leid, aber Sie sind ja katholisch, und deshalb können Sie Messen lesen lassen, und dann wird alles wieder gut.“ Konrad hat sich an die Oberpostdirektion Frankfurt und auch an das Reichspostamt gewandt, aber alle Stellen haben sich zumeist in tiefftes Schweigen gehüllt. Wenn die Postbehörde davon überzeugt war, daß dieser Mann 6 M. entwendet hat, so hätte sie ihn doch dem Staatsanwalt übergeben müssen, damit er sofort seiner wohlverdienten Strafe entgegengeführt würde, denn auch wir Sozialdemokraten meinen, daß der streng bestraft werden muß, der sich so vergeht. Ich habe mich an Konrad noch persönlich gewandt, und er hat mir mitgeteilt, daß die Gerichte jede Klage gegen ihn abgelehnt hätten, weil sie nicht die mindeste Ursache dazu hätten! Wie kann die Postverwaltung diesen Beamten zu einem Verbrecher stampeln? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat sie nicht alles getan, um ein neues Verfahren einzuleiten, damit Konrad wieder in seine bürgerlichen Ehrenrechte eingesetzt wird, die sie ihm so grausam genommen hat? Ich hoffe, daß das aber wenigstens jetzt unverzüglich geschieht, und werde im nächsten Jahre fragen, welche Schritte getan worden sind. Denn Konrad hat leider kein Mittel, seine Ehre wieder herzustellen.

Wir sind oft eracht worden, bei Beschwerden, die wir hier vorzubringen haben, sie dem Staatssekretär vorher mitzuteilen. Wir werden das aber in Zukunft erst recht vermeiden nach einem Vorfall, der sich in Kassel ereignet hat. Unser Kollege Scheidemann hat sich vor längerer Zeit an den Staatssekretär Straßke gewandt und um eine Antwort über einen bestimmten Fall gebeten, sie aber heute noch nicht erhalten. Es ist erklärlich, daß wir und nun in Zukunft erst recht hüten werden, noch einmal von einer vorherigen Mitteilung Gebrauch zu machen. Wir brauchen uns nicht von dem Staatssekretär wie ein Schuppengericht behandeln zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Denn jeder anständige Mensch erhält eine Antwort, wenn er in höflicher Form um eine solche bittet.

In Kassel besteht eine Ortsgruppe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokraten. Im Vorstand dieser Ortsgruppe befinden sich ein Oberpoststrat, 5 Oberpostsekretäre, 4 Oberpostassistenten und ein Oberpostassistent. Es ist erklärlich, daß alle diese nachgeordneten Beamten eine fleißige Tätigkeit entfalten, um die dortigen Unterbeamten zum Beitritt in den Reichsverband zu bewegen. Da die bürgerliche Presse in Kassel fast ausschließlich auf dem Boden des Reichsverbandes steht, so haben die Unterbeamten, um ihre Rechte wahren zu können, sich an den sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteur Scheidemann gewandt, um diese Angelegenheit hier vorzubringen, weil sie mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bearbeitet werden, diesem Verbandsbeiträt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von den 3330 Mitgliedern der Kasserer Ortsgruppe entfallen auf Postunterbeamte 318, auf Eisenbahnbeamte 63. Es ist doch nicht denkbar, daß in Kassel 318 Postunterbeamte freiwillig diesem Verbandsbeiträt werden. Wie viele Beamten gezwungen werden, hat sich auch bei den Stadtverordnetenwahlen in Kassel gezeigt. Wie kommt denn aber der Geheimpoststrat Hoffmann dazu, seine bevorzugte Stellung so zu mißbrauchen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In Kassel besteht auch eine Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dieser hatte sich an das Postamt gewandt mit der Bitte, daß die Postboten sich keine Mühe geben möchten zu ermitteln, in welchem Betriebe ein Adressat angestellt ist, wenn dieser einmal verzogen sein sollte. Unter keinen Umständen sollte ein nicht bestellbarer Brief an den Arbeitgeber ausgeliefert werden. Nach am 16. Mai v. J. hat das Postamt in Kassel erklärt, dieser Bitte nachzukommen. Es kam ja leicht vorzukommen, daß die Postboten die zahlreichen Vorschriften nicht mehr auseinander halten können. Dafür sollte aber das Postamt unsomehr diese in Erinnerung bringen. Ein Brief, der von der Geschäftsstelle des Verbandes an einen Arbeiter adressiert war, kam an die Adresse der Firma Henschel u. Sohn, bei der der Mann besteht, daß kein Arbeiter dem Metallarbeiterverbande angehören darf!

Die Einladung zur Versammlung vom Verband wurde im Bureau der Firma an den Prokuristen Koch abgegeben. Dieser öffnete den Brief, nahm den Handzettel, der die Einladung enthielt, heraus, ließ dann sofort den betreffenden Arbeiter rufen und erklärte ihm: „Sie beteiligen sich an Versammlungen! Sie haben eine Einladung vom Deutschen Metallarbeiterverband erhalten! Es ist verboten, sich an Versammlungen zu beteiligen und dem Verbandsbeiträt anzugehören. Sie sind hiermit gekündigt!“ Es war das nicht der einzige Arbeiter, der durch die Fahrlässigkeit der Postbehörde gekündigt wurde, und zwar zu einer Zeit, in der die Metallindustrie schwer darniederlag. Der Arbeiter verlor seine Arbeit durch eine Tatsache, an der er vollkommen unschuldig ist. Denn er gehört gar nicht dem Metallarbeiterverbande an, dieser aber hat das lebhafteste Interesse daran, sich auch an Nichtmitglieder zu wenden und sie zu Versammlungen einzuladen. Ich bin überzeugt, daß der Staatssekretär, nachdem er gesehen, was durch solche fahrlässige Verfahren der Briefträger angerichtet wird, ihnen einschärfen lassen wird, in Zukunft so nicht zu verfahren. Eine Befragung wegen Verletzung des Briefgeheimnisses hat die Staatsanwaltschaft abgelehnt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) weil angeblich der Brief nicht geschlossen war, sondern in einem offenen Umschlage gesteckt habe. . .

Bei dem Verfahren, immer mehr Postboten und Ausbesserer zu entlassen, muß man sich doch fragen: Wie ist es möglich, daß

an einzelnen Stellen, wie Posen, von unserer Post noch Kinder beschäftigt

werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Posener Kreisverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat sich am 16. November v. J. deshalb an die Oberpostdirektion in Posen gewandt und am 17. Januar 1910 die Antwort erhalten:

„Der eine bei der Paketabnahme des Postamts hier beschäftigt gewesene Knabe, der noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet war, ist inzwischen entlassen worden. Die jetzt noch beschäftigten vier Knaben sind nicht mehr schulpflichtig, zwei dieser Knaben besuchen noch die Mittelschule. Die Beschäftigung sämtlicher vier Knaben erfolgt im Rahmen der durch das Kinderschutzgesetz gezogenen Grenzen, hinsichtlich der die Mittelschule besuchenden beiden Knaben mit Genehmigung des Schuldirektors.“

Der schulpflichtige Knabe ist also auf die Beschwerden hin entlassen, die anderen vier sollen ja das 14. Lebensjahr überschritten haben, und da sagt die Oberpostdirektion einfach: Dem Kinderschutzgesetz ist genügt! Es ist schämlich, wenn eine Postverwaltung dazu übergeht, überhaupt Kinder zu beschäftigen. Wir waren der Meinung, daß der Postbetrieb in allen Zweigen ein viel zu wichtiger ist, als daß überhaupt ein Teil in Kinderhände gelegt werden darf, selbst wenn sie das schulpflichtige Alter überschritten haben; denn der Staatssekretär darf nicht bestreiten können, daß die vier auf der Post beschäftigten Knaben noch unter fünfzehn Jahre alt sind; diese beschäftigt man, während etwaehene Arbeiter, Familienkassen, zurückgeschoben werden, weil angeblich keine Arbeit bei der Post vorhanden ist. Wir haben allen Anlaß, hier in Reichstags zu verlangen, daß derartige Zustände ummöglich sein sollen. Der Reichstag müßte in seiner Gesamtheit dem Staatssekretär klar machen, daß das Reichspostamt keine Kinder beschäftigen darf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verwaltung vertritt sich hinter das Kinderschutzgesetz, das sowieso schon lag genug gehandhabt wird.

Wie geparkt wird,

lann man auch hier in Berlin beobachten, wo die Ausbesserer, denn sie das dritte Jahr erreicht haben, mit großer Rücksichtslosigkeit abgeschoben werden. Denn wenn sie das dritte Jahr erreichen, müssen sie verabschiedet werden und erhalten eine Anwartschaft auf Anstellung. Das umgeht man! Man täuscht die Leute beim Eintritt und ehe drei Jahre herum sind, entläßt man sie! Dabei ist der Lohn, den sie erhalten, 270 M. und schließlich 3 M. pro Tag, ein so elender, wie er elender garnicht gedacht werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) So wird nach unten geparkt, während nach oben nichts vom Sparen zu erkennen ist.

Mein Freund Singer hat im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß in Frankfurt a. M. die bei der Post angestellten Damen, wenn sie einen bestimmten Ort aufsuchen müssen, sich vorher erst bei der Aufsicht zu melden haben. (Heiterkeit.) Ja, wir brauchen nicht erst nach Frankfurt a. M. zu gehen, um das zu sehen. Singer hat das wahrscheinlich im vorigen Jahre nicht gewußt, daß hier auf dem Postamt in der Französischen Straße die Kontrolle noch schärfer ist? Da müssen die Damen, wenn sie diesen stillen Ort aufsuchen wollen, sich zuvor bei dem Aufsichtsbekanntem melden und in ein Buch eintragen, damit kontrolliert werden kann, wie oft und wie lange sie diesen stillen Ort benutzen. (Große Heiterkeit.)

Bei den Bahnposten amtern herrscht eine

schärfste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, und zwar in ganz Deutschland. Auf einem kleiner Postamt wurden Beamte, die sich über die Zustände auf dem Postamt beschwerten, in eine andere Stelle versetzt. Den Beschwerden wurde dann zwar stattgegeben, aber es sollte nicht heißen, daß diese Abhilfe von den nachgeordneten Beamten ausgegangen sei. Auch aus Dresden kommen Klagen, wie mit den gesetzlichen Bestimmungen umgegangen werde. Die Dienstpläne sind entfernt, angeblich weil neue angefertigt werden sollen, die aber nie fertig werden. Die wöchentliche Dienststundenzahl soll 60 nicht überschreiten, aber von Berlin aus kam der Ruf, daß sie

Sie 70 erhöht

werden können! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jedoch soll der Deffektivität dies nicht bekannt gegeben werden! Der Deffektivität gegenüber soll es heißen, daß es bei 60 Dienststunden bleibt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mit Aufsichtsbekanntem wird eine kolossale Verschwendung getrieben. Auf 5-6 Unterbeamte kommt immer eine Aufsicht. Die Postbehörde scheint zu denken, daß unter fünf Postbeamten immer zwei Spitzbuben sind.

Die unteren und mittleren Beamten in vielen Ämtern führen

Kasernenhospiten

der oberen Beamten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf dem

Postamt 68

wurden sechs Postbeamten Umzugsarbeiten zugewiesen. Sie weigerten sich und erklärten, daß es für solche Zwecke genug Privatankassen in Berlin gäbe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge davon war, daß die sechs Verbrecher vor den Oberpostdirektor Vorweg zitiert und sämtlich strafverurteilt wurden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

In Berlin existieren 40 Bahnpostbegleiter, die die Geld- und Wertpost von den Postämtern zu den Bahnhöfen zu bringen haben, dabei die Postwagen nicht benutzen und meist auf Straßenbahnen um angeordnet sind. Jeder dieser Bahnpostbegleiter bekam früher 16 M. monatlich Entschädigung: sogenannte Aufwandsgebe. Im September 1909 nun wurden diesen Beamten auf einmal diese Aufwandsgebe entzogen! Damit nicht genug. Die seit April 1908 gezahlten Aufwandsgebe wurden zurückgefordert. (Lautes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Postbehörde erklärte den von dieser Maßregel betroffenen Leuten, es handle sich um unbewilligte Stellenzulagen. Wenn das wahr ist, so hat jahrelang die Postbehörde die Hand zur Bewilligung der Stellenzulagen geboten. Sie hat nämlich jahrelang den Bahnpostbegleitern bescheinigt, daß die Aufwandsgebe keine Stellenzulagen, sondern eben Aufwandsgebe seien und daher nicht versteuert zu werden brauchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Tat sind es auch keine Stellenzulagen, und die Entziehung — noch dazu mit rückwirkender Kraft — ist unverantwortlich im höchsten Grade. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ich bin sehr gespannt darauf, was der Staatssekretär dazu sagen wird. Die Leute mußten sogar von den Aufwandsgebern, die man ihnen nunmehr entzogen und von ihnen zurückgefordert hat, ihre Mäntel bezahlen! (Hört! hört!) Die Sache steht so, daß die Postverwaltung bei der Beamtenvorlage im vorigen Jahre die Bahnpostbegleiter einfach vergessen hatte! (Hört! hört!) Es liegt aber doch gar keine Veranlassung vor, daß diese Leute die Vergeltung ihrer dargelegten Behörde ausüben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß auch die Majorität des Reichstages dieser Ansicht sein wird.

Ich will jetzt schließen, obwohl ich noch Material für zwei Stunden habe. (Lautes Chorale rechts und im Zentrum.) Auf Sie, (nach rechts) die Sie die Zeit des Reichstages sehr ungeniert mit Ihren Agrardebatten in Anspruch nehmen, brauche ich keine Rücksicht zu nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich schließe, weil es ja noch eine dritte Lesung gibt, (Unruhe rechts) bei der ich Verläumder nachhaken läßt. Für heute, wie gesagt, Schluß! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dräcker (L.): Ich werde nicht dem Vorgang meines Vorredners folgen und stundenlang die Tribüne des Reichstages mißbrauchen, um breiten Ratich vorzutragen und Beamte aufzuheben. (Dröhnendes Bravo! rechts, Zutritt bei den Sozialdemokraten: Vornehme Ausdrucksweise.) Der Etat weist keine neue Beamtenstelle gegenüber dem Vorjahre auf und genügt somit den allseitig erhobenen Klagen nach Sparsamkeit. Der Postetat ist so vorsichtig aufgestellt, daß wir kaum etwas streichen können. Das ist ein sehr gutes Zeugnis für die Postverwaltung. Die Beamten der Post müssen auf eine Verbesserung ihrer Lage eintige Jahre warten; trotzdem hoffen wir, daß sie dienstfreudig und freudig ihre Pflicht tun. (Bravo! rechts.)

Abg. Raden (Z.): Der Postetat trägt deutlich den Stempel der Sparsamkeit. Die noch immer unsichere Finanzlage zwang dazu, besonders betroffen ist dadurch das Beamtenpersonal, indem keine neue Stelle eingesetzt werden konnte und einige Härten, die bei der Regelung der Beamtenbesoldung übrig blieben, nicht beseitigt werden konnten. Im vorigen Jahre hat der Staatssekretär die Errichtung einer Krankenkasse für die Postunterbeamten in Aussicht gestellt; wir fragen den Staatssekretär, wie weit diese Frage gediehen ist. Wir wünschen eine würdige, großzügige, weitläufige, glänzende, dem Verkehr nicht nachsinnende, sondern voraneilende Entwicklung der Post. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Straßke:

Ich freue mich, daß die letzten beiden Herrn Vorredner anerkannt haben, daß die großen Verkehrsaufgaben der Post nicht unter der strengen Sparsamkeit gelitten haben.

Die von Herrn Jubel angeführten Fälle sind durchweg ungeeignet für die Behandlung im Plenum. Generell will ich bemerken, daß die Postverwaltung allerdings gegen Erregung von Unzufriedenheit unausdrücklich eingeschritten ist und das auch ferner tun wird. (Bravo! rechts.) Es ist richtig, daß eine Eingabe des Abg. Scheidemann bis jetzt unbeantwortet geblieben ist. Die Eingabe stammt aber erst aus den letzten Tagen des Februar, und Herr Scheidemann würde sicher Antwort erhalten haben. Jetzt, nachdem Herr Jubel die Sache hier vorgebracht hat, erübrigt sich das wohl. (Zutritt bei den Sozialdemokraten.) Die Eingabe ist bereits geprüft worden und die Grundgedanken haben ergeben, daß die Verhandlungen des Abg. Scheidemann gegen den Oberpostdirektor in Kassel völlig grundlos sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In keiner Weise hat der Oberpostdirektor einen Druck auf die ihm nachgeordneten Beamten ausgeübt, um sie zum

in den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufzutreten. Herr Scheidemann hat grundlose Anklagen gegen einen hohen Beamten erhoben. (Lachen bei den Sozialdemokraten), bloß weil die Kommunalwahlen nicht nach Wunsch der Sozialdemokratie ausgefallen sind. Die übrigen Beschwerden des Abg. Jubel werden sachlich geprüft werden.

Abg. Beck-Heidelberg (natl.) tritt lebhaft für Verbilligung des Belporlos ein und weist auf die Erwidmung des badijsch-schweizerischen Verkehrs durch das teure Porto hin.

Abg. Ling (Sp.) erbittet vom Staatssekretär die Errichtung eines Postamts in Varmen-Kittlerhausen, wodurch sich der Staatssekretär den ewigen heißen Dank der Bewohner dieses Stadtteils erwerben würde. Die Geschäftswelt leidet schwer unter dem Wegfall des Anknüpfstempels; mindestens muß derselbe für Auslandsbriefe beibehalten werden.

Abg. Dr. Seyda (Volk): In den polnisch sprechenden Landestellen kümmert sich die Postverwaltung viel zu sehr um die persönlichen Angelegenheiten der Beamten; sie kümmert sich darum, ob und wie die Beamten wählen! Anlässlich einer Beschwerde aus Kiel, die im vorigen Jahre Kollege Singer hier vorbrachte, sagte der Staatssekretär, der Oberpostdirektor in Kiel habe sich nur darum gekümmert, ob die Beamten gewählt haben, nicht wie sie gewählt haben, aber das hätte er auch nicht bedurft! (Hört! hört! links.) In Kattowitz aber hat die Regierung sich darum gekümmert, wie die Beamten gewählt haben! Wie will der Staatssekretär das mit dem im vorigen Jahre von ihm proklamierten Grundsatze vereinigen? Es scheint, daß er überhaupt keine festen Grundsätze hat. (Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Durch die Kattowitzer Verfassungen, die angeblich „im Interesse des Dienstes“ erfolgten, ist der ganze Dienst in Kattowitz in Verwirrung geraten, Briefe und Zeitungen wurden zu spät befristet. (Hört! hört!)

Ferner frage ich den Staatssekretär, ob es mit seinem Willen geschieht, daß die Postbehörde sich in den polnisch sprechenden Landestellen, wenn junge Leute sich zum Eintritt bei der Post melden, bei der Postbehörde erkundigt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), wer die Eltern der betreffenden sind, welche politische Gesinnung sie haben, welche Zeitungen sie lesen! Das ist ein ganz ungeheures Vorgehen der Postverwaltung. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Es ist so viel von „Sparamkeit“ die Rede. Aber die O.R. Marxen zulegen, die im vorigen Jahre 866.800 M. betragen, sind in diesem Jahre auf 668.000 M. erhöht, mit Rücksicht auf den gesteigerten Bedarf! (Lachen bei den Polen und Sozialdemokraten.) Wir werden natürlich nicht für diesen Korruptionsfonds stimmen. (Bravo! bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Straßke: Ich halte an meiner vorjährigen Erklärung fest, daß wir nicht nachforschen, wie die Beamten wählen. In dem Kattowitzer Falle haben die Umstände bei den Wahlen zu einer Verunreinigung der Bevölkerung geführt, und wir haben deshalb für nötig befunden, die Beamten, die für den Ort nicht mehr geeignet waren, an einen anderen Ort zu versetzen. Nachgefragt, wie die Beamten gewählt haben, ist von uns auch in diesem Falle nicht (Lachen und Hurra bei den Polen), sondern es ist der Regierung ganz offen zugetragen!

Abg. Werner (Antil.) lobt das Vorgehen der Postverwaltung gegen die Polen und bringt Wünsche von Beamten vor.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Scheidemann (Soz., zur persönlichen Bemerkung):

Der Abg. Jubel hat auf eine Eingabe von mir an den Staatssekretär Bezug genommen, und der Herr Staatssekretär hat das dann ebenfalls getan, ohne die Eingabe mitzuteilen, vielmehr hat er es so dargestellt, als ob ich nicht loyal verfahren bin. Ich bitte daher um die Erlaubnis, sie verlesen zu dürfen, sie lautet:

Von Beamten und Unterbeamten der hiesigen kaiserlichen Oberpostdirektion sind mir mehrfache Beschwerden zugegangen über einen fauler unethisch werdenden Druck, der auf sie ausgeübt wird. Ich will vorausschicken, daß die Beamten sich an mich als den Redakteur des „Volkblattes“ gewandt haben, obwohl sie mit meiner Partei, wie sie ausdrücklich betonen, nichts zu tun haben. Sie wenden sich an mich, weil alle anderen hiesigen Zeitungen im Dienste des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie stehen. Da sich ihre Beschwerden in letzter Linie gegen den genannten Verband richten, wuhren sie keinen anderen Ausweg, als sich an mich zu wenden. Es handelt sich um Folgendes:

Seit einigen Jahren hat der Reichsverband z. B. d. S.* am hiesigen Plage eine Ortsgruppe, die unter Leitung von Männern steht, welche großen Einfluß auszuüben vermögen auf abhängige Geschäftsleute, Beamte und Unterbeamte. Zu den eifrigsten Förderern jenes Verbandes gehört der Geh. Oberpoststrat Hoffmann. Von diesem Herrn wird behauptet, daß er bald direkt, bald indirekt in unzulässiger Weise auf die Angestellten der Post eingewirkt hat, um sie zunächst als Mitglieder für den genannten Verband zu gewinnen, dann auch in durchaus ungebührlicher Weise auf sie eingewirkt haben soll, um sie zu bestimmen, bei einer öffentlich zu vollziehenden Stadtverordnetenwahl so zu wählen, wie es der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie von allen abhängigen Wählern verlangte.

Das es in der Tat gelungen ist, die Angestellten der Post für den Reichsverband zu gewinnen, geht aus den angeführten Stellen der Anlage A. deutlich hervor. Wie bei den am 14. und 15. Februar d. J. vorgenommenen Stadtverordnetenwahlen auf die Postbeamten und Unterbeamten eingewirkt worden ist und wie sie kontrolliert worden sind, wird eine Nachforschung, wenn sie in einwandfreier Weise geschieht, ergeben. Ich nehme an, daß Euer Exzellenz ein unzulässiger Druck auf die Beamten unversucht ist. Deshalb bitte ich ergeben, verfügen zu wollen, daß die für politische Vereinigungen, gleichviel welcher Richtung, tätigen Vorgesetzten ihre Agitation bei den ihnen Unterstellten zu unterlassen haben. Eine solche Verfügung würde die Beamten und Unterbeamten aller Grade von einem Druck befreien, der sie in ihrer Diensttreue nicht fördern kann. Weiter würde eine solche Verfügung jede weitere Erörterung der Angelegenheit in der Budgetkommission und im Plenum des Reichstages überflüssig machen. Ich wäre Euer Exzellenz dankbar für entsprechende Mitteilung, die ich an den Reichstag zu adressieren bitte. Selbstverständlich würde ich gern jederzeit zur Verfügung stehen zwecks persönlicher Rücksprache.

Zualler erst in dieser Eingabe kann man nicht handeln. Die Antwort, die ich dem Staatssekretär geben wollte, kann ich ihm im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht geben. Wenn er aber erklärte, der Oberpoststrat Hoffmann habe ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, er sei unschuldig, so ist das keine einwandfreie Untersuchung.

Präsident Graf Schwerin: Das ist nicht mehr persönlich.

Abg. Scheidemann (Soz.): Bewiß! Damit ich aber nicht gezwungen bin, in der dritten Lesung eine große Rede zu halten, gestatten Sie mir noch einen Satz. (Heiterkeit.) Ich habe den Wunsch, der Staatssekretär möge eine Verfügung erlassen, daß die höheren Beamten jede politische Agitation bei den Untergebenen, gleichviel welcher Art, auch die für den Reichsverband, unterlassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel Staatssekretär wird bewilligt. Das Amendement Albrecht und Genossen zur Resolution Wasser mann (natl.) [Einschlagung von „Arbeiter“ in den ständigen Postbeirat] wird angenommen und darauf die Resolution Wasser mann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abg. Raden (Z.), Giesberts (Z.), Pfeiffer (Z.) abgelehnt.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Vorher Interpellation Albrecht und Genossen (S.) wegen der Wahlrechtsdemonstrationen.

Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Strafsitzkommission.

In den letzten drei Sitzungen beschäftigte sich die Strafsitzkommission mit den drei letzten Zuständigkeiten des Gerichts betrreffenden Vorschlägen. Nach dem geltenden Recht kommen als Gerichtsstände nur der Ort der Tat und der Wohnsitz des Angeklagten in Betracht. Wo der Angeklagte sich gewöhnlich aufhält, da ist gegenwärtig ein Gerichtsstand allein dann begründet, wenn der Angeklagte im Range seines Wohnsitzes hat. Auch der Gerichtsstand der Ergreifung ist nach geltendem Rechte nur zulässig, wenn andere Gerichtsstände fehlen. Hier von abweichend sollen nach dem Entwurf neben den Gerichtsständen der Tat und des Wohnsitzes gleichberechtigt zulässig sein: der Gerichtsstand des gewöhnlichen Aufenthalts des Beschuldigten, ferner der Gerichtsstand, in dessen Bezirk der Verdächtige ergriffen ist, sowie der Bezirk, in dem ein vorläufig festgenommener vorgeführt wird, und endlich — aber nur, wenn der Angeklagte nicht widerspricht — das Gericht, in dessen Bezirk der Angeklagte zur Zeit der Klage sich nur vorübergehend aufhält.

Unsere Genossen und das Zentrum beantragten, den Gerichtsstand der Verführung eines vorläufig festgenommenen zu streichen. Der Antrag wurde angenommen. Ebenso ein Antrag, der von nationalliberaler und sozialdemokratischer Seite gestellt war: den Gerichtsstand des vorübergehenden Aufenthalts nur zuzulassen, wenn der Angeklagte sich mit ihm einverstanden erklärt. — Von den übrigen Vorschlägen wäre hervorzuheben, daß die im Entwurf geforderte Zustimmung der Staatsanwaltschaft zur Vereinbarung mehrerer Gerichte über die Verbindung bei ihnen anhängiger Sachen auf Antrag unserer Genossen gestrichen wurde. Ein Antrag unserer Genossen, zuzulassen, daß das höhere Gericht auf Antrag des Angeklagten die Sache einem anderen Gericht gleicher Ordnung übertragen darf, wurde abgelehnt, aber ein Antrag darüber angenommen, der wenigstens zuläßt, daß z. B. einem von Berlin nach Köln bezogenen Angeklagten die Möglichkeit gegeben wird, statt in Berlin in Köln angesetzt zu werden.

Ein Antrag unserer Genossen, der darauf abzielt, für die Presse allein das Gericht für zulässig zu erklären, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist, wurde abgelehnt. Ein neuer Antrag nach derselben Richtung wurde für die zweite Lesung angehängt. Nach dem Entwurf würden als Gerichte für die Presse zulässig sein: 1. das Gericht, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist, 2. das Gericht des Wohnsitzes des Redakteurs, 3. das seines gewöhnlichen Aufenthalts und 4. das, in dessen Bezirk er verhaftet ist. — Dieser Zustand ergäbe eine große Ähnlichkeit mit dem verflochtenen „Mlegenden Gerichtsstand“.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Haushaltsgesetz.

Die Reichstagskommission, die das Haushaltsgesetz zu beraten hat, verhandelte am Donnerstag über § 5 der Regierungsvorlage. Der Paragraph will, daß auf Antrag der Gewerbaufsichtsbeamten der Polizeibehörde die Befugnis gegeben wird, für gewisse Gewerbe, in denen eine Gefahr für Leben und Gesundheit vorhanden ist, sanitäre Maßnahmen anzuordnen.

Unsere Parteigenossen wollen, daß diese sanitären Vorschriften von der Polizeibehörde angeordnet werden, nicht aber nur für einzelne Gewerbe, wo Gefahren für Leben und Gesundheit bestehen. Ein zweiter Antrag bezweckt, daß auch bei gesundheits-schädlichen Betrieben die Anordnung eines Maximalarbeits-tages zugelassen wird. Hiergegen wenden sich die Regierungsveteräre: Man habe nur die Absicht, für Jugendliche und Kinder eine Begrenzung der Arbeitszeit zuzulassen.

Ein Antrag des Zentrums will die Möglichkeit geben, eine Sonntags- und Festtagsruhe einzuführen. Hiergegen wendet sich sehr energisch der Abg. Sanders (Frei.). Er führte aus: Der Heim-arbeiter müsse der selbständigen Gewerbetreibende bleiben, dem die Behörde nichts über die Arbeitszeit vorschreiben darf. — Den gleichen Standpunkt vertreten die Nationalliberalen. Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage wird angenommen.

Zu § 8 beantragen unsere Genossen:

„Räume, in denen Nahrungs- und Genussmittel hergestellt, bearbeitet oder verpackt werden, dürfen zu anderen Zwecken nicht benutzt werden.“

Genosse Wolkensburger begründet den Antrag damit, daß es erforderlich ist, für die Nahrungsmittelfabrikation den Konsumenten einen besonderen Schutz zu bieten. Eine Heimarbeiterin ist nicht immer in der Lage, in der Häuslichkeit diejenige Sauberkeit aufrecht-zuerhalten, die für die Herstellung solcher Gegenstände erforderlich wäre. Der Regierungsveteräre lehnt den Antrag ab; soweit dürfte die Heimarbeit nicht beeinträchtigt werden! Wegen dem Antrag erklären sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien.

Genosse Wolkensburger schildert, daß es in der Zigarren-fabrikation vorkommt, daß Kinder, die sich in dem Raum befinden, in dem gearbeitet wird, den Zafal verunreinigen! Oder es liegen in solchem Raum Kränke, die mit ansteckenden Krankheiten be-fallen sind. Sollten hier nicht die Konsumenten einen gesundheit-lichen Schutz beanspruchen dürfen? — Der Antrag unserer Genossen wird hierauf gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Die Frage der Einführung von Lohnbüchern und Lohnzetteln wurde nach längerer Debatte nochmals vertagt, da eine Einigung über eine zweimahlige Fassung der Bestimmung nicht möglich war.

Preussischer Kultusetat.

(Kreis-schulinspektoren. — Lehrerbefordern-gesetz. — Religionsunterricht für Dissidenten-linder. — Volksbibliotheken. — Universität Frankfurt. — Russische Studenten in Berlin.)

Die Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses setzte am Mittwochabend die Beratung des Kultusetats fort beim Elementarunterrichtswesen. Es werden 18 neue hauptamtliche Kreis-schulinspektoren gefordert, so daß die Kreis-schulinspektoren auf die Zahl von 378 aufsteigen.

Gegen die neu zu errichtende Stelle in Fulda wandte sich das Zentrum, sie wird aber mit 14 gegen 8 Stimmen bewilligt.

Von konservativer Seite wurde die Regierung dringend er-sucht, bei Besetzung der Stelle in Gemelungen bei Bremen mit großer Vorsicht zu verfahren! Das sei nötig wegen der Ge-sinnung der Bremischen Lehrer, die sogar an den Abg. Bebel zu dessen 70. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm gerichtet hätten!

Die geschulichen Staatsbeiträge für das Elementar-schulwesen erfordern 57 690 000 M. — gegen das Vorjahr 7 880 000 M. mehr. Die Mehrausgabe ist durch das neue Lehrerbefordern-gesetz ent-standen. In der Debatte über die Ausföhrung des neuen Lehr-erbefordern-gesetzes wurden mehrere Klagen vorgebracht, wonach Großstädte und Landgemeinden sich die Bestimmungen des Lehr-erbefordern-gesetzes zum Schaden der Lehrer zunühe machen, indem sie die Ortsgelagen, Alters- und Nichtentschädigungen nicht mit zückwender Kraft oder unzureichend gewöhren.

Von freisinnigen Abgeordneten wurden Beschwerden geführt wegen Benachteiligung jüdischer Kinder durch Nichtgewährung von Beihilfen für den Religionsunterricht. Weiter wurde von ihnen verlangt, man solle die Kinder von Dissidenten von dem Zwange des Religionsunterrichts durch gesetzliche Maßnahmen befreien. In Frankfurt a. M. sei die Zulassung zum freireligiösen Unter-richt gestattet, in der Umgegend aber zwingt man die Kinder zum Besuche des Religionsunterrichts! Die dissidentischen Eltern senden ihre Kinder dann in der Regel nicht in den evangeli-schen oder in den katholischen Religionsunterricht, sondern in den — jüdischen! Das geschieht natürlich nicht etwa aus Vorliebe für das Judentum, sondern zu Protestzwecken. Der Gezwings-zwang müsse beseitigt werden.

Hierauf erwiderte die Regierung, daß sie nicht die Absicht habe, diese Frage, die eine der schwersten und garstlichsten sei, zu vertiefen. Der Minister stehe noch heute auf dem Standpunkte des Kammergerichtsurteils, wonach der Volksschulzwang den Zwang zu religiöser Erziehung — entsprechend einem Ministerialerlaß — einschließe! Eine gesetzliche Aenderung steht noch nicht in Aussicht!

In Extraordinarium wurden unter anderem zur Förde-rung von

Volksbibliotheken

100 000 M. — wie bisher — gefordert. Das Zentrum stellte dabei die Forderung auf, daß simultane Bücher nicht angeschafft werden dürfen! Man müsse die Konfession der Mehrzahl der Leser in Betracht ziehen! Der Minister deutete diese Anregungen so, daß nicht Bücher angeschafft werden dürften, die die eine oder die andere Konfession verletzten. ... Dagegen verlangte das frei-sinnige Mitglied auch Beschaffung wissenschaftlicher Bücher.

Hierauf wurden

die Ausgaben für Universitäten

in Beratung genommen. Der Berichterstatter — ein Zentrumsmitglied — bekämpfte die Errichtung einer Universität in Frank-furt a. M. mit dem Hinweis auf die Gefährdung bestehender Universitäten und die Gefahren, denen die Studenten in der Großstadt ausgesetzt seien. Es würden auch zuviel Ausländer herangezogen! Der Minister antwortete eben-falls Bedenken: Er könne seine Hand nicht dazu bieten, Univer-sitäten auf anderer als staatlicher Grundlage zu errichten!

Ein konservativer Redner beschwerte sich darüber, daß in Berlin circa 1800 russische Studenten an der Universität seien — 41 Proz. aller Ausländer. Die Russen stellten in kultureller und politischer Beziehung kein erfreuliches Element dar. Fürst Bülow habe sie einmal recht treffend be-zeichnet! Diese Studenten seien oft staatsgefährlich. Er verlangte Erschwerungen für die Zulassung gerade der Russen!

Der Minister erwiderte: Daß die Universitäten für Ausländer offen stehen, sei ein erfreuliches Moment. Es werde dadurch die deutsche Wissenschaft ins Ausland getragen. Auffällig sei allerdings die große Zahl der russischen Studenten! Die Berliner Universität sei aber sehr streng bei der Zulassung. Immerhin wäre zu prüfen, wie ungeeignete Elemente ferngehalten seien.

Der freisinnige Redner wies darauf hin, daß doch die politische Polizei in Berlin mehr als genügend für die Sicherheit des Staates forge. Wenn die deutschen Universitäten den Ausländern offen stehen, hebe dies das Ansehen Deutschlands im Auslande.

Kommunales.

Der Stadthandhaltetat für 1910

wurde von der Stadtverordnetenversammlung gestern in zweiter Beratung herangenommen, aber verabschiedet wurden zunächst nur das Kapitel „Grund-eigentum und Vererdigungen“ und Teile der beiden Kapitel „Unterrichtswesen“ und „Gesundheitswesen“. Der Ausschuß berichtete über seine Verhandlungen und über die Änderun-gen, die er für wünschenswert gehalten hatte, und die Ver-sammlung stimmte seinen Beschlüssen fast ausnahmslos zu.

Vom Unterrichtswesen wurde nur der kleinere Teil erledigt, die Etats der höheren Schulen, der Gym-nasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, auch der Realschulen und der Mädchenschulen. Es kam zu einer Erörterung mehrerer hierher gehörender Fragen, vor allem der alten För-derung unserer Fraktion, endlich die Vorschulen zu be-seitigen. Das sei nicht so leicht, behauptete gestern Herr Cassel, und er ritt dabei zum soundsovielten Male sein Stedenpferd, die Aenderung der Organisation unserer Ge-meinschaftsschule, d. h. die Beseitigung ihres Klassensystems. Genosse Vorgmann antwortete ihm, die Aufhebung der Vorschulen sei unter allen Umständen und schon deshalb zu fordern, weil nur hieron erwartet werden könne, daß die Stadt dann die Volksschule besser werde. In der Tat ist nicht zu bezweifeln, daß des Stadtfreistums „warmes Herz“ für die Volksschule sofort sehr viel lebhafter schlagen würde, wenn auch die Kinder der Wohlhabenden zum mindesten ihre ersten Schuljahre in den Gemeindefschulen zubringen müßten. Zu der Frage, ob in den höheren Schulen die Oster- und Michaelisklassen zu-sammenzulegen seien, wies Vorgmann darauf hin, daß die höheren Schulen infolge sehr schwacher Be-setzung der obersten Klassen den Stadtsäckel ganz außer-ordentlich belasten. Er erinnerte daran, daß die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten gegenüber der Gemein-de-schule geradezu darauf brennt, mit ihren angeblich so schwach besetzten oberen Klassen kurzen Prozeß zu machen und das Klassensystem auf ein Siebenklassen-system zurückzuführen. Der Stadtschulrat Michaelis wollte, weil es sich diesmal um höhere Schulen handelte, von einer Zusammenlegung der Klassen nichts hören.

Aus dem Kapitel „Gesundheitswesen“ wurden die Etats der hauptsächlich vorbeugenden Einrichtungen zur öffentlichen Gesundheitspflege genehmigt. Beim Etat der Heimstätten beantragte die sozialdemokratische Fraktion, den Kurkostenjah wieder auf die frühere Höhe herabzusetzen. Genosse Weyl begründete diese Forderung damit, daß die im vorigen Jahr leider beschlossene Erhöhung des Kurkostenjahres sofort zu einer noch weiteren Verringerung der Heimstättenfrequenz geführt habe, die aus gesundheitlichen und schließlich auch aus finan-ziellen Gründen sehr zu bedauern sei. Weyl brachte zugleich jenen Voranlass in der Heimstätte Buch zur Sprache, über das im „Vorwärts“ berichtet worden ist. Dabei geißelte er die Umgestaltungen des Anstaltsarztes Dr. Reuter, der seine Pflichten ungefähr so betrachtete, wie ein Unter-offizier seine Rekruten. Die freisinnige Mehrheit hatte die Ausführungen unseres Redners mit lärmenden Unter-brechungen begleitet, dagegen spendete sie lebhaften Beifall dem Stadtrat Strahmann, der alle Schuld den Pfleg-lingen zuzuschreiben sich bemühte. Genosse Leid antwortete dem Magistratsvertreter mit einer eingehenden Darstellung des Sachverhalts, wobei sehr eigenartige Einzelheiten zur Sprache kamen. Einen nochmaligen Rechtfertigungsversuch des Stadtrats Strahmann, dem der Stadtvordnete Dr. Herzberg sekundierte, wiesen unsere Genossen Leid und Weyl nachdrücklich zurück. Schließlich erhob sich Ober-bürgermeister Pirchner und vergrößerte noch den Straf-mannschen Versuch, Herrn Dr. Reuter wegzuwachen. Von den Pfleglingen fordert Herr Pirchner, daß sie nicht müden, wenn Dr. Reuter kommandiert. Warum mag wohl der Herr Oberbürgermeister in diese Debatte eingegriffen haben? Vielleicht deshalb, weil gerade er den Dr. Reuter genau zu kennen glaubt. Der Herr ist nämlich Hausarzt des Ober-bürgermeisters, wenn dieser im Sommer auf Schloß Buch als Vertreter der Gutsderrin Stadt Berlin residiert. Es

läßt sich denken, daß der Herr Doktor mit dem Herrn Ober-bürgermeister nicht in jenem Kon verfahren wüch, den unser Genosse Weyl als „Unteroffizierstanz“ bezeichnen zu müssen glaubte. In dem ganzen Wortgefecht wurde übrigens von freisinniger Seite mit keiner Silbe auf den Antrag über die Kurkostenfahermäßigung eingegangen. Der Antrag wurde abgelehnt; für ihn stimmte außer unseren Genossen niemand. So sieht des Stadtfreistums Für-sorge für die Volksgesundheit aus!

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und die Landstingwahlen in Schweden.

Nicht minder stark wie an den Stadtverordnetenwahlen sind die schwedischen Frauen, wie die gesamte Arbeiterschaft des Landes, an den Landstingwahlen interessiert, die in den Landkommunen noch in diesem Monat, in den Stadtkommunen, soweit sie daran beteiligt sind, im Mai stattfinden. Die Landsting sind in Schweden diejenigen Körperschaften, in denen die Landgemeinden sowie alle Städte mit Ausnahme der fünf größten, die eigene Stadtverordnetenversammlung haben, vertreten sind. Sie haben hauptsächlich kommunale Angelegenheiten zu regeln, jedoch außerdem ebenso wie die Stadtverordnetenkollegien, die erste Kammer des Reichstags zu wählen. Insofern können also auch die Frauen Schwedens, die ja das staatsbürgerliche Wahlrecht noch nicht besitzen, durch ihr kommunales Wahlrecht einen Einfluß auf die Zusammenfassung des Reichstags ausüben, wenngleich nur auf die des Oberhauses. Wie stark gerade die besonderen Interessen der Frauen davon berührt werden, zeigte sich erst wieder einmal deutlich im vorigen Jahre. Da lag dem schwedischen Reichstag ein Antrag vor, wonach den Frauen das allgemeine staatsbürgerliche Wahlrecht sowie die Wahlbarkeit unter ganz denselben Bedingungen zuteil werden sollte, wie sie für die Männer gelten. Die auf dem direkten und gleichen Männerwahlrecht beruhende zweite Kammer nahm den Antrag an, ohne daß sich auch nur eine Stimme dagegen erhoben hätte. Aber die erste Kammer lehnte den Antrag ab, ohne daß auch nur einer dieser Gesetzgeber erster Güte dafür eingetreten war.

Leider haben die Frauen, wie die Dinge nun einmal liegen, zu den Landstingen nur das Recht zu wählen, und nicht gewählt zu werden, wie es bei den Stadtverordnetenwahlen und einer Reihe anderer kommunaler Wahlen besteht. Auch ist das Landstingwahlrecht von der Steuerleistung abhängig und nach der Steuerkraft sorgfältig abgemessen, so daß einzelne besonders wohlhabende Leute bis zu 40 Stimmen abgeben können. Aber in Gegenden mit starker Arbeiterbevölkerung kann die Arbeiterschaft doch einen starken Einfluß auf die Zusammensetzung des Landstings ausüben. Die Berech-nung der Stimmzahl geschieht für die steuerbaren Einkommen bis zu 1000 Kronen — in den Städten bis zu 2000 Kronen — in der Weise, daß jedes angefangene Hundert Kronen eine Wähler-stimme gibt, während bei den höheren Einkommen für je 500 Kr. eine weitere Wählerstimme hinzukommt. Arbeiter und Arbeiterinnen, die einigermaßen guten Verdienst haben, können also auch in jedem Falle mehr als eine Wählerstimme abgeben. So empfindend ungerecht auch dieses vierzweigradige Kommunalwahlrecht ist, ist es doch in der Praxis nicht ganz so erbärmlich wie das preussische Drei-klassenwahlrecht in Staat und Gemeinden, abgesehen davon, daß jenes schwedische Wahlrecht für die erste Kammer ausschlaggebend ist, für das Herrenhaus, auf das ja in Preußen dem Volke, ge-schweige denn den Frauen, gar kein Einfluß zusteht. Mit dem Wahlrecht der verheirateten Frauen ist es so wie bei den Stadt-verordnetenwahlen, daß ein ganz geringes selbständiges Einkommen der Frau ausreicht, um ihr eine Wählerstimme zu geben, wenn nur das gemeinsame Einkommen von Mann und Frau um mindestens 50 Kronen das steuerfreie Minimum übersteigt, das je nach den örtlichen Steuerungsverhältnissen für die niedrigsten Einkommen 450 bis 600 Kronen beträgt. Die Wahlen erfolgen nach dem Proportionalwahlrecht, ebenso wie die Landsting- und Stadtver-ordneten die Mitglieder der ersten Kammer proportional der Stärke der Parteien zu wählen haben.

Unsere schwedischen Genossinnen sind überall eifrig bestrbt, auch den geringen Einfluß, den sie als Landstingwählerinnen haben, nach besten Kräften auszunützen.

Vermischtes.

Ein Mord im Ruffisch. Aus Katschenow wird gemeldet: Der 24 Jahre alte Dienstknecht Albert Schober aus Weieram hat gestern Abend im Dorfe Stölln bei Rhinow, Kreis Westbaleland, die 22 Jahre alte Dienstmagd Marie, aus Schneidemühl ge-bürtig, beim Melken im Viehstall überfallen und durch Weiltiebe getötet. Der Täter, welcher einen Selbst-mordversuch unternahm, wurde ergriffen.

Vorzeltige Explosion. Durch vorzeitige Explosion eines Spreng-schusses wurden Dohmer Kleidung zufolge auf der Seite Plutus drei Arbeiter tödlich verletzt.

Galeriesturz in einem Kinematographentheater. Ein schwerer Unfall hat sich gestern, wie aus Rom gemeldet wird, in einem Kine-matographentheater in San Benedetto bei Mantua ereignet. Eine Galerie, auf der 80 Personen Platz genommen hatten, brach zusammen; hierbei wurden zwei Personen tödlich und mehrere andere schwer verletzt.

Eine Feuerbrunst. Einer Meldung aus Paris zufolge brach gestern nachmittag in der Schwelkenimprägnierungsbaukast der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn in Miramas eine Feuerbrunst aus, die sich auf eine Strecke von 800 Meter ausdehnte und den Bahndamm er-reichte, so daß der Zugverkehr sehr erschwert wurde.

Sieben Personen verbrannt.

Aus Lemberg wird gemeldet: Im Dorfe Swieclerz brach ein Brand aus, der das ganze Dorf einäscherte. Der Bauer Baronski reitete sich mit Frau und fünf Kindern durch einen Sprung aus dem Fenster. Alle sieben eilten jedoch kurze Zeit darauf wieder in das Haus zurück, um das Geld zu retten und wurden später als ver-kohlte Leichen aufgefunden.

Berlin ehemaliger Hohenfeller. Samstag 13. März, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Karl Gerdt, Köpenickerstr. 147. Ehemalige Hohenfeller willkommen.

Witterungsüberblick vom 10. März 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-stärke	Wolk-dichtigkeit	Tem-p. in C.	Rel. Feuchtigk.	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-stärke	Wolk-dichtigkeit	Tem-p. in C.	Rel. Feuchtigk.
Stornoway	765	SE	3	2	100	Oslo	760	SE	3	2	100
Danzburg	761	SE	3	3	100	Petersburg	769	SE	3	1	100
Berlin	765	SE	3	4	100	St. Petersburg	748	SE	4	100	6
Frankfurt a. M.	763	SE	1	1	100	Aberdeen	740	SE	3	100	6
München	767	SE	2	1	100	Paris	759	SE	3	100	9
Wien	769	SE	1	1	100						

Wetterprognose für Freitag, den 11. März, 1910. Nacht wärmer, am Tage etwas kühler, veränderlich, vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

6. Berliner Landtagswahlbezirk.

Freitag, den 11. März, abends 8¹/₂ Uhr,
bei Freyer, Koppenstraße 29:

Oeffentl. Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Wahlrechtskampf und Landtagswahl.

Referenten: Abgeordneter Dr. Karl Liebknecht und Stadtverordneter Adolf Hoffmann.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.
205/7* S. U.: Ernst Bader, Große Frankfurter Straße 34.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 13. März, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (Raabe), Kolbergerstr. 23:

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Walter Zimmermann über: „Die geistigen Strömungen im vormärzlichen Deutschland“.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Einberufer: E. Ernst, Köhlerstr. 9.
225/15* Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Sonntag, den 13. März, nachmittags von 1-7 Uhr,
in den Prachtsälen Nord-West, Wicléffstraße 24:

Lebensmittel-Ausstellung.

Abends 6 Uhr in demselben Lokale:

Oeffentl. Versammlung.

Vortrag des Genossen Störmer.

Nach dem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pfennig.

Eintritt frei.

104/1

Es ladet die geehrte Einwohnerschaft Noabits hierzu freundlichst ein

Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1937.

Sonntag, den 13. März, vormittags 9¹/₂ Uhr präzise:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdrehler sowie Rundschleifer

in den Musiker-Festsälen (groß. Saal), Kaiser-Wilhelmstr. 18m.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Max Schütte über „Arbeiter und Kunstveredlung“. 2. Diskussion. 3. Branchenbericht.
In dieser Versammlung müssen die zum Kunstabend entnommenen Billets abgerechnet werden. Nach dem 13. März werden keine Billets mehr zurückgenommen.

Achtung! Bauanschläger Achtung!

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr:
Monats-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen H. Sidmer über „Arbeiterchaft und Christentum“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Agitiert für guten Besuch dieser Versammlung.

Sonntag, den 13. März, vormittags 9¹/₂ Uhr:
Branchen-Versammlung
der

Schmiede und Kesselschmiede

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 5.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Kommission. 4. Verschiedenes.
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.
Die Ortsverwaltung.
113/1

Fruchtweine

kräftig und abgelagert sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als

Branntwein!

Johannisbeerwein, herb und süß } 1/2 Flasche 60 Pf.
Heidelbeerwein, herb und süß } 1/2 " 35 "
Stachelbeerwein, süß } 1/2 " 35 "
Himbeerwein, süß } 1/2 " 35 "
Kirschenwein, süß } 1/2 Flasche 70 Pf.
Brombeerwein, süß } 1/2 " 40 "
Erdbeerwein, süß } 1/2 " 40 "

Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!

Fruchtweine

sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fasse sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.

Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4065L*

Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Sonntag, den 13. März 1910, abds. 8¹/₂ Uhr, bei Tabert, Mariusstraße 14, Eingang Grüner Weg:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Erhöhung der durchschnittlichen Tagelohnhöhe (§ 12). 2. Abänderung der Krankengeldhöhe (§ 13). 3. Abänderung der Sterbegeldhöhe (§ 19a). 4. Erhöhung der Beiträge. 5. Verschiedenes. 271/19
S. U.: Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Markt, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba, Weidenbergsweg 1, dir. a. Rosenhaler Tor. Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Gesundheit.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15 Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Am 27. März (1. Osterfeiertag) findet eine Krank-Vorstellung statt. Eröffnung nachmittags um 4 Uhr, Vorstellung um 5 Uhr.
Im Firneuglanz des Ober-Engadin.

Einsetzer!

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die

Bezirksversammlungen

statt. Die Charlottenburger Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Billets vom Wintervergügen müssen unbedingt abgerechnet werden.

Die Branchenkommision.

Die Zahlstelle 63, Pausierplatz 8, ist nach

Lausierplatz 12

verlegt worden.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Fillale I Berlin.

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Schmidt, Prinzenallee 33.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Lohnbewegung der Kollegen der Handschuhfabrik von Semler. 2. Wahl eines Mitgliedes zum Bauvorstand. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um pünktliches sowie zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
144/3

August Pietsch

G. m. b. H.

Rosenthaler Strasse 9, Ecke Auguststrasse

Bekleidungshaus grössten Stils

ERÖFFNUNG

morgen, Sonnabend, den 12. März 1910

Herren-Anzüge neueste Fassons 875 1050 1200 1400
Herren-Anzüge hochelegant . . . 1700 1900 2100 3800
Gehrock-Anzüge 1900 bis 3600
Banch-Anzüge und Anzüge für Unteretzte für jede Figur passend.

Sensationelle Einführungs-Preise

Herren-Paletots moderne Muster 750 900 1100 bis 2800
Herren-Ulster Mode 1910 1100 1300 1500 1800 bis 3100
Jüngl.-Anzüge und Ulster, neueste Dess. 800 1000 1200 1400 bis 2700
Hosen 190 250 300 bis 1200
Kellner-Anzüge 1500 1900 bis 2300
1 Post. helle, farbige Westen Wert bis 7.50 Mk. 175 300 bis 400

MASS-ABTEILUNG

Herren-Anzüge 30, 40, 50 x Herren-Paletots 25, 35, 45 x

Jeder Gegenstand ist mit dem billigen, aber streng festen Preis ausgezeichnet

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70

Telephon: Amt VII, 3017.

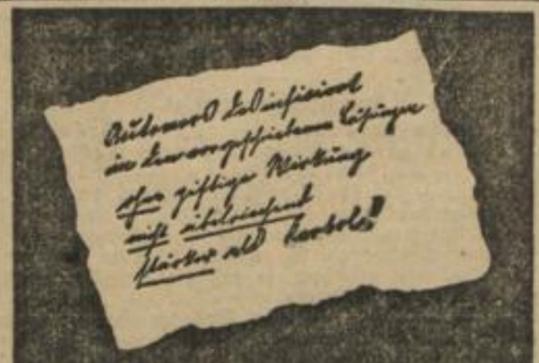
Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler. Zigaretten, Zigarren und Tabake.

Grösste Niederlage von:

G.A. Hanewacker, Nordhausen.

— nur echt in 10 Pfg.-Rollen. —
5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopf.

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!



Wahlrecht-Spaziergang-

Postkarten à la Hauptmann von Köpenick 1066b*
zum Absingen in Vereinen etc., erscheint Donnerstag.
Zu beziehen durch alle Postkartengeschäfte.
an der
A. Sala, Tempelhofer Ufer 36, Schöneberger Straße.

Sie sparen Geld! Möbel

Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Zur Einheit!

Das Zentralkomitee der russischen sozialdemokratischen Partei, das aus den Vertretern der sämtlichen Fraktionen und Nationen besteht, hat in seiner letzten Sitzung einstimmig eine taktische Resolution angenommen, die die Richtung der Parteitätigkeit für die nächste Periode bestimmen soll. Einstimmig — das pflegt wie bekannt in unserer Partei nicht gerade die Regel zu sein. Noch mehr: es sind energische Maßnahmen ergriffen worden, um die vollkommene Auflösung der separaten Organisationen mit ihren Vorständen, Kassen und Fraktionsorganen in der Partei durchzuführen. Die einstimmig angenommene Resolution fordert unter allen Umständen die einheitliche Aktion bei allen vorhandenen Meinungsgegenständen. Und eine einheitliche Aktion setzt eine einheitliche Organisation voraus. Diese Prinzipien gehören freilich zum A-B-C jeder Partei und können für manches westeuropäische Ohr wie ein Gemeinplatz klingen.

In einer Partei jedoch, für die der Bürgerkrieg der straff zentralisierten Fraktionen zum normalen Zustand geworden war, bedeutet dies A-B-C einen gewaltigen politischen Gewinn. Denn damit die Führer der kämpfenden Gruppen es für notwendig und möglich halten konnten, eine allgemeine Formel zu finden, um die Idee der einheitlichen Parteiführung feierlich zu proklamieren, mußte vorher ein großer psychologischer Umschwung in den führenden Parteikreisen stattfinden. Mit dem Sektierertum ist es vorbei. Abstrakte Rückschlüsse sind selbstverständlich nicht ausgeschlossen, aber die Philosophie und die Strategie der ewigen Spaltungen hat ihre Rolle ausgespielt.

Nicht nur weil die Führer sich eines Besseren „besonnen“ haben, sondern weil sie eigentlich anders nicht können. Und darin liegt eben der Schwerpunkt.

Als Partei sind wir von der Konterrevolution wieder auf unsere „unterirdischen“ Positionen zurückgedrängt worden. Aber wir haben unsere Vertretung in der Duma. Wir haben legale Gewerkschaften und Bildungsvereine. Es gibt keinen bedeutenden Kongreß der bürgerlichen Fachleute für Frauenrecht, Volksmedizin oder Abstinenz, auf dem die gewählten Vertreter der sozialistischen Arbeiterklasse nicht mit ihren Programmforderungen und ihrer politischen Kritik auftraten. Es werden von den Arbeitern selbständige Vereine gegründet, um in der Kommunalpolitik und in den Semstvos ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Diese mannigfaltige Tätigkeit wird ausschließlich von Sozialdemokraten geleitet. Aber dieser fehlt das einigende Band. Sie arbeiten als einzelne oder gruppenweise. Die Partei ist in Fraktionen geteilt, das heißt in Gemeinschaften, die sich vor der Revolution auf Grund bestimmter Auffassungen über diese zusammengeschlossen hatten und die die elementaren Bewegungen der unorganisierten Massen von oben herab leiteten. Jetzt aber, wo die Formen der Bewegung immer mannigfaltiger werden und spezielle Kenntnisse und Routine fordern, jetzt, wo die Masse sich selbst kritisiert und nur noch in demokratischer Selbstverwaltung sich selbst leiten kann, entartet die Fraktionen zu hilflosen Ueberbleibseln der vorrevolutionären Zeit, die abseits der großen Straße des proletarischen Massenkampfes stehen und nur ihren eigenen zunehmenden Verfall registrieren können.

Die besten Kräfte wurden den alten Fraktionen abspenstig und entfaltet ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften, Bildungsvereinen usw. Die bolschewistischen Extremisten sagten: „Die offenen Arbeiterorganisationen mit ihren „legalen“ Illusionen — das ist der Feind, der uns vernichtet. Die Gesetzmäßigkeit tödtet uns. Zurück in den Versteck!“ Die menschenwürdigen Konfessionen antworteten darauf: „Umgekehrt, — es ist die Partei, die die Arbeiterbewegung bremst. Wieder mit der Partei!“ Diese sich gegenseitig ergänzenden Absurditäten bezeichneten die Sachlage, in die die Fraktionen geraten waren. Eine große Wendung in ihrer Taktik mußte jetzt eintreten.

Je mehr die illegale Parteiorganisation der Zerfurchung verfiel, desto schärfer fühlten die sozialistischen Arbeiter an der Spitze der legalen Organisationen die Notwendigkeit einer politischen Gemeinschaft, die die sämtlichen Erscheinungen des proletarischen Kampfes einheitlich leitet und sie mit sozialistischem Geiste durchdringt — der sozialdemokratischen Partei. Andererseits lernten auch die Mitglieder der geheimen Organisationen verstehen, daß die Partei in kurzem an Entblutung stürbe, wenn sie sich von den legalen Arbeiterorganisationen fernhielt oder sich sogar mit diesen verfeindete. Alle sozialistische Kräfte in den legalen Vereinigungen zu Parteigruppen zusammenschließen, diese miteinander verbinden und den lokalen Parteiorganisationen unterordnen, die Duma-tribüne durch die geheime Druckerei ergänzen, kurz die Partei zu einem leitenden Apparat der sämtlichen Formen der Arbeiterbewegung herausbilden — das ist zur herrschenden Parole geworden. Und wie könnte dies durchgeführt werden ohne Annäherung der Fraktionen innerhalb der alten Partei? Unwiderstehlich vollzieht sich die Verschmelzung der Fraktionen — von unten nach oben. Es bildete sich ein neuer Parteitypus heraus, der eines sozialdemokratischen Arbeiters mit ziemlich hoher theoretischer Schulung, mit politischer Erfahrung, die in den Kämpfen der Revolution und Konterrevolution erworben war, diszipliniert, ohne übermäßige Pietät für das Heiligum der Fraktions-traditionen — ein Feils, auf dem die einzige Partei der nächsten Zukunft gebaut werden wird.

Aus dem Antagonismus zwischen den mannigfaltigen Bedürfnissen der Arbeiterbewegung und dem Konterbattismus der gespaltenen Parteiorganisationen war die Gefahr entstanden, daß die neue sich formierende proletarische Partei sich in direkten Gegensatz zu den alten entwickeln würde — zum unerfesslichen Schaden für beide. Unter diesen Umständen hat das Zentralkomitee den heroischen Versuch gemacht, sich von den inneren Reibungen zu befreien und die lebensfähigen sozialdemokratischen Elemente um sich zu scharen, um planmäßig den Formierungsprozeß der neuen Parteiorganisation durch die Kräfte und Mittel der alten zu fördern. Wird dieser Versuch nicht mißglücken?

An Skeptikern, die mit Augurenlächeln von der „Verföhrnung“ sprechen, fehlt es freilich nicht. Manchem ist es auch wirklich unbehaglich, aus seiner Fraktionsbude in ein Parteigebäude übersiedeln zu müssen. Es fragt sich nur, ob solche Elemente einen Rückhalt haben?

Wir glauben es nicht. Der Zug von den Fraktionen zur Partei, aus den Erfahrungen der letzten Jahre ent-

standen, ist bei der vorgeschrittenen Schichte des russischen Proletariats jetzt eine unwiderstehliche Kraft. Nicht aus eigenen subjektiven Bedürfnissen, sondern unter dem Druck von unten sahen sich die Fraktionsführer genötigt, die einstimmig angenommene taktische Resolution auszuarbeiten. Nun wird jetzt diese Resolution zur Grundlage für jeden Scharmacher innerhalb der Partei. Eine einheitliche Taktik ist möglich — das haben die Vertreter der sämtlichen Fraktionen und Gruppen anerkannt — und deshalb unumgänglich notwendig. Die Strategie der Spaltungen muß, falls sie wiederkehrt, von nun an auf jede prinzipielle Begründung verzichten. Umgekehrt: diejenigen Elemente in dem alten Parteibau — und sie wachsen immer an Zahl und Einfluß — die ihre Sache auf die Einigung der Partei gestellt haben, bekommen jetzt in der taktischen Resolution des Zentralkomitees ein Agitationsmittel, das man nicht hoch genug schätzen kann. Nicht der gute Wille der Parteiführer, sondern die wachsame Kontrolle der klassenbewußten Arbeiterschaft ist die letzte und die einzig sichere Bürgschaft für die Einheit der Partei. Darum darf man über eventuelle episodische Rückschlüsse nicht verzweifeln, sondern muß die öffentliche Meinung des sozialistischen Proletariats vertiefen und damit denjenigen Prozeß beschleunigen, der sich jetzt in allen Ecken Rußlands unaufhaltsam vollzieht: die Uebernahme der Geschicke der Partei in die Hände der Arbeiter selbst.

Der Fraktionspartikularismus hat in Rußland vollkommen abgewirtschaftet. Wer diese zerfurchte Fahne noch zu hissen versucht, wird elenden Vankrott machen. Sozialistische Arbeit kann man jetzt unter den russischen Arbeitern verrichten nur mit der Fahne der Parteeinheit in der Hand.

Aus der Partei.

Gemeinderatswahltag.

Poldniz (Kreis Waldenburg), 10. März.

Bei der heutigen Gemeinderatswahl wurden zum erstenmal zwei Sozialdemokraten gewählt.

Presse-Verfolgung und Fortschritt.

Das „Volksblatt für Halle“ erfreut sich in letzter Zeit steigender Aufmerksamkeit bei der Justiz. In kurzer Zeit sind wieder 1000 M. Geldstrafe über drei in der Redaktion tätige Genossen verhängt worden. Genosse Leopoldi soll einen Amtsdienner beleidigt haben. Dessen Ehre zu reparieren erfordert 300 M. Genosse Kaszarel hatte einen Polizeiwachmeister in Mühlberg Dählichlepper genannt, Urteil 300 M. Genosse Niebuhr hatte einem Pastor in Hohenleipisch wegen verschiedener Vorgänge Mangel an christlicher Nächstenliebe vorgeworfen, als Sühne werden 400 M. verlangt. Man sieht, horrenden Geldstrafen sind bei der halleischen Justiz, in der herboragende der aus Erfurt und Königsberg bekannte Landgerichtsdirektor Schubert wirkt, ganz besonders beliebt.

Entsprechend der Schärfe, mit der gegen das Blatt vorgegangen wird, gestaltet sich dessen Entwicklung. Seit dem Platonntag im Februar hat sich der Abonnementstand in der Stadt Halle allein um 1000 gehoben. Die Auflage beträgt jetzt über 42000 und wird sicher weiter steigen, da die Genossen jetzt daran gehen, mittels Hausagitation die erzielten Erfolge zu vergrößern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die falsche Parteigenossin. Eine Gaunerin, die es darauf abgesehen hatte, die Parteibureauaus mit Unterfertigungen zu beschwindeln, und die jedenfalls auch in anderen Städten ihr Unwesen getrieben hat, wurde in Nürnberg erwischt. Im Dezember fand sich auf dem Nürnberger Parteisekretariat eine Dame ein, die sich als Therese Weinberger vorstellte und angab, die Frau eines polnischen Parteigenossen zu sein, der durch die russischen Behörden um seine Existenz gebracht worden sei und sich nun in der Schweiz aufhalte. Sie wolle ihm mit den Kindern nachreisen, aber es seien ihr die Mittel ausgegangen. Dabei zeigte sie ein Schriftstück vor, das von einer Parteiorganisation gestempelt und auf dem bestätigt war, daß ihre Angaben wahr und sie der Unterstützung zu empfangen sei. Der Parteisekretär gab ihr 12 M. und empfahl sie an das Münchener Parteisekretariat. Einige Wochen später sah er jedoch die angebliche Therese Weinberger in einem Nürnberger Café sich wohlgenut mit einigen Herren unterhalten. Da kurz vorher im „Vorwärts“ vor einem Schwindler namens Weinberger, der die Frankfurter Parteiorganisation geprellt hatte, gewarnt worden war, wurde die Verhaftung der Dame veranlaßt. Es stellte sich heraus, daß ihre sämtlichen Angaben Schwindel und das Schriftstück gefälscht war; sie heißt mit ihrem wahren Namen Therese Koch und ist niemals Frau eines Parteigenossen gewesen. Sie wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Eine mißlungene Justifikation.

Von der Strafkammer in Stade wurde der Arbeitersekretär Genosse A. Müller in Harburg von der Anklage, zum Meineid verleitet zu haben, unter Uebernahme aller Kosten auf die Staatskasse glänzend freigesprochen. Das „Verbrechen“ sollte bei einer Auskunftsverteilung erfolgt sein.

Aus Industrie und Handel.

Internationaler Eisenmarkt.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß sich der Erholungsprozeß im Eisengewerbe doch recht langsam vor sich geht. Immer wieder unterbrechen Rückschläge die Aufwärtsbewegung, und die Preiskurve hat die vorjährige Höhe kaum erst überschritten. Am gleichmäßigsten ist schließlich noch die Entwicklung in Deutschland, obgleich es immer mehr den Anschein gewinnt, als ob eine Ueberfüllung des Inlandsmarktes durch die starke Eigenproduktion nur dadurch vermieden wird, daß dem Auslandsgeschäft ein ganz hervorragendes Interesse geschenkt wird. Die Roheisenausfuhr wächst im laufenden Jahre in geradezu ungewöhnlicher Weise. Da aber die Roheisengewinnung andauernd stark ausgedehnt wird, so ist eben eine durchgreifende Erleichterung auf dem heimischen Markt noch nicht zu verspüren, um so weniger, als auch die Roheiseneinfuhr zunimmt. Da die Aufnahmefähigkeit des Konsums nur langsam wächst und die Nachfrage daher noch ziemlich ruhig bleibt, so ist es um Preiserhöhungen schlecht bestellt. In allgemeinen haben die Eisenpreise im Laufe dieses Jahres nur geringe Erhöhungen erfahren, doch haben sie nun alljährlich das Vorjahresniveau wieder erreicht, resp. überschritten. An der Düsseldorfser Börse wurden Anfang des Monats folgende Preise pro Tonne in Mark notiert:

Table with 4 columns: März 1910, Januar, März 1909. Rows include Spiegeleisen, Stahleisen, Deutsches Bestener, Thomaseisen ab Luxemburg, and Luxemburger Gießerei III.

Thomaseisen wurde im Vorjahre noch franko Verbrauchsstelle notiert. In Großbritannien scheint die Konjunkturkurve im Eisengewerbe seit einiger Zeit auf einen toten Punkt angelangt zu sein. Obwohl der Beschäftigungsgrad in der britischen Eisenindustrie zweifellos lebhafter ist als vor Jahresfrist, so ist der Marktverehr doch noch sehr ruhig, besonders wieder in den letzten Wochen. Wie in Deutschland würde die Marktlage vielleicht noch weniger befriedigend sein, wenn nicht der Auslandsabsatz sehr gepflegt würde. Die Verschiffungen von Midlandsbrough erreichten in den ersten beiden Monaten einen Umfang von 170 811 Tons gegen 142 921 Tons im Vorjahre. Die Preise haben innerhalb der ersten beiden Monate schon ziemlich starke Schwankungen durchgemacht und sind nur in den letzten Wochen stabil geblieben. Das Fazit der Schwankungen war, daß die Preise jetzt auf demselben Stande stehen wie zu Jahresbeginn. Für die wichtigeren Sorten wurden Anfang des Monats folgende Preise gezahlt:

Table with 4 columns: März 1910, Januar 1910, März 1909. Rows include Cleveland cash warrant, Gießereieisen Nr. 3, and Nr. 4 forge, Hamant.

Mit den vorjährigen Notierungen verglichen, ergibt sich allerdings ein sehr kräftiger Vorsprung, relativ kräftiger als bei einzelnen deutschen Sorten der Fall ist. Geradezu unbefriedigend hat sich in den letzten Wochen die Situation am amerikanischen Roheisenmarkt gestaltet, wo die Nachfrage so matt war, daß es zu direkten Preisrückgängen kam. Der Preis für Nordisches Gießereieisen Nr. 2 ging von 18,50 bis 18,75 Dollar Ende Februar auf 18 bis 13,50 Dollar in der ersten Märzwoche zurück. Mit Jahresanfang stehen die Preise tiefer, aber gegen die vorjährigen ergibt sich noch ein ansehnlicher Vorsprung. Südliches Gießereieisen zum Beispiel kostete Anfang März dieses Jahres 17 bis 17,50 Dollar gegen 14,25 bis 14,75 Dollar zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Steigerung der Haushaltskosten.

Berechnen wir auf Grund der Verflegerstation eines deutschen Marineoffiziers den wöchentlichen Verpflegungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, so erhalten wir im Durchschnitt von 65 deutschen Städten für den Monat Januar 1910 eine Standardziffer von 23,75 M. Dieselbe Berechnung für die gleichen Städte hatte für Januar 1909 nur eine Standardziffer von 22,46 M. ergeben. Im Durchschnitt muß also ein Haushalt in diesem Jahre für die gleiche Menge Nahrungsmittel pro Woche 1,29 M. mehr ausgeben als vor einem Jahre. Das macht im Monat eine Mehrausgabe von rund 5,16 Mark aus. Bei keinen Einkommen ist dies eine empfindliche Mehrbelastung, da auch die Ausgaben für andere Verbrauchsgüter sich zum Teil im Preise erhöht haben. Die Steigerung der Nahrungsmittelpreise hat übrigens im laufenden Jahre von neuem eingesetzt und dadurch dem in den letzten Monaten des Jahres 1909 zu beobachtenden Rückgang ein Ziel gesetzt: im Dezember vorigen Jahres betrug die Standardziffer erst 23,67 M.; sie ist also im Januar um 0,15 M. gestiegen. Vergleichen wir nun die Preise der in die Berechnung einbezogenen Nahrungsmittel mit den vorjährigen, so zeigt sich, daß so ziemlich alle wichtigeren Lebensmittel eine Preissteigerung gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Ganz besonders Weizenmehl, Brot, Butter, Kalbfleisch und Schweinefleisch haben sich sehr verteuert. Bei diesen Lebensmitteln betragen nämlich die Kleinhandelspreise im Monat Januar dieses und des vorigen Jahres im Durchschnitt der 65 Plätze pro Kilogramm in Mark:

Table with 3 columns: 1909, 1910. Rows include Weizenmehl, Brot, Butter, Kalbfleisch, and Schweinefleisch.

Der Preis für Kartoffeln ist gleichgeblieben; bei Erbsen ist eine Preissteigerung von 38 auf 38, bei Bohnen von 88 auf 89 Pf. pro Kilogramm erfolgt. Auch Rind- und Hammelfleisch sind im Preise gestiegen.

Zukrafttreten des französischen Zolltarifs.

Der Deutsch-französische Wirtschaftsberein macht darauf aufmerksam, daß dem augenblicklichen Stande der Dinge nach jedenfalls damit gerechnet werden muß, daß der neue Tarif zum 31. März in Kraft tritt. Aller Voraussicht nach wird daher zu Ende des Monats an der Grenze ein derartiger Warenandrang auf den Eisenbahnen sein, daß nicht unerhebliche Verzögerungen des Transports sowie der Zollabfertigung zu erwarten sind. Auf Abfertigung nach den Zollföhrungen des alten Regimes — bereits die Deklaration der Zollbehörde eingereicht und in deren Bücher eingetragen worden ist. Allen deutschen Exporteuren sei daher, um unliebsamen Ueberraschungen vorzubeugen, empfohlen, für möglichst frühzeitige Absendung derjenigen Rollen Sorge zu tragen, welche noch zu den alten Zollföhrungen verzollt werden sollen.

Der britische Außenhandel.

London, 8. März. Zum Aerger der Tarifreformer zeigt der britische Außenhandel eine fortgesetzte Besserung. Sowohl die Ausfuhr wie die Einfuhr nahmen im Vergleich mit Februar 1909 erheblich zu. Die Ausfuhr im Februar 1910 betrug 31 692 000 Pfund Sterling (oder um rund 3,7 Millionen mehr), die Einfuhr betrug 51 168 000 Millionen Pfund Sterling (oder um 0,7 Millionen mehr). In den beiden Monaten (Januar und Februar) nahm die Ausfuhr um 0,7 Millionen, die Einfuhr um 3,1 Millionen Pfund Sterling zu.

Ein Automobilraub.

Der „Herald“ meldet aus New York: Kürzlich hatten die Zeitungen eine Neugründung der Firma Pierpont Morgan u. Co. angekündigt. Es handelte sich dabei, wie man jetzt hört, um die Gründung eines Automobilrautes. In Verbindung mit anderen Großfinanziers hat die Firma Morgan u. Co. ein Aktienkapital von 30 Millionen Dollar zusammengedröht. Vorläufig hat das Konsortium die große Automobilfabrik von General Motors u. Sanders in Detroit im Staate Michigan für 8 Millionen Dollar angekauft. Der Ankauf dieses Werkes ist der erste Schritt zur Erwerbung aller Automobilfabriken in Detroit, der wahrscheinlich der Ankauf sämtlicher Automobilfabriken des Staates New York folgen wird.

Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 10. März, nachmittags 5 Uhr. Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Nachruf an den verstorbenen früheren Stadibourgeois Grafen von den früheren Obersten Stadibourgeois Baumgarten. Vor der Sitzung hat eine Reihe von Ausschufwahlen stattgefunden. In den Ausschuf für die Vorlage betr. den Vertrag über

die Schnee- und Kehrtafel sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Stadtv. Fischer, Pfannkuch, Dr. Rosenfeld, Schneider deputiert.

Die Versammlung beginnt die Spezialberatung des Stadthaushaltsrats

für 1910 auf Grund der Vorschläge des Staatsausschusses. Ueber Kapitel 1 des Etatsentwurfs in der neuen Einteilung Grundbesitz und Berechtigungen (Abteilung 1: Grundstücke in der Stadt; Abteilung 2: Grundstücke außerhalb der Stadt und Raiffeisenbruch Nüdersdorf; Abteilung 3: a) Dotationen, Renten und Abgaben, b) Wegegerechtigkeit, c) herrenlose Erbschaften, d) Fundstücken, e) Gebühren für Aufnahme der Feuerversicherungszugehörigen usw.) referiert Stadtv. Döhrens (Fr. Fr.).

Der Ausschuss hat mit 8 gegen 7 Stimmen trotz des Widerspruches der Magistratsvertreter beschlossen, der Versammlung vorzuschlagen, den Verkauf des Scheunenviertels ausschließlich in die Hand einer Kommission von 5 Mitgliedern (2 vom Magistrat, 3 von der Versammlung) zu legen. Er verspricht sich davon eine Beschleunigung der Verkaufsdaktion.

Stadtv. Barth (A. L.) stellt anheim, den Antrag anzunehmen, der namentlich dem Magistrat das dringende Bedürfnis vor Augen führen solle, dem für die Bewohner des Scheunenviertels bestehenden Notstand schneller ein Ende zu machen.

Stadtrat Bohm: Der Magistrat hat seinerzeit abgelehnt, einer Kommission so weitgehende Befugnisse zu erteilen; er will selbst mitreden. Es liegen jetzt 3 Angebote vor, die allerdings den festgesetzten Mindestpreis von 8 Millionen nicht ganz erreichen. Die bestehende Scheunenviertel-Kommission wird in der nächsten Woche darüber Beschluß fassen.

Die vom Staatsausschuss vorgeschlagene Resolution wird hierauf abgelehnt; die angeführten Einzelteile werden nach dem Entwurf genehmigt, jedoch erfolgt gemäß einem Antrag Liebenow (A. L.) eine Erhöhung der Abgabe der W. S. W. um 100 000 M. auf 2 500 000 M.

Zum Kapitel 4 Unterricht (Abteilung 1: Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen; Abteilung 2: Realschulen; Abteilung 3: höhere Mädchenschulen; Abteilung 4: Turnhallen der höheren Lehranstalten; Abteilung 5: Verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten) hat der Staatsausschuss den Stadtv. Dr. Krons (Soz.) zum Referenten bestellt. Von diesem wird erwähnt, daß der Magistrat das Luisenstädtische Gymnasium allmählich abzubauen beabsichtigt. Dem Gedanken, mit der Beseitigung der Vorschulen endlich einmal praktisch einen Anfang zu machen, hat die Ausschussmehrheit ablehnend gegenübergestellt.

Stadtv. Cassel (A. L.): Nach meiner persönlichen Überzeugung wird und muß der Augenblick kommen, wo die Vorschulen beseitigt werden. Der Ausschuss hat den Betrag von 4500 M. für die wissenschaftlichen Abhandlungen, die den Schulprogrammen beigegeben werden, gestrichen; die große Mehrheit meiner Fraktion wünscht die Bewilligung dieser wohl verwandten geringen Summe. Dem bedauerlichen Verbleiben eines Teils der höheren Lehrerschaft, besonders in den Provinzen, die Teilnahme der Schuldeputationen an öffentlichen Schulwesen einzuschränken, müssen wir schon jetzt entschieden Widerstand anlagen. In Personalien werde die notwendige Disziplin auch in den Schuldeputationen durchaus gewahrt und gewahrt werden.

Stadtschulrat Michaelis: Von solchen Bestrebungen in Berlin ist mir nichts bekannt, dagegen hat von rheinischen Kommunen detariertes verlautet. Ich werde den Standpunkt der Berechtigung der Mitwirkung der städtischen Selbstverwaltungsorgane auf diesem Gebiete Ausdruck und Nachdruck geben, wo ich amtlich dazu berufen bin.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der von dem Kollegen Cassel erwähnte Wunsch, die Städte von der Verwaltung der höheren Schulen auszuschließen, auch wenn sie die Kosten tragen, ist wohl nur in einzelnen Kreisen der höheren Lehrerschaft vertreten und würde höchstens als ein Beweis von Ueberhebung anzusehen sein. Bei den meisten höheren Schulen ist bis zur Untersekunda die Frequenz eine gleichmäßige, von da ab sinkt sie aber rapide. Hier wird trotzdem nicht daran gedacht, zu Maßnahmen zu greifen, wie man sie den Gemeindeschulen gegenüber für angemessen hält. Der höhere Schüler kostet uns pro Kopf 190 M. Nach dem Ausschussbericht hat sich der Kammerer persönlich als ein entscheidender Freund der Vorschulen bekannt. Er hatte damit wohl bloß die Einnahme aus diesen Vorschulen im Auge. Tatsächlich ist doch das Vorschulwesen längst als ein Heimisches für unser höheres Schulwesen erkannt worden, der endlich beseitigt werden muß. Dann wird auch das gesamte Volksschulwesen auf eine höhere Stufe gehoben werden. Im Staatsauschuss wurde auch erörtert, daß wir in Berlin zwei verschiedene Jahreszeiten haben, und daß dadurch wesentlich höhere Kosten verursacht werden. Der Stadtschulrat erklärte das für einen Vorzug, weil der nicht versetzte Schüler nur ein halbes Jahr zurückbleiben brauche. Andererseits aber wäre es doch vielleicht für den Schüler ein Ansporn, wenn er weiß, daß er ein ganzes Jahr verliert, sobald er nicht versetzt wird. Wenn der Staat das System der Jahresklassen durch das ganze Land durchführt, werden wir in Berlin nicht zurückbleiben können, und die Rücksicht auf die Finanzen tritt noch hinzu.

Stadtschulrat Michaelis: Es ist eine allgemeine, nicht etwa eine lokale, und es ist auch eine alte Erscheinung, daß eine Menge Schüler mit der Entlassung der Berechtigung zum Einjährigendient abgehen. Das werden wir nicht beseitigen. Darum das neunklässige System außer Kraft setzen, würde der Stadt Berlin nicht würdig sein. Die Eiden bei schwächerer Frequenz zusammenzulegen, darauf müssen wir Bedacht nehmen, aber die Schüler zum Uebergang in eine andere Anstalt zwingen, das geht nicht an; wir wollen uns nicht das ganze System verderben lassen. Ein Teil der Zurückgebliebenen braucht bei den Halbjahreszeiten nur ein halbes Jahr zu verlieren. Kosten würden auch nicht erpart werden, denn wir müßten dann zwei Ostern, oder zwei Michaelistagen haben. Bei Neugründung höherer Schulen werden wir Vorschulen nicht mehr einrichten. Wenn die Direktoren diese Vorschulen los sein wollen, so nur deshalb, weil sie vom Publikum geradezu mit dem Revolver bedrängt werden, unendlich viel mehr Schüler aufzunehmen, als sie aufnehmen können.

Stadtv. Cassel stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Schulrats. Erst wenn der Uebergang von der Volksschule zur höheren Lehranstalt ohne Zeitverlust werde erfolgen können, sei der Zeitpunkt der Beseitigung der Volksschulen gegeben.

Zur Abteilung „Verschiedene Einrichtungen“ usw. referiert Stadtv. Dr. Krons ausführlich über die schon vorher gestreifte Frage der wissenschaftlichen Programmhandlungen. Der Ausschuss habe die Streichung der 4500 M. beschlossen. Für diesmal sei aber das Geld schon ausgegeben; der Etat bezeichne den Titel auch ausdrücklich als bestimmt für das Schuljahr 1909/1910. Um diese Inkongruenz für die Zukunft zu beseitigen, empfiehlt er eine insoweit eingegangene Resolution, den Magistrat aufzufordern, die Position auf das Etatsjahr, nicht auf das laufende Schuljahr einzustellen.

Stadtv. Direktor Dr. Hellwig (A. L.) plädiert für die Resolution und für die Bewilligung der 4500 M.

Stadtv. Borgmann: Wir empfehlen die Resolution zur Korrektur des Etats. Die 4500 M. könnten später nach meiner Ansicht ganz wohl erspart werden, ohne daß der wissenschaftliche Geist der höheren Lehrerschaft darunter leidet. (Widerspruch.)

Stadtv. Cassel: Es handelt sich darum auch gar nicht, es soll vielmehr damit eine Anregung gegeben werden.

Stadtschulrat Michaelis tritt ausführlich und lebhaft für die Beibehaltung der Programmhandlungen ein, die einen Zusammenhang zwischen Schule und Haus herstellen sollen und zudem auch ihren wissenschaftlichen Wert befehlen.

Der Referent bezweifelt, ob Thematika aus der höheren Mathematik im Programm einer Mädchenschule geeignet seien, einen Zusammenhang zwischen Schule und Haus herzustellen, konstatiert, daß, wenn der Etat unverändert angenommen wird, Gelder für die Programme für 1910/1911 dem Magistrat nicht zur Verfügung stehen würden.

Die 4500 M. werden mit großer Mehrheit bewilligt; die Resolution gelangt zur Annahme. Die aufgeführten Einzelteile werden genehmigt.

Referent des Ausschusses für den Teil des Kapitels VI Kranken- und Gesundheitspflege, der die Abteilungen: Badeanstalten, öffentliche Desinfektionsanstalt, Heimstätten, Verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, Untersuchungsamt und Zentrale Buch umfaßt, ist Stadtv. Iden (A. L.)

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): In der Heimstätte Buch hat sich wieder einmal ein Skandal ereignet. Ein Pflegling ist entlassen worden, und aus Solidaritätsgefühl sind 22 andere mitgegangen. Jede vorzeitige Entlassung aus der Heimstätte, gleichviel ob unfreiwillig oder freiwillig, bedeutet für einen Lungenkranken ein Todesurteil. (Lachen und Widerspruch. Fortdauernde Unruhe.) Wenn Sie meinen Ausführungen keine Aufmerksamkeit schenken wollen, täten Sie besser, sich draußen aufzuhalten. (Großer Lärm; Zurufe: „Unhörbar!“ Der Vorsteher ersucht den Redner, den Mitgliedern nicht solche Zumutungen zu stellen.) Wenn ein Kranker eine Anstalt gegen den Willen des Arztes verläßt, wird er auf eine Liste gesetzt, monach in Zukunft eine Aufnahme nicht mehr stattfindet. (Wiederholte ironische Rufe: „Todesurteil!“) Wir bebauern auch lebhaftig, daß ein solcher Ergehnis stattfinden konnte. Ich bin gegenwärtig Kurator dieser Heimstätte in Vertretung des beurlaubten Geheimrats Franke. Ich habe verlangt, daß seitens des beurlaubten Arztes schleunigst ein Bericht eingereicht ist. Selbstverständlich darf nicht auf Grund der einseitigen Aussage der Patienten und auch nicht auf Grund des Berichtes allein eine Entscheidung getroffen werden; wir hoffen und erwarten, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden wird. Diefelben Beschwerden, die heute zu dieser Massenentlassung geführt haben, sind schon früher laut geworden. Der betreffende Arzt behandelt die Heimstättenpfleglinge wie ein Unteroffizier seine Rekruten; er paßt sich schwer Berliner Kranken an, er war 20 Jahre lang Landarzt, ist etwas grob und führt einen Ton, der etwa dem schneidig schnarrenden

Schnauzen auf den Polizeiwachen entspricht. Bekanntlich sind vielfach die großen Verge die tüchtigsten. (Stürmische Heiterkeit.) Sein Ton aber schied sich heute nicht mehr; er sieht die auf der Heimstätte Befindlichen wie Almsensengänger an, und das wollen wir uns nicht gefallen lassen. Bei strenger, unparteiischer Untersuchung wird auch der Berechtigten zum Siege verholfen werden. In den anderen Heimstätten sieht es allgemein ganz nett aus; in Buch muß aber die Behandlung schon deshalb eine bessere werden, weil die Verwaltung sich alle Mühe geben muß, die Zustände dort behaglich zu gestalten, weil unsere Heimstätten an einer bedenklichen Leere leiden, was auch finanziell sehr bedauerlich ist. Nicht nur im Winter, sondern während des ganzen vorigen Jahres war die Frequenz außerordentlich vermindert; zuletzt war die Aufnahmeziffer 10 Proz. niedriger als vor 2 Jahren. Im vorigen Juni haben wir die Erhöhung der Pflegegebühren beschlossen, eine hygienische und finanziell sehr unzumutbare Maßregel, denn die Krankenkassen sind nicht imstande, die höheren Sätze zu zahlen, und das Ende ist, daß das städtische Armenbudget höher belastet wird. Was nützen die schönsten Anstalten, wenn der Besuch ausbleibt? Nicht die Reizung, in die Heimstätten zu geben, ist geringer geworden, sondern die Bereitwilligkeit und die Möglichkeit, die höheren Kosten aufzubringen. Der Gewerkschaftenverein mit seinen 160 000 Mitgliedern, an dessen Spitze Geheimrat Straßmann steht, hat eine Mitteilung an seine Ärzte ergehen lassen, monach den Kranken ein längerer Aufenthalt als 3 Wochen in den Heimstätten nicht mehr zugehanden werden kann. Wir hätten den Kurkosten gerade ermäßigen müssen, um die Zurückhaltung der Krankenkassen zu überwinden. Die Heimstätten dürfen nicht nach der Schablone der Krankenhäuser behandelt werden. Der Beschluß der Kurkostenreduzierung war nach unserer Meinung verfehlt. Wenn die Betten leerstehen, wird der Kostenbetrag für die Stadt nicht etwa geringer, sondern wir machen noch ein gutes Geschäft, wenn die Betten besetzt werden auch wenn wir pro Bett und Tag noch 1 M. zugeben müssen, da doch die Generalkosten dieselben bleiben. Handeln Sie verständig, indem Sie uns ermächtigen, Auswärtige aufzunehmen, und indem Sie den Verpflegungssatz wieder auf 2,20 M. herabsetzen. Nicht an Ihre soziale, sondern an Ihre finanzielle Verantwortlichkeit appelliere ich. Nehmen Sie die von uns in diesem Sinne eingebrachte Resolution an. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Straßmann: Ein Pflegling ist mehrere Tage nach einander unpünktlich in die Diegehalle gekommen, und als er an einem Tage von der Schwester um pünktliches Erscheinen ersucht wurde, hat er sich ungebührlich ausgedrückt und die Diegelur gestört. Darauf hat ihn der Arzt entlassen. Am folgenden Tage kamen 22 Pfleglinge zum leitenden Arzt und verlangten die Zurücknahme der Entlassung. Darauf ist Herr Dr. Reuter nicht eingegangen, und mit vollem Recht. (Sehr richtig! und große Unruhe.) Wie soll die Disziplin und die Diegelur durchgeführt werden, wenn die Pfleglinge so die Ordnung konterkarrieren? (Zustimmung und Unruhe.) Die Pfleglinge haben bisher eine Beschwerde nicht eingereicht; wir haben nur den Bericht des Arztes. Selbstverständlich wird die Untersuchung fortgeführt werden, und nicht einseitig. Daß die Heimstätten im Winter wegen der Erhöhung der Pflegekosten leer sind, stimmt nicht. Seit Jahren haben wir die Winterkuren ganz besonders empfohlen, aber der Erfolg blieb aus; die Betreffenden sehen die Heimstätten als einen Sommeraufenthalt an.

Stadtv. Leib (Soz.): Die Patienten haben sich wiederholt, und gerade auch die fortgegangenen, lebhaft bedauert gefühlt über den militärischen Umgangston des betreffenden Arztes. Der Herr hat den Kranken das Sprechen während des Liegens verboten; Leute, die herausgegangen sind, haben mir mitgeteilt, daß er das Kartenspielen in der freien Zeit verboten hat und die Karten zerrissen haben soll. Auch soll er Patienten, welche beim Liegen gelesen haben, die

Bücher fortgenommen und auf die Erde geworfen haben.

Der Vorgang, der zu der Empörung geführt hat, wird von den Patienten anders dargestellt, als der Bericht sagt. Wir ist mitgeteilt worden, daß ein Patient mit einem anderen in Streit geriet darüber, daß dieser 10jährige junge Mensch ihm eine Zeitung wegnahm die ihm gehörte; er nahm sie sich zurück und daraus entsprang ein Wortwechsel; daraufhin betordnete der Arzt als Strafe eine längere Diegezeit. Das hat die anderen empor, sie wurden vorstellig wegen Zurücknahme der Strafe und sprachen den Wunsch aus, daß die jungen Leute, die auf einzelnen Stuben zwischen den älteren verteilt sind — ein Zustand, der zu Unzutraglichkeiten führte, weil dieses teilweise junge Leute waren —, zusammengelegt werden sollten. (Heiterkeit.) Alles das ist abgelehnt worden.

Stadtrat Straßmann: Der betreffende Pflegling ist jetzt 23 Jahre alt; von dem kann man verlangen, daß er sich der Hausordnung fügt. Wiederholt haben wir Klage darüber gehört, daß große Aufregung beim Kartenspiel stattfände, daß um Geld gespielt würde, so daß schließlich diesem ewigen Jam und Streit ein Ende gemacht werden mußte, um jede Aufregung für die Kranken zu verhüten.

Stadtv. Geheimrat Medizinalrat Herzberg (A. L.): Schon bei der Lektüre eines aufregenden Romans kann man Herz klopfen bekommen. Das Gleiche kann in schlimmerem Grade bei Brustkranken eintreten. Es befinden sich doch auch Fiebernde darunter. Stadtv. Leib: Der Entlassene soll 23 Jahre alt sein. Das ist eine Verwechslung; ich habe von dem 23jährigen angeführt, daß er ein 16jähriger junger Mensch sein soll. Bezüglich des Sprechverbotes und des Verbotes des Kartenspiels möchte ich anführen, daß doch auch Spiele zur Unterhaltung angeschafft sind. Wenn das Sprechen aufregend sein soll, möchte es ja gänzlich verboten werden, und man müßte die Leute ins Gefängnis sperren.

Stadtv. Dr. Wehl: In den Sanatorien ist doch den Kranken Spielen und Sprechen nicht verboten. Wenn die Leute sich leise unterhalten, so daß andere davon nicht gestört werden, und die

Leute innerhalb der Diegezeit Karten spielen, dann braucht man mit ihnen doch nicht so streng ins Gericht zu gehen. Es kommt viel auf den Ton des Arztes an. Der Ton macht die Musik (Zuruf: „Sehr richtig!“ Heiterkeit.)

In ruhigen, begütigenden Worten muß er den Leuten auseinandersetzen, daß sie verkehrt handeln, von der Ermittlung darf er erst bei wiederholtem Verstoß gegen seine Anordnungen Gebrauch machen. Geheimrat Straßmann weist wie ich, daß über den Arzt schon seit Jahren erhebliche Beschwerden erhoben worden sind; er selbst hat sein Verhalten wiederholt entschieden gemißbilligt. Ich weiß, daß im Winter die Heimstätten leer sind, aber auch im letzten Sommer sind sie leer gewesen; ich nenne leer, wenn ein Drittel der Plätze nicht besetzt sind (Andauernde Unruhe). Daß nur wenig Lungenkranke in die Heimstätten vom Gewerkschaftenverein hineinkommen, ist mir nicht bekannt.

Oberbürgermeister Kirchner: Die Versammlung hat eine außergewöhnliche Milde, indem sie sich eine Stunde Debatte gefaßt läßt auf so dürftiger Unterlage. Bei wem haben sich denn die Betroffenen beschwert? Wahrscheinlich bei einem oder dem anderen Stadtverordneten oder in der Presse. Und daraufhin werden wir hier beschelligt! In der Presse heißt es, die Erwachsenen fühlten sich in ihren Gesprächen geniert durch die Gegenwart jüngerer Kranken. (Hört! hört!) So etwas wird also verlangt! Es kommen 20 Patienten und stellen dem Arzt die Alternativen: Entweder soll er eine Maßregel zurücknehmen, oder sie gehen. Das ist ein ganz ungebührliches Vorkommnis, sie hätten sich an die vorgelegten Stellen zu wenden, nicht aber dem Arzte zu drohen. Der Arzt hat durchaus korrekt gehandelt. (Zustimmung.) Zahlreich und ungerechtigt haben sie sich in eine Lage begeben, aus der ihnen ein Schaden erwachsen kann. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Herzberg: Die armen Leute, die leider nach Buch müssen, müssen sich doch den gegebenen Anordnungen fügen, sonst haben sie den Schaden.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution Wehl wird abgelehnt, die Etats nach dem Referat Iden genehmigt.

Am 19 Uhr bricht die Versammlung für heute die Staatsberatung ab.

Die Vorlage wegen Festsetzung neuer Richtlinien für die Dreibein- und Ankerstraße und wegen freihändigen Erwerbes des Grundstücks Dresdener Straße 101, Ede Pringensstr. 68, wird nach den Vorschlägen des dafür eingesetzten Ausschusses angenommen.

An die Maurermeister Demme und Hesse aus Nirbors sollen 6 Baustellen an der Müllenhoffstraße für 365 000 M. (= 108,79 M. pro Quadratmeter) unter Erlaß der Anliegerbeiträge verkauft werden.

Stadtv. Ewald (Soz.) beantragt Ausschussberatung. Der Preis von 108 M. erscheine zu niedrig, denn schon 1895 seien dort 120 M., 1897 in der benachbarten Grimmsstraße 100 M., 1900 145 M. gezahlt worden. Damals, 1895—1897, seien auch die Anliegerbeiträge bezahlt worden; jetzt wolle man circa 16 000 M. Anliegerbeiträge erlösen. Damit sinke der Preis auf 104 M. Sollte sich der Wert des Bodens dort in 15 Jahren etwa um 18 M. verringert haben? Die Stadt würde bei diesem Verlaufe geschädigt werden.

Stadtrat Koss ist gegen Ausschussberatung. Vor 12 Jahren habe die Stadt dort das letzte Grundstück verkauft, und zwar zu 100 M.

Stadtv. Sattinger (A. L.): Es gibt allerdings in Berlin Grundstücke, die nicht teurer geworden sind. Ich besitze selbst so eins.

Stadtv. Ewald: Mein Grundstück in der Nachbarschaft hat 150 M. pro Quadratmeter gekostet. Daß sich keine Käufer gemeldet haben, ist für mich nicht bestimmend. Jetzt wird in der Gegend viel gebaut.

Stadtv. Liebenow: Der Kollege Ewald kann sein Grundstück in der Schönleinsstraße, einer lebhaften Verkehrsstraße, nicht mit diesen vergleichen. Die Lücke in der Müllenhoffstraße liegt zum Standal da.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Die Vorlagen wegen Ankaufs eines Schulgrundstücks, an der Schönleinsstraße und betr. den Neubau der Gemeindegewerkschaftlichen Pensionskasse, 20/21 gehen an einen Ausschuss. Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

Soziales.

Der Kuh im Dunkeln.

Eine Verhandlung mit heiterem Einschlag gab es in der letzten Sitzung der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Als Klägerin erschien dort die knapp 16jährige Kontoristin Charlotte R. gegen ihren Chef Herrn R., dem Besitzer einer Kunstbruderie. Als Grund ihres freiwilligen Verlassens der Stellung erzählte sie dem Bericht folgende Geschichte: Am Abend vor ihrem Abzuge, als das übrige Personal schon fort und sie mit ihrem Prinzipal allein war, sei plötzlich das Gaslicht erloschen und ihr Chef habe sie umgarert, um ihr einen Kuß geben zu wollen. Am nächsten Morgen hätte er sich zwar entschuldigt, aber auf Anraten ihrer Mutter sei sie dann doch nicht mehr ins Geschäft gegangen. Demgegenüber bestritt der belagte Chef entschieden, sowohl die Absicht des Küßens gehabt, als auch sich entschuldigt zu haben. Unter Hinweis auf seinen kräftigen Körperbau stellt er an die Kaufmannsrichterin die rhetorische Frage: „Trauen Sie mir, meine Herren, zu, daß, wenn ich ein Mädchen küssen will, sie erst vorher um Erlaubnis fragen werde? Die hätte ihren Kuß weg, ehe sie sich verkehrt.“ Den fraglichen Vorfall schildert der Beklagte seinerseits wie folgt: Das Fräulein hätte selbst das Gas verloscht, dadurch, daß sie an den Hebel des Gasometers stieß. Da es ganz dunkel war, sah sie die Klägerin am Arm, damit sie sich nicht an der dicht daneben stehenden Presse stoße. Er wollte Unheil von dem jungen, im Geschäft noch nicht gut Bescheid wissenden Mädchen abwenden und ernte nun für seine Fürsorge schänden Lohn. — Angesichts der sich widersprechenden Darstellungen fragte der Vorsitzende die Klägerin, woraus sie denn entnehme, daß sie der Chef küssen wollte, da sie doch im Dunkeln nichts sehen konnte, worauf die Sechzehnjährige schloßfertig antwortete: „Aber Herr Richter! Das braucht man doch nicht zu sehen, das fühlt man doch!“

Ein Vergleich in Höhe von 60 M. — gefordert waren 120 M. — brachte die dunkle Stuhlfarre zu versöhnlichem Ende. Der Vorsitzende gab aber doch dem Beklagten den wohlmeinenden Rat mit auf den Weg: Ein andermal fassen Sie sie im Dunkeln nicht an, lassen Sie sie lieber sich stoßen.

Eine eigenartige Zumutung an die Volksschullehrer

Bedeutet ein Antrag, den auf dem brandenburgischen Provinziallandtag der Abg. Rittergutsbesitzer von Althing (Charlottenhof), unterstützt von dem Landrat von Malbahn (Brenzlau), gestellt hat, und der vom Staat den geschicklichen Zwang für die Volksschullehrer fordert, den Fortbildungsschulunterricht ohne besondere Vergütung zu erteilen, damit „dem Lernzwang nicht bald der Lehrzwang mit großen Kosten folge“. Für den Zustand dieser Forderung ist bezeichnend, wenn man bedenkt, daß zur Unterhaltung der ländlichen Fortbildungsschulen in Brandenburg im Jahre 1906 der Staat zwar 912 M., die Provinz aber nur 405 M., die Kreise 1807 M., die Gemeinden 1377 M. und die landwirtschaftlichen Vereine ganze 90 M. beitrugen. Verleiht man diese Summen mit denen, die Handel und Gewerbe für die Förderung ihres Fortbildungsschulwesens Jahr um Jahr ausgeben, so kann bei der ländlichen Fortbildungsschule von der „Gefahr großer Kosten“ für die Beteiligten keine Rede sein.

Aber diese Forderung weist auch in Rücksicht auf die Lehrerschaft ohne Beispiel da. Würde der brandenburgische Provinziallandtag z. B. seinen eigenen Beamten zumuten, Arbeiten unentgeltlich außerhalb der Dienststunden zu erledigen? Und welches Maß von Arbeit haben die Lehrer hier zu leisten? Nach der letzten

amtlichen Schulstatistik waren in der Provinz Brandenburg 865 Lehrer überläßt und 388 überfüllte Klassen vorhanden, waren 300 Lehrstellen unbesetzt, die von anderen Lehrern mitverwaltet werden mußten, hatten 33 Schulen über 120 Kinder und nur einen Lehrer. Wie viele Lehrer sind außerdem gegen eine äußerst geringe Entschädigung mit Küsterdiensten belastet, wie viele wirken trotzdem noch aus eigenem Antriebe in gemeinnützigen Vereinen. Und zum Dank dafür will man ihnen diese neue Last ohne jede Entschädigung aufbürden!

Im Herrenhause stellte Graf Häfeler am 29. April 1900 die gleiche Forderung an die Unterrichtsverwaltung. Ihre Vertreter begnügte sich mit der recht zahmen Erwiderung: „Es wird sich nie ganz vermeiden lassen, daß die Frage der Remuneration ausgetauscht, soweit die Beschäftigung des Lehrers das normale Maß übersteigt.“ Dieses Entgegenkommen der Schulverwaltung, deren Mitglieder keine Arbeit umsonst leisten, scheint die Herren Junfer zu weiteren Vorstößen ermutigt zu haben.

Ein eigenartiger Gewerbegerichtsvorsitzender.

Das Spandauer Gewerbegericht scheint nach der Hinsicht eine Verharmlichung werden zu wollen, wie ein Bericht nicht urteilen sollte. In der Nr. 23 brachten wir einen Bericht über das Verhalten des Gewerbegerichtsvorsitzenden Assessor Dr. Kurts. Der Klempnergeselle Bedmeier klagte gegen den Klempnermeister Wärdner wegen einer eifrigen Lohnentschädigung, weil er am 16. November v. J. ohne gesetzlichen Grund und ohne Kündigung entlassen worden sei. Der beklagte Klempnermeister hatte unter anderem eingewendet, daß er zur sofortigen Entlassung berechtigt war, weil Bedmeier an seine Lehrlinge sozialdemokratische Flugblätter verteilt habe. Es waren dies Flugblätter der Jugendkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes, also einer rein gewerkschaftlichen Organisation. Das Gewerbegericht sah in seiner Sitzung am 24. Januar ex. unter dem Vorsitz des Assessor Dr. Kurts den sonderbaren Beschluß, bei der Handwerkskammer zu Berlin anzufragen, ob der Deutsche Metallarbeiterverband resp. dessen Jugendkommission sozialdemokratische Tendenzen verfolge. Jetzt fand die Fortsetzung dieser Verhandlung statt. Schon als die Sache aufgerufen wurde, äußerte sich der Vorsitzende, Assessor Dr. Kurts: „Aha, jetzt kommt die sozialdemokratische Geschichte!“ Er trug dann den Klageinhalt nach dem vorstehenden Geschilderten vor und meinte: „Der ‚Vorwärts‘ habe über diese Verhandlung einen Bericht gebracht, in welchem die Vermutung ausgesprochen war, daß die Handwerkskammer keinen anderen Bescheid erteilen würde, als man solle sich an den Deutschen Metallarbeiterverband wenden.“ Der Herr Vorsitzende bestellte dann einiges aus dem „Vorwärts“-Artikel wiederzugeben und erklärte dann, es sei ihm übrigens egal, was der „Vorwärts“ über ihn schreibe, der Bescheid der Handwerkskammer sei aber anders ausgefallen, als der „Vorwärts“ vermutet habe. Hieraus verlas der Vorsitzende den Bescheid der Handwerkskammer wie folgt: „Unter Rücksichtnahme des mit gef. Schreiben vom 27. v. Mts. eingehenden Aufrufs der Jugendkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes erwidern wir ergebenst, daß im allgemeinen die einzelnen sozialdemokratischen Organisationen angegliederten Jugendabteilungen zwar nicht unmittelbar ihrerseits politische Tendenzen verfolgen, daß sie aber als unter dem dauernden Einfluß der Sozialdemokratie stehend nur als zur Sozialdemokratie zu rechnende Vereinigungen angesehen werden können.“ (1) Der Kläger wandte ein, daß der Vorsitzende den „Vorwärts“-artikel falsch wiedergegeben habe, und wurde ihm auf sein Ersuchen gestattet, diesen Artikel zu verlesen. Bei der Stelle: „der Vorsitzende, Magistratsassessor Dr. Kurts, verliest sich zu der Versicherung: Solange er Vorsitzender sei, werde die Mehrheit des Gewerbegerichts fest gegen die Sozialdemokraten sein!“ rief der Vorsitzende ganz laut: „Sehr richtig!“ Nach kurzer Beratung wurde der Kläger mit der Klage kostenpflichtig abgewiesen. Der Vorsitzende begründet das Urteil dahin: Es sei nach dem Bescheid der Handwerkskammer festgestellt, daß der Metallarbeiterverband sozialdemokratische Tendenzen verfolge. Es war daher unzulässig, daß der Kläger beantragte sozialdemokratische Flugblätter an die jungen Leute verteile und dadurch schon diese jungen Menschen, die noch nicht einmal 18 Jahre alt sind, ausgeheult würden. Der Beklagte war zur sofortigen Entlassung berechtigt. Dies Tendenzurteil verdient, den weitesten Arbeiterkreisen bekanntgegeben zu werden, gleichzeitig aber auch die Namen der beiden Arbeitgeberbesitzer, mit deren Hilfe dies Urteil nur zustande kommen konnte. Der eine ist der Schlossermeister Suge, Rauerstraße, ein Herr, der die Lehrlingsausbildung englos betreibt; der andere ist der Restaurateur Scheele, der in der Neuenborser Straße ein Konzertlokal hat und der gleichzeitig Kantinenpächter im Feuerwerkslaboratorium ist.

Opfer der Tunnelbauten in der Schweiz.

Der gefährliche Charakter der Schweiz bietet dem Eisenbahnbau große Schwierigkeiten, die in vielen Fällen durch die Erstellung von Tunneln überwunden werden müssen. Der Tunnelbau ist aber voller Gefahren, denen auch schon zahlreiche Arbeiterleben zum Opfer gefallen sind. Nach einer bezüglichen Zusammenstellung forderden die verschiedenen Tunnel der Gotthardbahn 212, der Simplontunnel 51, der Röhrgotthard 7, der Albistunnel 3, der Gorgener Bergtunnel 1, Albulatunnel 19, Berner Oberlandbahnen 9, Weihensteintunnel 3, Riden 5, Hauensteinntunnel 68, zusammen 403 Menschenleben, wohl ausschließlich Italiener. Zu dieser an Bedeutung unermesslichen Summe von Menschenopfern kommen aber noch die Hunderte und Tausende von Arbeitern, die durch Unfälle bei Tunnelbauten zu Krüppeln gemacht wurden und über die keine Statistik besteht. Allerdings fehlt auch eine Statistik der Millionengewinne, die die Kapitalisten bei allen diesen Bauten auf Kosten der Arbeiter machten und mit denen sie sich enorm bereicherten.

Gerichts-Zeitung.

Der Schuttmann muß recht behalten.

Das scheint das Prinzip der Staatsanwaltschaft zu sein, denn sonst würde sie doch nicht Verurteilung einlegen in einer ebenso unbedeutenden wie ausföhrlosen Strafsache, wo sich das Zeugnis eines Schuttmannes als mit den Tatsachen im Widerspruch stehend erwiesen hat.

Der Fall, der zu diesen Betrachtungen Anlaß gibt, betrifft den Führer eines Kraftomnibusses, der nach Anzeige des Schuttmannes Tielcher an der Haltestelle am Potsdamer Platz Rauch ausgestoßen haben soll. Das Schöffengericht hat den Angeklagten freigesprochen, weil sich die Angaben des Schuttmannes als unzutreffend erwiesen. Damit hätte die Sache erledigt sein können, wenn nicht die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil Verurteilung eingelegt hätte, vermutlich in der Absicht, der Autorität des Schuttmannes in der Verurteilungsinstanz den Respekt zu verschaffen, den ihr das Schöffengericht verweigert hatte. — Doch es kam anders. Als die Sache gestern von der 9. Strafkammer verhandelt wurde, stellte sich heraus, daß die Anzeige des Schuttmannes Tielcher recht konfus ist. Er hat angegeben, der Angeklagte sei von der Potsdamer nach der Leipziger Straße in westlicher Richtung gefahren. Der Gericht wollte Schuttmann Tielcher berichten, daß es die östliche Richtung gewesen sei, was ja mit der Linie Potsdamer—Leipziger Straße übereinstimmen würde. Es ergab sich aber, daß der Angeklagte in der Richtung Leipziger—Potsdamer Straße, also nach Westen fuhr und an der Haltestelle von Tielcher aufgeschrieben wurde. Auch darüber, ob der Wagen des Angeklagten am nördlichen oder südlichen Lorgebäude des Potsdamer Platzes hielt, wir-

belten die Angaben des Schuttmannes Tielcher durcheinander, auch konnte er nicht sagen, ob der Wagen während der Fahrt oder nur beim Anfahren geraucht habe.

Nach diesen völlig haltlosen Angaben des Zeugen Tielcher richtete der Vorsitzende des Gerichts an den Staatsanwalt die Frage, ob er unter diesen Umständen die Verurteilung nicht zurückziehen wolle. Aber der Staatsanwalt meinte, dazu sei er nicht berechtigt. Nach kurzer Ueberlegung tat er aber doch das Beste, was er in dieser Situation tun konnte, er zog die Verurteilung zurück. — Die Autorität des Schuttmannes war eben nicht mehr zu retten. Das hätte die Staatsanwaltschaft eigentlich schon nach der Verhandlung erster Instanz einsehen sollen. Der Fall zeigt auch, wie notwendig es ist, das Recht der Verurteilung gegen ein freisprechendes Urteil der Staatsanwaltschaft zu vertragen.

Der räuberische Ueberfall auf die Juwelierfrau Richter

aus der Potsdamerstraße sollte nun gestern nach mehrmaliger Verurteilung endlich vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zur gerichtlichen Entscheidung kommen. Unter der Anklage des versuchten Raubes bezog der Beihilfe müssen sich verantworten: Der Kaufmann Wilhelm Hoyer, der Kaufmann Georg Kühne, der frühere Leutnant Hubert Kuehnel und der Schlosser Otto Stache. Wegen Anstiftung zum versuchten Raube ist ferner der Kasser Jaques Hög angeklagt.

Wie noch einmal sein dürfte, scheiterten die früheren Verhandlungen daran, daß Hoyer den „wilden Mann“ spielte. Er hielt seinerzeit mit theatralischen Gesten phrasengeschwollene Vorträge und erging sich schließlich in den wüsten Beschimpfungen, als er sah, daß die Sache für ihn schlecht stand. Auch heute legte Hoyer das schlaube Betreiben an den Tag, sich „interessant“ zu machen. Als Landgerichtsrat Ellend an ihn die Frage richtete, ob er selbst oder sein Verteidiger das Ablehnungsrecht bei der Geschworenenauslösung ausüben wolle, erklärte Hoyer mit herablassender Handbewegung auf seine Verteidiger deutend: „Meine Verteidiger haben Protura!“ Als bei dem Zeigenauftritt die Namen verschiedener neuzugeladener Zeugen verlesen wurden, rief Hoyer mit lauter Stimme: „Wo kommen denn die alle her, welcher Schuft hat die denn hergeschafft?“ — Nach Vernehmung der Angeklagten über ihre Personalien kommt der Angeklagte Hoyer mit einer neuen „Ueberzeugung“. Er gibt in wohlgefügter und fließender Rede die Erklärung ab, daß er den Vorsitzenden, Landgerichtsrat Ellend, ablehne. Diese Ablehnung motiviert er damit, daß er nicht in der Lage sei, die ganze Vorgeschichte des Prozesses von neuem aufzuzählen. Er bitte deshalb den Landgerichtsdirektor Dr. Seiffmann, der den damaligen Prozeß geleitet habe und die Sache in allen Details kenne, wieder den Vorsitz zu führen. — Das Gericht ist genötigt, eine längere Pause zu machen, da nach den Bestimmungen der Strafprozedur erst ein anderer Richter herbeigeholt werden muß, der über den Ablehnungsantrag zu entscheiden hat. Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Forstmann wird die Verhandlung um 11 Uhr wieder aufgenommen. Da Hoyer seinen Ablehnungsantrag wiederholt, muß der neugebildete Gerichtshof hierüber beraten. Das Gericht erklärt schließlich den Ablehnungsantrag für völlig unbegründet. In dem Moment, als gerade der Eröffnungsbeschluss verlesen werden soll, erklärt Hoyer: „Ich habe noch einen Antrag zu stellen. Ich lehne nunmehr die beiden Beihilfen, die an der Beratung über mein erstes Ablehnungsgeheuch teilgenommen haben und nunmehr auch an der Verhandlung gegen mich teilnehmen sollen, wegen Befangenen ab.“ Landgerichtsrat Ellend, der wiederum den Vorsitz übernommen hat, versucht dem Angeklagten mit wohlgemeinten Worten klar zu machen, daß er sich und auch seinen Mitangeklagten durch dieses unverständliche Verhalten und die dadurch verursachte Verzögerung doch nur Schaden zufüge. Hoyer erklärte, daß er auf seine Mitangeklagten nicht die geringste Rücksicht nehme und bei seinem Ablehnungsantrag bleibe. Die Verhandlung wird nochmals auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, da nunmehr zwei Gerichtspräsidenten herbeigeholt werden müssen.

Unter Vorsitz des Landgerichtsrats Ellend und zwei schleunigst herbeigeholten Erfahrungsräten berätet der wiederum neu zusammengesetzte Gerichtshof über den Ablehnungsantrag, den er nach kurzer Beratung als völlig unbegründet ablehnt.

Erst nach dieser eigenartigen Introduction, die volle 2 Stunden dauerte, kommt das Gericht zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses. Rechtsanwalt Dr. Buppe stellt den Antrag auf Verurteilung der Verhandlung, da dem Gericht eine Anzahl Beweisangebote der Mitverteidiger bezüglich der Glaubwürdigkeit des Hoyer unterbreitet worden seien, von denen er und Rechtsanwalt Dr. Werthauer bisher keinerlei Kenntnis nehmen konnten, dies aber im Interesse der Verteidigung des Hoyer unbedingt notwendig sei. Rechtsanwalt Dr. Schindt: Seit Beginn der Verhandlung habe ich den Eindruck gewonnen, daß der Angeklagte Hoyer seine Verteidiger unter allen Umständen eine Verurteilung der Sache herbeiführen wollen. Ich muß im Interesse meines Mandanten Kühne, der völlig gefählig ist, dringend bitten, für den Fall einer Verurteilung nur gegen Hoyer allein zu verurteilen und gegen die übrigen Angeklagten zu verhandeln. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer beantragt dann die Verhandlung gegen Hoyer und Hög zu verurteilen, da zu einer Beurteilung der Glaubwürdigkeit unbedingt eine Gegenüberstellung dieser beiden Angeklagten notwendig sei. Diesem Antrag widerspricht mit aller Energie der Verteidiger des Hög, Rechtsanwalt Dr. Klee. — Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob er sich nun zu der Anklage äußern wolle, erklärte Hoyer: „Nein, ich werde nichts sagen!“ Nach kurzer Zeit erklärt Hoyer, daß er sich doch eine Verteidigung aussuchen müsse. Auf seinen Wunsch gewährt ihm der Vorsitzende eine Pause von 15 Minuten.

Nach einer längeren Pause beauftragte sich Hoyer endlich dazu, sich auf die Anklage zu äußern, die den Angeklagten folgendes zur Last legt: Am 28. Januar v. J., nachmittags gegen 1/2 Uhr, erschienen in dem Potsdamerstraße 88 gelegenen Geschäft der Juwelierfrau Richter zwei gutgekleidete junge Leute und ließen sich silberne Armbänder zur Auswahl vorlegen. Es waren dies die jetzigen Angeklagten Kühne und Kuehnel. Da die beiden Kunden längere Zeit in den vorgelegten Sachen herumtrantmen und sich anscheinend nicht schlüssig werden konnten, kam Frau Richter auf den Verdacht, daß die beiden es auf einen Diebstahl abgesehen hätten. Kurz darauf betrat der Angeklagte Hoyer den Laden. Frau R., die den Zusammenhang nicht ahnte, ließ Hoyer unbeachtet und wandte kein Auge von den beiden „Dieben“. Sie mußte sich aber Hoyer zuwenden, als dieser aus einem Ständer einen Spazierstock herausnahm und nach dem Preise fragte. Hierbei ließ Hoyer wie aus Versehen den Stod fallen. Frau R. hütete sich jedoch nicht nach dem Stod, da sie Verdacht geschöpft hatte. Als sie sich auf eine Frage des Kuehnel diesem zuwandte, wurde sie plötzlich von Hoyer mit beiden Händen am Hals gepackt und zu Boden geworfen. Hoyer kniete auf ihr, während die anderen mit den Häufen auf ihren Kopf einschlugen. Trotzdem die Ueberfallene aus Mund und Nase blutete, konnte sie sich soweit freimachen, um Hilfe zu rufen. Die Täter ließen sofort von ihr ab und stürzten auf die Straße. Kuehnel und Hoyer wurden bald darauf verhaftet, während Kühne die Flucht ergriff, jedoch am nächsten Tage von dem Kriminalkommissar Raffe I festgenommen werden konnte. — Der spiritus rector des ganzen Raubplanes soll nach Behauptung der Anklage und des Angeklagten Hoyer der Angeklagte Hög sein. Dieser, ein jetzt 42-jähriger Mann, der früher stets nur in Lackstiefeln und Cylinder ausging und den Eindruck eines tadellofen Kavalliers zu machen suchte, verdächtig augenblicklich eine ihm wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges abstrichene Zuchthausstrafe von 3 Jahren. Als dritter im Bunde soll sich der Angeklagte Kuehnel, der bis vor kurzem in einem Infanterieregiment Offizier war, an dem Raubanfall beteiligt haben. Kuehnel ist wegen Mißhandlung Untergebener und fahrlässiger Brandstiftung verurteilt und war einige Zeitlang Privatsekretär bei einem Prinzen. — In dem Vorverfahren waren die Angeklagten mit Ausnahme des Angeklagten Hög gefählig.

In seiner heutigen Vernehmung bekundete Hög, daß er mit dem Angeklagten Hög schon im Jahre 1908 in der Strafanstalt Plögensee bekannt geworden sei und sich mit ihm durch Kaffee und Klappsignale dort verständigt habe. Hög habe sich ihm gegenüber immer als sehr reicher Mann ausgegeben und habe ihn immer mit einem gewissen väterlichen Wohlwollen behandelt. Hög sei ein Jahr früher entlassen worden, habe ihm aber wiederholt nach dem Gefängnis geschrieben und ihn später auch abgeholt. — Der Angeklagte schildert dann mit großer Bewußtlosigkeit die einzelnen Phasen vor der Tat und belastet dabei den Angeklagten Hög ungemein schwer. Hög soll u. a. ihn und die übrigen aufgefordert haben, einen Raubüberfall auf das Schloß seiner (des Hög) Tante in der Nähe von Jülich zu unternehmen. Außerdem sollten Erpressungsversuche gegen den Kommerzienrat G. in Friedenau und die Sängerin Lola Weich in Grunewald unternommen werden. Die Verhandlung wird einige Tage in Anspruch nehmen.

Die sogenannten „Spühbuben im Richtertal“

deren Streich seinerzeit allgemeine Heiterkeit ausgelöst hat, standen gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin. Die Anklage lautet auf Einbruchsdiebstahl, Urkundenfälschung, Betrug, Hehlerei und Anmaßung eines Amtes. Angeklagt sind: 1. Kellner Arthur Lüdke, 2. Koch Johann Meyer, 3. Radfahrer Wilhelm Warnide, 4. Arbeiter Heinrich Homburg, 5. Koch Ernst Neumann, 6. Kaufmann Erhard Martin.

Geschädigt ist der Justizfiskus, außerdem mehrere Richter, Justizbeamte und Privatpersonen. Der Tatbestand dürfte noch im allgemeinen bekannt sein. Am 25. Oktober, nachmittags gegen 4 Uhr, sahen die im Erdgeschoß des Landgerichtsgebäudes in der Brunerstraße beschäftigten Reinemachefrauen zwei Richter in Amststraße den Korridor entlang gehen und in einer Gerichtsschreiberei verschwinden. Sie ahnten nicht, daß diese vermeintlichen Amststraße Richter, nämlich die Angeklagten Lüdke und Meyer waren. Sie hatten sich in ein untergeschlossenes Beratungszimmer eingeschlichen, die dort hängenden roten zweiten Richter angezogen und waren dann in das Zimmer der Gerichtsschreiberei gedrungen. Dort eigneten sie sich aus einem von ihnen erbrochenen Schrank Gerichtskostenformulare an, Lüdke schrieb sich aus unbestimmten Akten die Aktenzeichen ab und unterstempelte die entwendeten Formulare mit einem Gerichtsstempel. Ferner hüllte sich Lüdke eine Ausweisakte auf den Namen „Gerichtsvollzieher Heilbronn“ aus. Unter Benutzung der gestohlenen Formulare haben die beiden Schwindler von einer größeren Anzahl von Personen, die in Prozesse verwickelt waren, größere Beträge eingezogen. In einem Falle schreckten sie sogar nicht davor zurück, die betreffende Person durch Drohung mit einer Pfändung zur Zahlung zu nötigen. Nach Verbrauch der gestohlenen Formulare begab sich Lüdke in Begleitung des Angeklagten Warnide nochmals in das Gerichtsgebäude und wiederholte daselbst sein Kunststück. Die Sache gefiel ihm so gut, daß er eines Tages nach Leipzig fuhr und dort in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Homburg in ganz gleicher Weise gerichtliche Formulare stahl und dann die gefälschten Kostenrechnungen einlegte. Zur Anklage stehen dann noch einige Warenhausdiebstähle, aus denen der wegen Hehlerei angeklagte Martin einige Gegenstände erworben hat.

Wie die Vernehmung zur Person ergibt, hat Lüdke eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich, obwohl er erst 22 Jahre alt ist. Er ist schon mehrfach verurteilt. Im Jahre 1907 war er als Kanalarbeiter bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte beschäftigt und erlangte dort Kenntnis von den räumlichen Verhältnissen und dem Geschäftsgange. Er hat in dieser Stellung seinerzeit in sehr verhängener Weise Kostenrechnungen gefälscht und die Beträge in der Tasche eines Gerichtsvollziehers eingezogen. Er ist wegen dieser Tat zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach Verbüßung der Strafe kam er noch mehrmals ins Gefängnis. Es gelang ihm noch mehrere Male vorübergehend Stellung zu erlangen, eine Zeitlang erntete er sich als Kellner, dann wieder verkaufte er Zeitungen auf der Straße, gab diese Beschäftigung aber wieder auf, weil er sich genierte, Zeitungen laut auszusuchen, schließlich war er ganz mittel- und wohnungslos, trieb sich in Koffern herum, nächtigte in Haussturen und wußte, wie er sagt, nicht mehr auf noch ein. In dieser Stimmung traf er in der Passage den Angeklagten Meyer, der auch mittellos war und den er überredete, mit ihm den Coup im Gerichtsgebäude auszuführen. Er ist in vollem Umfang gefählig. Nach der Darstellung die Lüdke auf Befragen des Präsidenten gibt, hat sich die Sache wie oben mitgeteilt abgepielt. Er habe gewußt, daß gegen 4 Uhr im Gerichtsgebäude außer den Schauerfrauen niemand mehr anwesend ist, und darauf habe er seinen Plan gebaut. Er wußte, daß die Schauerfrauen während ihrer Arbeit die Zimmer nicht verschlossen hielten und ging daher mit Meyer unbehindert in ein Gerichtszimmer. Meyer zog sich eine Robe eines Gerichtsschreibers, die dort hing, an, er selbst nahm eine Richterrobe über den Arm und dann schritten beide gravitätisch in das Gerichtsschreiberzimmer Nr. 9. Zwei Schauerfrauen, die sie sahen, glaubten, daß die „Herren Richter“ noch etwas zu tun hätten und schöpften keinerlei Verdacht. Die Ganner hatten in dem Zimmer wirklich sehr dringend „zu tun“. Lüdke schloß dort angeblich mit dem dort hängenden Schlüssel einen Schrank auf und entnahm demselben eine Anzahl Gerichtsformulare. Aus dem Pult des Gerichtsschreibers nahm er einen Stempelkasten heraus und unterstempelte die Formulare. Dann entnahm er dem Schranke schon ausgefüllte Formulare, übertrug den Inhalt derselben in Abschrift auf seine leeren Formulare, setzte die ordnungsbewahrenden Aktenzeichen usw. hinzu, wobei ihm Meyer geholfen haben soll. Nachdem die ausgefüllten echten Formulare wieder an Ort und Stelle gelegt worden waren, waren die „Amstgeschäfte“ erledigt. Die Angeklagten gingen die Roben wieder an, nahmen aus dem Richterzimmer noch 5 Gefäßbücher, mehrere Schlitze und eine Bürste mit und verließen unbehindert das Gerichtsgebäude. Aus den Gefäßbüchern robierten sie die Stempel heraus und verlauferten die Bücher für 13 Mark an eine Buchhandlung in der Nähe der Weidenbammer Brücke. Von dem Gelde erhielt Meyer 5 Mark ab. Mit den gefälschten Kostenrechnungen begab sich dann Lüdke nach und nach zu den betreffenden Personen, stellte sich als Gerichtsvollzieher vor, legitimierte sich mit der von ihm ausgefertigten Erkennungsakte und leistete, während ihm das Geld ausgezahlt wurde, die Quittung.

Es liegen der Anklage 20 solcher Fälle zugrunde, wobei zumeist Meyer den Lüdke begleitete und während dieser die Kosten einzog, vor der Tür der „Zahlungspflichtigen“ warzte. Die Erörterung dieser Fälle bietet kein allgemeines Interesse. — Ueber den Ausgang werden wir berichten.

Die Affäre im Bund für Mutterstuh hat eine Privatklage der Frau Schreiber-Krieger gegen den Rechtsanwalt Springer veranlaßt, die heute zur Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg unter Vorsitz des Assessor v. Langwerth anstand. Es handelt sich um Vorwürfe, die sich am 10. Januar in einer Vorbestrafung der Ortsgruppe Berlin des Bundes für Mutterstuh abgepielt haben und die auch zu einer Klage des Fr. Dr. Stöder gegen Frau Schreiber geführt haben. Diese Privatklage droht noch. In der Vorbestrafung vom 10. Januar wurden, wie bekannt, Beschwerden gegen die Geschäftsführung des Fr. Dr. Stöder, insbesondere von Dr. Wed. vorgebracht, die zu lebhafteren Erörterungen Veranlassung gaben. Bei diesen Erörterungen soll der Angeklagte Äußerungen über die Klägerin gemacht haben, durch die sich die letztere in ihrer weiblichen Ehre verletzt fühlt. Die Verhandlung verlief, nachdem Vergleichsversuche gescheitert waren, der Vertagung, da ein neuer Schriftsatz seitens der Angeklagten eingegangen war, auf den sich die Gegenpartei weiter vorbereiten will. Der Angeklagte verpflichtet sich, die in seinem neuen Schriftsatz aufgestellten Behauptungen über die Klägerin näher zu substantiieren. Es soll baldmöglichst ein neuer Termin anberaumt werden.

Partei-Angelegenheiten.

6. Landtagswahlkreis.

Heute Freitag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppenstr. 20: öffentliche Wählerversammlung. Referenten: Landtagsabgeordneter Dr. Karl Liebknecht und Adolf Hoffmann.

Wahlverein Friedenau. Heute Freitag abend: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale. Keiner darf fehlen.

Der Vorstand.

Pankow. Die Genossinnen und Genossen werden um volle Beteiligung an den heute, Freitag, von 8 1/2 Uhr abends an, im Lokale von Wehner, Schlossstr. 2, zu erledigenden Wahlarbeiten ersucht. Ferner findet am kommenden Sonntag, den 13. März, von früh 8 Uhr an, von den Wahllokale aus eine Aushangverbreitung für die Wahlen statt, bei der die Mitglieder des Wahlvereins pünktlich und vollständig zur Stelle sein müssen.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 13. März, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung in Stubbersd. Da die Arbeit gewissenhaft erfolgen muß, ist eine zahlreiche und pünktliche Beteiligung der Parteigenossen dringend notwendig.

Tege. Der am Sonnabend, den 12. März, stattfindende Marcel Solzer-Abend beginnt bereits um 8 1/2 Uhr. Saalöffnung schon um 7 1/2 Uhr. Wir bitten um pünktliches Erscheinen, da während des Vortrages die Saaltüren geschlossen bleiben.

Buch (Bezirk Franz-Buchholz). Morgen Sonnabend, 8 1/2 Uhr, findet bei Starke der Jaglabend statt.

Berliner Nachrichten.

Blauflügel und Grüngold.

Der Berliner kannte bisher als „Hüter der Straße“ im allgemeinen nur den blauflügeligen Schuttmann. Am „roten Sonntag“ hat er in einer größeren Menge von Prototypen auch den grüngoldenen Landgendarm kennen gelernt. Das war eine Marke, die man sich für die Zukunft merken mußte. Wer mit dem Vande und mit dem ländlichen Polizeidienst Bekanntschaft gemacht hat, dem ist es bekannt, daß sich dort der Grüngoldene noch viel geringerer Sympathien rühmen darf als auf Großstadtplätzen der Blauflügel. Betrachtet man den Schuttmann, in dessen Berufsklasse sich auch eine Reihe recht vernünftige Leute finden, als ein notwendiges Uebel, so wird der Gendarm, unter dem Deckmantel äußerer Höflichkeit, von dem überwiegenden Teile der Landbevölkerung gefürchtet und gehaßt. Der einzelne Schuttmann hat in Berlin eine ziemlich geringe Bedeutung. Der Landgendarm aber, obwohl seiner Herkunft nach auch bloß ein Rekrutendriller, spielt sich ganz als Staatsautorität, als kleiner König in seinem Reiche auf und bucht sich nur vor des allmächtigen Landrats angemahnter Majestät. Was vom Berliner Schuttmann an Rechtsüberschreitungen so leicht nicht verborgen bleibt, dringt in gleicher Beziehung über den Gendarm viel seltener an die Öffentlichkeit. Wessen diese königlich preussische Staatshüter fähig sind, beweist ja neben anderen der unauslöschliche Name „Jude“. Auch am vorigen Sonntag ist es allgemein aufgefallen, daß die ganz unndigerweise zur Hilfe herangezogenen Gendarmen des Kreises Teltow sich bei Treptow in einer Weise betrogen, die sich von der weitberühmtesten Robeit russischer Kosaken mit der sogenannten „Ragaita“, der für Menschenhaut zugeschnittenen Nilpferdpeitsche, nur wenig unterschied. Sie wollten offenbar vor ihren Berliner Kollegen, die sie sonst stark über die Achsel ansehen, mit ganz besonderer Bravour glänzen. Jeder Gendarm, der mit gequältem Säbel auf wehrlose Greise einhieb, Frauen niederstieß und Kinder übertritt, ist bereits für eine Ordensdekoration vornotiert worden, für die königlich preussische Tapferkeitsmedaille am roten Vande.

Im Verkehr des Berliner Publikums mit der Schuttmannschaft hatten sich unter der Einwirkung der dem allzu schmeichelt und nachgebenen Herrn von Jagow vorausgegangenem Polizeipräsidenten, namentlich unter dem ruhigen Herrn von Vorries, der ja dann auch wegen seiner der Reaktion nicht angenehmen kaltblütigen Zurückhaltung sich vorzeitig krank melden mußte, gegen frühere Zeiten etwas bessere Verhältnisse herausgebildet. Die Schuttmann, an und für sich gern im Kafertenhofjargon schweelend, waren einermähren zur Höflichkeit erzogen worden, eine Liebesmüh, deren zwingende Wirkung freilich nicht lange vorgehalten hat. Heute ist der Berliner Schuttmann wieder völlig oben auf und ganz Geist vom Geiste des Herrn v. Jagow. Wir fühlen uns frei von jedem „Blauflügel“ und sehen absolut keinen Grund, auf die Gesamtheit der Berliner Schuttmannschaft einen Stein zu werfen. Wenn diese selbst aus den untersten Volkshänden hervorgegangenen Leute sich dazu hergeben, gegen ihresgleichen mit der blanken Waffe zu wüten, Preuße gegen Preuße, so ist das ihre Sache. In das Mitleidstüten auf den „armen Schuttmann“, der gezwungen worden ist, auf seinesgleichen loszuschlagen, können wir aber nicht mit einstimmen. Die einwandfreiesten Verträge gleichen sich darin aufs Haar, daß zahlreiche einzelne Schuttmannstrüppchen von 3 bis 8 Mann, die ohne Führer waren, sich gegen anständiges, wehrloses Publikum wie die Wilden benommen haben. Nicht vereinzelte Fälle waren das, sondern an außerordentlich vielen Stellen wurde die gleiche Wahrnehmung gemacht. Wenn ein blutjunger Polizeioffizier, der aus dem Leben weiter nichts kennt als Kasernenhof und Polizeiwache, seine Leute zum Dreinschlagen unbedeutend kommandiert, so müssen die Untergebenen folgen. Da wächst sie, mag auch der oder jener widerwillig folgen, kein Regen ab. Daß aber Hunderte von Schuttmann aus sich selbst heraus überflüssige Gewaltakte begehen und in fiebernder Erregung in Menschenfleisch herumstocherten — damit legt die Berliner Schuttmannschaft keine Mannesehre ein. Das gleiche Vorgehen gegen Frauen ist sogar eine erbärmliche Freigabe. Ein solches Verhalten, dem Gut und Leben des Großstädtlers kein Pappenstiel wert ist, zeigt nur zu deutlich, daß die Gendarmen des großen Polizeirumpfes nicht minder unfähig sind wie der Kopf.

Man hat in den letzten Monaten gerade aus dem Polizeilager heraus ganz besonders viele bewegliche Klagen gehört, daß das Berliner Publikum den Schuttmann in seiner öffentlichen Amtstätigkeit nicht genügend unterstütze. Durch die Vorgänge am letzten Sonntag hat sich die Polizei auch um den

letzten Rest von Anspruch auf Beihilfe aus dem Publikum gebracht. Wenn derselbe Schuttmann, dem man heute aus der Patzche hilft, vielleicht schon morgen einem ruhigen Spaziergänger den Schädel spaltet, so muß man ihn besser seinem Schicksal überlassen. Das ist bitter, aber gerecht und fällt auf die unfähige Polizeileitung zurück. Trotz alledem sind wir dem Herrn v. Jagow für seinen am Sonntag bewiesenen Heldenmut von neuem dankbar. Seinen vorzeitigen „Heimgang“ würden wir aufrichtig bedauern. Nicht jede Stütze des Staates eignet sich so vorzüglich für die — sozialdemokratische Agitation.

Pläne der städtischen Parkverwaltung.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Parkverwaltung fand die Einführung des neugewählten städtischen Gartendirektors Broderjens statt, welcher hierbei Gelegenheit hatte, in einer Anzahl von schwebenden Sachen die von ihm bereits gefertigten Pläne vorzulegen. In erster Linie handelte es sich um die Ausgestaltung der Innenanlage des Botanischen Gartens. Bei diesem Projekt war besondere Rücksicht auf die neuerdings beschlossene Verziehung der Königs-Kolonnaden zu nehmen. Es besteht die Absicht, die Kolonnaden mittels einer nach dem Vork zu gelegenen niedrigen Balustrade oder eines anderen Abzuges zu einer geschlossenen Wirkung zu bringen. Dahinter ist dann in einer der architektonischen Umgebung des Parks, insbesondere dem Bau des Kammergerichts angelehnt, eine Aufstellung angenommen, die gute Verbindungen und die Anlage einer Anzahl kleinerer Spielplätze vorsieht, die durch Baumpflanzungen den Park möglichst abkühlen, auch die Spielenden von den sonstigen Parkbesuchern isolieren. Daß bei der Projektierung der Anlagen auf den Gesamtbestand möglichst Rücksicht genommen wird, ist selbstverständlich. Auf das Projekt wird noch näher zurückgekommen werden, nachdem der Magistrat dasselbe genehmigt hat.

Auch für die Aufstellung des sogenannten Aufmarschgeländes, welches die Stadt zu kaufen beabsichtigt (über die Kosten ist bereits mit dem Kriegsministerium ein Einverständnis erzielt), wurde ein Plan des neuen Gartendirektors beraten und angenommen. Es soll durch Benutzung der nördlichen Hälfte des Geländes zu Parkzwecken eine möglichst einheitliche Gestaltung des vergrößerten Viktoriaparks erzielt und in der südlichen Hälfte ein ziemlich umfangreiches, vornehmes und ruhiges Wohnviertel geschaffen werden.

Der im Nordosten von Berlin außerhalb der Ringbahn an der verlängerten Pappelallee gelegene Humann-Platz, dessen Umgebung zurzeit noch völlig unbebaut ist, soll nach dem vorgelegten Entwurf des Gartendirektors möglichst bald angelegt werden, um die Anziehung in der Umgegend dort zu befördern. Das durchgängig etwa 1 Meter über Straßenhöhe gelegene Gelände wird nach diesem Plan in würdevoller Weise zu einer Anlage benutzt, deren Mitte für Spielplatzwecke reserviert wird, während in einer ziemlich dichten Randpflanzung für Promenadenwege und schattige Sitzplätze gesorgt ist. Endlich wurde die Umgestaltung des Arnswalder Platzes, eines bekannten Schmerzenskindes der Parkverwaltung, nach dem Entwurf des neuen Gartendirektors beschlossen. Der Plan kommt darauf hinaus, daß im Interesse der überaus großen Zahl der dort spielenden Kinder eine Freibehaltung der im Hintergrund stehenden monumentalen Bank erzielt wird und unter Beseitigung einer Anzahl dürftiger Bäume für die zu den Seiten gelegenen Rasenflächen hinreichend Luft und Licht geschaffen wird. Dem Zuge der Zeit und dem Wunsch der Anlieger folgend, soll auch dieser Platz mit Blumensträußen versehen werden.

Druckfehlerberichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Verhandlungen im städtischen Stadtsaale unter der Überschrift: „Armenwesen, Waisenpflege, Fürsorgeerziehung“ heißt es an einer Stelle, daß der Standpunkt des Vertreters der Armenverwaltung allgemein geteilt wurde, daß die weiblichen Bedürftigen angemessen zu unterstützen seien. Es muß heißen: die wirklich Bedürftigen. . . .

Eine wahnsinnige Rigeunerin hat durch einen alten Kniff ein Duzend armer Dienstmädchen hineingelegt. Es ist eine etwa 30 Jahre alte Frau, die sich Auguste Dose nennt, angeblich Seifenhändlerin ist und Steinstr. 4 wohnt. Sie benutzt die Hintertreppen zu herrschaftlichen Wohnungen und bietet zum Schein Seife zum Kaufen an. Nebenbei teilt sie dann mit, daß sie aus Arien und aus den Linien der Hand wahnsinnig könne. Die leichtgläubigen Dienstmädchen, die gerne einen Blick in die Zukunft tun wollen, lassen sich durch diesen Kniff fangen. Die Rigeunerin forbert nun ein Zwanzigmarkstück, das das Mädchen zunächst in die Hand nehmen muß. Nachdem sie dann drei Kreuze mit der rechten Hand geschlagen hat, erklärt sie, das Zwanzigmarkstück auf eine Viertelstunde behalten zu müssen, um damit über drei Kreuzwege zu gehen. Davon hänge das Glück mit dem eigenen Brautgam und dem Lotteriegewinn ab. Natürlich kommt die Betrügerin nicht wieder und ihre Wohnung erweitert sich als nicht vorhanden. Ein Dienstmädchen Agnes H. erstattete Anzeige und es wurden bisher über ein Duzend Leidensgefährten von der Kriminalpolizei ermittelt. Nur die Betrügerin konnte noch nicht aufgefunden werden.

Eine Liebesdröge hat sich in einem der ersten Hotels abgespielt. Ein angeblühter Rudolf Lessing mit Frau, die am 8. d. M. um 4 Uhr nachmittags in einem Hamburger Zuge eingetroffen waren, hatten sich ein gemeinschaftliches Zimmer gemietet. Gestern abend fiel den Angestellten des Hotels auf, daß sich das im dritten Stock wohnende Paar noch nicht gemeldet hatte. Da man kein Lebenszeichen vernahmen konnte, wurde die Tür geöffnet und man fand beide Personen tot in den Betten. Ein Brief, aus dem man erlah, daß der angeblühte Rudolf Lessing sowohl als auch die junge Dame aus Hamburg stammen, ferner ein Brief an Dr. med. W. in Hamburg und ein solcher an einen Professor in der Rulmbacher Straße in Berlin wurden auf dem Tisch gefunden. Das junge Mädchen hatte einen Schuß in die Brust erhalten, der das Herz traf und den sofortigen Tod herbeiführte haben muß, während der Mann eine Schußwunde in den Kopf aufwies.

Doppelselbstmord. In der Tegeler Straße 89 — im Norden Berlins — wurden gestern nachmittags gegen 4 Uhr die 53jährige Witwe Schaeve mit ihrem 53jährigen Sohn in der Wohnung vergiftet aufgefunden. Bei beiden Personen war der Tod durch Gastergiftung schon eingetreten. Die Leichen wurden von der Polizei beschlagnahmt. Die beiden Lebensmüden hatten auf dem Korridor von dem Hauptgasrohr einen Pfropfen herausgeschlagen, so daß das Gas ungehindert in die Wohnung ausströmen konnte. Aus welchem Grunde Mutter und Sohn in den Tod gegangen sind, ist noch nicht aufgeklärt.

Kurzschluß am Schalter der elektrischen Zentrale in der Rathausstraße trat in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr ein und verursachte erhebliche Störungen. Alle Leitungen, die von dieser Zentrale gespeist werden, wurden mit einem Schlag stromlos. Sowohl in der Umgebung des Alexanderplatzes als auch in der Leipziger Straße vom Spittelmarkt bis zum Potsdamer Platz und in den anliegenden Straßenzügen blieben sämtliche Straßenbahnwagen liegen. Die Störung war um so empfindlicher, als sie schon wenige Minuten nach Mitternacht eintrat. Auch das Licht funktionierte in dem Bereich der Zentrale nicht. Nach der nach einer Stunde erfolgten Beseitigung der Störung konnte die Zentrale wieder den Strom für Licht und Bahn abgeben. Die Feuerwehre, die erschienen war, hatte keinen Anlaß, einzugreifen, da es sich nicht um einen Brand handelte.

Ein schwerer Unglücksfall im Betriebe der Straßenbahn ereignete sich gestern vormittag in der Gogolowstraße. Dort fuhr der Motor-

waggon Nr. 239 der Linie 9 auf einen vor ihm haltenden Schlepperzug der Straßenbahn zu heftig auf, daß der den Anhängewagen des letzteren bedienende Schaffner Knopf gegen die Wagenbank geschnitten wurde und einen Bruch mehrerer Rippen erlitt. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Moabit geschafft, wo ihm die erste ärztliche Hilfe zu teil wurde, und von dort auf seinen Wunsch nach seiner Wohnung übergeführt.

Selbstmord auf dem Friedhofe. Auf dem Begräbnisplatz der jüdischen Gemeinde in Weizensee wurde gestern abend in der zehnten Stunde ein etwa 35jähriger Mann in betäubtem Zustand aufgefunden, der sich aus einem neben ihm liegenden Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte. Der Schwerverletzte wurde nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus geschafft, wo er kurz nach seiner Einlieferung verstarb. Bei dem Toten wurden Papiere vorgefunden, die auf den Namen des Kürschners Hammer aus der Köpenicker Str. 170 in Berlin lauten.

Beugen gesucht. Personen, welche gesehen haben, wie am Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr in der Treptower Straße, Ecke der Riefholzstraße, ein dem Arbeiterstande angehörender Mann in schwarzem Ueberzieher und schwarzem, steifem Hut von einem berittenen Wachmeister an der Schulter festgehalten, von diesem einem Polizeileutnant übergeben und dann von zwei Schuttmann nach der Wache transportiert wurde, werden gebeten, ihre Adressen einzusenden an Rudolf Jahn, Rixdorf, Wipperfstr. 11, II.

Wieder eine Kindesleiche. Unter dem Stadtbahnbogen in der Holzmarktstr. 44 wurde gestern in einer Ecke ein unheimlicher Fund gemacht. Ein mit weichem Fedpapier umwickeltes Palet enthielt die Leiche eines weiblichen Kindes, die in alte weiße Lappen gewickelt war. Ueber die Mutter ist noch nichts bekannt.

Straßensperrung. Der an der Einmündung der Putzstraße gelegene Teil der Dönhofsstraße ist behufs Umpflasterung vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Rechtswidrige Wahlkoffierung des Tegeler Gemeindevorsteher. Wie wir in unserer vorgestrigen Nummer mitteilten, wurden bei der Gemeindevorwahlenwahl am Montag unsere Genossen Arndt-see und Radunz mit 1034 resp. 990 gegen 888 resp. 883 gegnerische Stimmen gewählt. Die Wahl des Genossen Radunz wird, wie aus einer vom Gemeindevorsteher Weigert veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, als gültig betrachtet, während die Wahl des Genossen Arndtsee von dem Wahlvorstand für ungültig angesehen wird, weil derselbe nach dem Urteil des Kreis-Ausschusses vom 8. Dezember 1909 kein Angefessener im Sinne der Landgemeindevahlordnung sei. Herr Weigert hat daher eine engere Wahl zwischen den bürgerlichen Kandidaten Stationsvorsteher Wistula und lönlgl. Förster Kundström für Sonnabend, den 19. März, angeordnet.

Die von Herrn Weigert erklärte Ungültigkeit widerspricht den klaren Bestimmungen der Landgemeindevahlordnung. Nicht der Gemeindevorsteher, sondern die Gemeindevorstellung hat über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden.

Im übrigen stützt sich die in der amtlichen Bekanntmachung des Gemeindevorsteher aufgestellte Behauptung, Genosse Arndtsee sei kein Angefessener im Sinne der Landgemeindevahlordnung, nur auf das Urteil des Kreis-Ausschusses; falsch aber ist die Behauptung, das Urteil des Kreis-Ausschusses bestehe „noch zu Recht“. Das Streitverfahren schwebt gegenwärtig noch vor der Berufungsinstanz, weshalb von einem „zu-Recht-Bestehen“ des Urteils keine Rede sein kann. Ueber diese einfache Rechtslage müßte sich eigentlich ein Gemeindevorsteher klar sein. Doch nachdem bereits vor der Wahlhandlung der Gemeindevorsteher gegen die klare Bestimmung des § 60 der Landgemeindevahlordnung verstoßen, indem er erst zwei Weisiger von der Wahlversammlung wählen ließ, als dann aber eigenmächtig zwei ihm genehme Weisiger ernannte, nimmt die in der neuesten Anordnung des Gemeindevorsteher zum Ausdruck kommende Rechtswidrigkeit nicht mehr wunder. Unsere Genossen werden auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens Herrn Weigert zeigen, daß er sich auf dem Holzwege befindet.

Friedenau. Die Wahlen zur Gemeindevorstellung finden für die dritte Klasse am Mittwoch, den 16. März, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends im Restaurant Hohenzollern, Handwerkerstraße statt. Zu wählen ist ein Hausbesitzer und ein Nicht-angefessener. Die Kandidaten unserer Partei sind Gostwitz G u n, Wagnerplatz 1, und Handlungsgeselle Paul Richter. Es sei hier noch einmal auf die am Sonntagmittag 1 1/2 Uhr im „Reinischloß“, Rheinstr. 60, stattfindende öffentliche Versammlung, in welcher der Genosse F r i y z u b e i l über „Die Bedeutung der Gemeindevahlen“ spricht, hingewiesen.

Bris-Buckow. Heute Freitag, nachmittags von 3—4 Uhr, findet in Buckow im Gemeindevorstellungshaus die Gemeindevorwahlenwahl der dritten Klasse statt. Unserer Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Josef Hadamed, Vahnhoffstr. 12. — Es ist Pflicht aller Arbeiter, sich um 1/3 Uhr im Wahllokal einzufinden. Arbeitskollegen, Freunde und Genossen werden ersucht, in Buckow Wohnhafte auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Wenn jeder seine Pflicht tut, ist der Sieg unseres Kandidaten gesichert.

Rehendorf (Wannseebahn). Sämlicher als man gedacht, haben sich die bürgerlichen kommunalen Vereine nun, da die Wahl vor der Tür steht, geeinigt. Der monatelange Kampf um die Kandidaten ist begradet und Einigkeit herrscht in dem Streite, nur ja keinen Sozialdemokraten durchkommen zu lassen. So steht also die Arbeiterschaft auch diesmal wieder völlig für sich allein. Darum gilt es die schärfste Anspannung jedes einzelnen Genossen. Heute Freitag um 1/3 Uhr müssen alle Genossen und Genossinnen bei Wahlen sein, um beim Aushändigen zu helfen. Sonntag früh um 1/8 Uhr finden sich alle zur Flugblattverbreitung in ihren Bezirkslokale ein. Nur die Teilnahme aller Genossen und Genossinnen bei diesen notwendigen Vorarbeiten kann uns den Sieg bringen.

Marientorf. Die hiesigen Mitglieder der Demokratischen Vereinigung haben mit dem Bürgerverein gegen die Sozialdemokraten ein Kompromiß geschlossen. Es sind bereits zwei demokratische Kandidaten aufgestellt worden und diese machen nun mit Forderungen aus dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm Propaganda. Wir haben also auch hier das Schauspiel, daß sich die Demokraten mit irgendwelchen Spießhörnern zum Kampf gegen den Umsturz verbinden. Unsere Genossen werden, da am Montag bereits die Wahl stattfindet, die Agitation in verstärktem Maße betreiben.

Wilhelmsruh - Rosenthal - Nordend. Die Gemeindevahlen für Rosenthal-Wilhelmsruh-Nordend finden wie folgt statt: im 1. Bezirk Wilhelmruh wählt die dritte Klasse am 17. März nachmittags 1 bis 7 Uhr im Lokal von Deutschemann. Im 2. Bezirk Rosenthal-Nordend wählt die dritte Klasse am 19. März nachmittags von 2 bis 7 Uhr im Lokal von Witwe Schmidt. Die zweite Klasse wählt im 2. Bezirk Rosenthal-Nordend am 21. März nachmittags von 3 bis 6 Uhr im Lokal von Wittmann.

Herrmsdorf. Die Gemeindevertreterwahlen für die dritte Wählerklasse finden am Dienstag nachmittags von 8-9 Uhr statt. Parteigenossen! Der hiesige Bürgerverein arbeitet mit Hochdruck. Zu jeder seine Schuldigkeit bis zum Tage der Wahl, dann ist der Sieg unser.

Unsere Kandidaten für die dritte Klasse sind: Lagerhalter Wilhelm Behrens und Maschinenarbeiter Rudolf Prießmeier.

Wahlergebnisse.

Borghagen-Rummelsburg. Bei der am Mittwoch, den 9. März, stattgefundenen Gemeindevertreterwahl der zweiten Klasse ist das Resultat in beiden Wahlbezirken Stichwahl zwischen den Bürgervereins- und Grundbesitzervereinskandidaten.

Im ersten Bezirk (Ortsteil Borghagen) erhielt der Grundbesitzerkandidat Eigentümer Kobitzel 148 Stimmen (hierunter waren allein 90 Stimmen), der Bürgervereinskandidat Oberlehrer Kigge 121 und Genosse Müller 30 Stimmen. Im zweiten Bezirk (Ortsteil Rummelsburg), wo zwei Vertreter zu wählen waren, erhielten von den Grundbesitzerkandidaten Eigentümer Pohlmann 129 und Eigentümer Carlin 80 Stimmen (hierunter waren ebenfalls circa 70 Stimmen), der Bürgervereinskandidat und gemeinsame Kandidat des Gewerbes- und Bürgervereins, Klempnermeister Winter 103 Stimmen, auf unsere Genossen Tempel und John entfielen 22 Stimmen. Bei den früheren Wahlen in der zweiten Klasse waren unsere Genossen in beiden Wahlbezirken zusammen noch nicht über ein Dutzend Stimmen hinausgekommen. Das Resultat zeigte bei den Imperatoren der beiden Grundbesitzervereine recht verblüffte Gestalten — waren diese Herren bisher doch gewohnt gewesen, die Mandate nach ihrem Belieben unter sich im Grundbesitzervereinsvorstand zu verteilen. Da unsere Genossen in beiden Bezirken bei der Stichwahl den Ausschlag geben, so ist mit einer gewissen Sicherheit zu erwarten, daß die beiden Kandidaten der Grundbesitzervereine nicht gewählt werden und damit ihre bisherige unbeschränkte Macht in der Gemeindevertretung einen kleinen Stoß erleiden wird.

Schöneberg. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Johannes Mühl 21 Stimmen. Der Kandidat der Terrain- und Grundstückspekulanten brachte es auf 88 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Für den gemäßigten Kandidaten wurden nur 14 Stimmen persönlich abgegeben, die übrigen waren Freisensstimmen.

Ahlershof. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl erhielt in der dritten Abteilung der sozialdemokratische Kandidat 841 Stimmen, während 8 Stimmen gesplittet waren. Unser Kandidat, Genosse Horlich, ist somit gewählt. In der zweiten Abteilung erhielt der Kandidat des Grundbesitzervereins Luge 82, der konservative Kandidat 71 Stimmen. Hier ist Luge gewählt. Für die beiden konservativen Kandidaten der ersten Abteilung Franke und Bach wurden 3 Stimmen abgegeben.

Schmargendorf. Das genaue Resultat der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevahl ist folgendes: Die Genossen Weiger und Hildebrandt erhielten je 217 Stimmen, die Bürgerlichen Bäckermeister Friß und Regierungsekretär Häger je 147 Stimmen. Bei der Wahl vor zwei Jahren erhielt unser Genosse 188, der Bürgerliche 212 Stimmen. Der Sieg ist um so glänzender, als jeder Wähler, der unter 1054 M. Steuern zahlt, zur dritten Klasse gehört. Da jedoch einer der Gewählten Hausbesitzer sein muß, aber unsere beiden Genossen Nichtangehörige sind, muß eine Neuwahl vorgenommen werden. Das Los entschied, daß für den Genossen Hildebrandt ein Angehöriger gewählt werden muß.

Rixdorf.

Stadtverordnetenversammlung. Fortsetzung der Stadtberatung. Das Kapitel „Krankenpflege“ wurde debattiert und genehmigt, nachdem noch nachträglich für Vermehrung des Pflege- und Personalpersonals im neuen Krankenhaus um 5 Schwärmer und 2 Wärter 3000 M., für Durchführung der seinerzeit beschlossenen Lohn-erhöhungen der Handwerker und des Maschinen- und Anstaltspersonals 6000 M., für Stellvertretung erkrankten und beurlaubten Personals 1500 M. eingestellt worden waren. Eine Erhöhung erfordern auch der Wirtschaftsbetrieb um 6075 M. und der Titel Hausbedürfnisse um 40 000 M. Der Abschluß des Kapitels weist in Einnahme 800 500 M., in Ausgabe rund 583 000 M. auf, sodas ein Zuschuß von 217 500 M. notwendig ist.

Beim Kapitel „Öffentliche Wege, Straßen, Plätze, Brunnen und sonstige Anlagen“ plädierten die Stadtdi. Raab und Buchh (Soz.) für Verbreiterung der Berlinerstraße, damit der sich dort immer mehr steigende Verkehr bewältigt werden kann. Stadtdi. Baurat Wigand sagte dies zu, sobald die in diesem Straßenzug geplante Untergrundbahn in Angriff genommen wird. Unter allseitiger Zustimmung ersuchte Stadtd. Serna um Befreiung des Schulgartens auf dem Bartheplatz, damit letzterer angelegt und dem Publikum freigegeben werden kann. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß der Vorbehalt eine würdige Ausgestaltung erhalten soll. Für die Ausschmückung des Reiterplatzes sind 5000 M. eingestellt; das dazu entworfene Modell sieht, wie beim Dönhofsplatz, eine Umfriedigung durch das sogenannte Tiergartengitter nicht vor. Beim Titel Straßenreinigung und Bepflanzung wünschte Stadtd. Buchh (Soz.) eine größere Berücksichtigung der Hauptverkehrsstraßen, deren Anwohner dauernd über mangelnde Reinigung klagen; kürzlich seien ihm wieder derartige Beschwerden aus der Wilmannstraße zugegangen. Der Etat dieses Kapitels balanciert mit 846 500 M. und bedarf eines Zuschusses von 674 700 M.

Die Kapital- und Schuldenverwaltung wurde in Einnahme mit 1 350 900 M. und in Ausgabe mit 2 629 000 M. festgestellt, benötigt also einen Ausgleich aus dem Stadtkasse von 1 278 100 M.

Beim Haupt-Extraordinarium rügte Stadtd. Heller (Soz.) die unhaltbaren Zustände an der schon seit langem der Regulierung harrenden Schierkestraße und fordert vom Magistrat, daß hier Wandel geschaffen wird. Der Oberbürgermeister erklärte, daß die Hindernisse jetzt alle beseitigt sind und nunmehr mit der Anlage begonnen werden könne. Stadtd. Smeraluth wußte eine baldige Asphaltierung der Kaiser-Friedrichstraße. Für das Krankenhaus in Budow sind 547 000 M. eingestellt, darunter 80 000 M. für Ausbau des Hauses für Geschlechtskranke und Bau eines halben Isolierpavillons. Stadtd. Dr. Silberstein (Soz.) bezeichnete diese Erweiterungen als völlig ungenügend; denn das Krankenhaus sei sehr häufig gefüllt, so daß es oft unmöglich sei, Patienten dort unterzubringen. Diesem Notstand müsse so schnell als möglich durch den Bau eines oder zweier Pavillons abgeholfen werden. Bürgermeister Dr. Weinreich bestätigte den geringsten Mangel an Betten, deren Zahl (350) nicht ausreichend sein könne, da bei Städten von 200 000 Einwohnern eine Norm von 700 Betten gilt. Der Magistrat werde bestrebt sein, Abhilfe zu schaffen; im Frühjahr nächsten Jahres werde ein weiterer Pavillon erbaut werden. Der bei der Einweihung des Krankenhauses mit einem Orden dekorierte Stadtd. Rahmig quittierte über diese „Auszeichnung“ dadurch, daß er gegen den Erweiterungsbau zu bremsen versuchte, was ihm ein paar kräftige Zusatzeweisungen und die Beleuchtung seiner „Verdienste“ um das Krankenhaus von den Stadtd. Buchh (Soz.) und Dr. Silberstein (Soz.) eintrug, die feststellten, daß der „Dekorierter“ einer derjenigen war, welche sich am hartnäckigsten gegen unsere Genossen bei ihrem Kampfe um Schaffung des Krankenhauses stemmten. Zur Erbauung der Bade- und Schwimmhalle, die mit Gemeindefürsorge verbunden sein soll, sind als 4. und 5. Paragraf 150 000 M. eingestellt. Die Stadtd. Blasemann und Reppmeier (Soz.) drängten auf endliche Inangriffnahme des Baues. Letzterer rügte unter Betonung der Notwendigkeit einer Volkshochschule für Rixdorf die vom Magistrat beliebte Verschleppung der Sache, für welche schon vor Jahren die Pläne vorgelegt wurden. Oberbürgermeister Kaiser und Stadtdi. Baurat

Riel entschuldigten die Verzögerung mit den herborgetretenen Schwierigkeiten in der Wasserwerkverfertigung für die Schwimmhalle, die aber nunmehr durch die zugelegte unentgeltliche Lieferung von 200 000 Kubikmeter Wasser jährlich seitens der Charlottenburger Wasserwerke behoben seien. Die neuen Projekte sind fertiggestellt und werden demnächst der Versammlung zur Genehmigung unterbreitet. — Für den Bau einer neuen Feuerwache mit Straßeneinigungsanstalt in der Emserstraße sind als 1. Paragraf 200 000 M., zur Beschaffung einer Automobilgaspritze 25 000 M. ausgeworfen. Zur Errichtung weiterer Bedürfnisanstalten sind 89 500 M. vorgesehen. Die vom Magistrat auslaufenden Mittel beabsichtigte Beschaffung des bereits im vorigen Jahre abgelehnten Krankenautomobils, das schon so oft Gegenstand lebhafter Kämpfe war, hat der Rechnungsausschuß abgelehnt, um die Kosten von 17 000 M. dem Krankenhausfonds aufzubürden. Nach nochmaligem Angriff der Befürworter dieser grundverehrten Finanzpolitik wurde mit 29 gegen 28 Stimmen dem Magistratsvorschlag zugestimmt. — Das Haupt-Extraordinarium balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 8 574 814,62 M.

Charlottenburg.

In der am 9. März stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung bildete den Hauptgegenstand der Tagesordnung der erste Teil der Stadtberatung.

Ehe jedoch in die Stadtberatung eingetreten wurde, kamen eine Reihe kleinerer Vorlagen zur Erledigung, von denen wir die wichtigeren Beschlüsse wiedergeben. So wurden für den Garantiefonds der in diesem Jahre in Berlin stattfindenden Städtebauausstellung 3752,25 M. zu zahlen beschloffen. — Gegen die Gewährung von 800 M. für die Stiftung eines Ehrenpreises für eine Ausstellung des deutschen Fleischer-gewerbes sprach unser Genosse Gebert. — Einem sehr dringenden Bedürfnis der Anwohner jenseits der Spree trägt eine Vorlage betr. den Bau einer Gemeindepflichtschule an der Wiebestraße Rechnung. In jenem Stadtteil sind die Schulverhältnisse noch recht ungenügende und in wiederholten Zusammenkünften der Anwohner von Martinikensfelde wurde, mit Rücksicht auf die außerordentliche Schnelligkeit des Anwachsens der Bevölkerung in jener Gegend, die Errichtung von Schulen gefordert. Nach dem einstweiligen Kostenschlag soll der Bau dieser Doppelschule rund eine Million Mark betragen. Von unserer Seite gab Genosse Will den berechtigten Wünschen der Anwohner von Martinikensfelde aufs nachdrücklichste berebten Ausdruck. Unser Redner wandte sich gegen die Ueberweisung dieser Vorlage an einen Ausschuß, durch dessen Beratungen die Ausführung dieses so überaus notwendigen Bauprojektes nur unnötig verzögert würde. Auch empfahl Genosse Will die schleunigste Errichtung von Schulbaracken in jenem Stadtteil. Trotz der Anerkennung der Notlage der Bevölkerung jenseits der Spree in bezug auf die gegenwärtigen Schulverhältnisse beschloß die Versammlung Ausschussberatung. — In einer Debatte über das moderne Kunstgewerbe führte sodann die 287 100 M. Kosten verursachende Vorlage betreffend die elektrische Beleuchtung der Bismardstraße, des Kaiserdamms und des Reichschanzlerplatzes. Es handelte sich bei dieser Auseinandersetzung um die Form der neuen Eisenlichtträger. Die bisher zur Miete gehaltenen Holzlichtmasten kosteten die Stadt rund 11 000 M., wofür die Stadt nicht einmal die Masten behalten darf. Von unseren Genossen sprachen zu dieser Sache Vogel, Will und Jietich. Die Vorlage wurde angenommen. — Der Anschlag der an der Meerstraße erstehenden Villenkolonie an das Netz der Elektrizität, Gas- und Kanalisationsleitung wurde beschloffen.

Bei der Beratung des Etats wurden die Etats der Kanalisation, der Lebestraßen und des Städteplatzes, des Lagerplatzes der Tiefbauverwaltung, der Stiftungen und Vermächtnisse, der Verbreiterung der Bismardstraße und des Grundstücksverwechsfonds ohne Diskussionen angenommen.

Der Krankenanstaltsetat gab unserem Genossen Will Gelegenheit, auf die sonderbare Einrichtung im Krankenhaus Westend hinzuweisen, nach welcher die Vertrauenspersonen des Krankenhauspersonals nicht von diesem gewählt, sondern von dem Leiter des Krankenhauses, Professor Vesselhagen, kurzerhand ernannt wurden. Der Bürgermeister trat dieser Beschwerde mit dem Hinweis darauf entgegen, daß er hervorhob, daß diese Angelegenheit noch die vorgelegten Instanzen beschäftigen werde. — Von dem Staatsauschuß lag ein Antrag vor, nach welchem der Schleim in Angriff zu nehmende Bau eines Pavillons für Patienten erster und zweiter Klasse gefordert wurde. Genosse Vogel wendete sich gegen diese Forderung, dabei unter anderem darauf hinweisend, daß der Raum für diesen Pavillon, in welchem höchstens 40 Betten untergebracht werden sollen, für eine entsprechende Erweiterung der Abteilung der dritten Klasse viel notwendiger sei; denn im allgemeinen genügt der jetzt vorhandene Bettenbestand des Krankenhauses Westend den Ansprüchen kaum. Trotzdem nahm die Mehrheit der Versammlung den Antrag des Staatsauschusses an.

In einer sehr lebhaften mehrstündigen Debatte kam es sodann beim Etat über das Armenwesen, das in Ausgabe mit 1 803 120 M. abschließt. Der Magistrat hatte in demselben als neue Ausgabe 3000 M. eingelegt, für welche zwei besoldete Waisenspfliegerinnen angestellt werden sollten, deren Obliegenheiten in der Beaufsichtigung aller Kostpfliegerinnen und Haltepflegerinnen sowie der Mängel der Generalvormundschaft unter zwei Jahren zu bestehen hätten. Mit dieser Anstellung war die Mehrheit der ehrenamtlichen Waisenspfliegerinnen nicht einverstanden und in ganz unbegründeter ercheinender Empfindlichkeit fühlten sich die unbesoldeten Pflegerinnen durch die eventuell kommenden besoldeten Aufsichtspersonen zurückgesetzt und in ihrem Wirken behindert. Mit einer durch die Bedeutung dieser Sache in keiner Weise begründeten Begeisterung und Heftigkeit zogen einige liberale Stadtdiater gegen den Magistratsantrag zu Felde. Es blieb unserem Genossen Jietich überlassen, die Wogen der Erregtheit, welche die Diskussion hervorgerufen, durch einige satirische Bemerkungen zu glätten. Ferner forderte unser Genosse im Interesse einer noch wirksameren Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit die schleunige Anstellung von besoldeten Waisenspfliegerinnen. Gegenüber dem hohen ersten Zweck, dem tiefen Ernst und dem dringenden Notwendigkeit, dieses Stück sozialen Glanz einzubauen, hätten alle unangelegten Empfindlichkeiten zurückzutreten. Und bei aller Anerkennung der Tätigkeit der ehrenamtlichen Waisenspfliegerinnen und Kinderfürsorge müsse die Anstellung besoldeter Pflegerinnen dringend gefordert werden. — Schließlich wurde, nachdem die Debatte durch einen Schlussantrag abgedrungen worden war, die geforderte Mehrsumme von 3000 M. gestrichen und eine Resolution des Staatsauschusses angenommen, nach welcher der Magistrat die Frage nochmals prüfen, die ehrenamtlichen Waisenspfliegerinnen darüber hören und später der Stadtverordnetenversammlung eine besondere Vorlage über diesen Gegenstand unterbreiten soll.

Der Rest der Tagesordnung — einige Etatitel wurden vertragen — bestand in Gegenständen für die geheime Beratung, die erst um 1/10 Uhr beendet wurde.

Schöneberg.

Die Ferien für die hiesigen Gemeindefürsorge sind nunmehr festgesetzt. Die Osterferien beginnen für das Schuljahr 1910/11 am 23. März und endigen am 4. April; die Pfingstferien dauern vom 13. bis 20. Mai, die Sommerferien vom 6. Juli bis 12. August, die Michaelisferien vom 28. September bis 6. Oktober und die Weihnachtferien vom 22. Dezember bis 3. Januar 1911.

Friedenan.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Beratung des Voranschlags für das Jahr 1910. Ein Antrag, welcher die Erhöhung der Grundsteuer von 20 auf 30 M. verlangt, wurde mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Außerdem wurde beschloffen, alle Deonien für Gehaltsnachzahlungen aus dem Jahre 1908 zur Einkommensteuer heranzuziehen. Der Entwurf zum Bau einer neuen höheren Mädchenschule wurde vom Gemeindevorstand Herrn Altmann vorgelegt und erläutert. Diefelbe

soll mit der Hauptfront nach der Gohlerstraße liegen und 20 Klassen enthalten. Als Aula großer Saal ist ein gedeckter Lichtloft im Entwurf vorgesehen. Veranschlagt ist das ganze Projekt mit 815 000 M., es soll bis zum 1. April 1911 fertiggestellt sein. Der Direktor der höheren Mädchenschule erläuterte in Kürze den weiteren Ausbau der Anstalt. Die Versammlung gab dem Gesamtprojekt ihre Zustimmung.

Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung befand sich u. a. auch die Vorlage betr. die Ausführung der Bauten auf dem neuen Zentralfriedhof der Gemeinde. Die Kosten für die Errichtung der Kapelle, Leichenhalle, des Verwalter-Wohnhauses und der Einfassungsmauer mit insgesamt 170 000 M. wurden bewilligt. — Der Vertrag mit der Schulbuchverlagsges. Zante, wonach sie von der Gemeinde jährlich 3000 M. Zuschuß für die höhere Mädchenschule erhält, wird bis 1913 verlängert. Das Schulgeld erfährt eine Erhöhung von 130 auf 130 Mark für die niederen, und von 110 auf 130 M. für die höheren Klassen, ohne Unterschied, ob hiesige oder auswärtige Schüler. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die erste Lesung des Gemeindecats für 1910. Daß eine so wichtige und tief einschneidende Vorlage, wie die Festsetzung des Haushaltsplanes, für eine Gemeinde von über 40 000 Einwohnern mit ihren finanziellen Konsequenzen, ihren wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten und Forderungen — die sozialen bleiben bei uns bekanntlich ganz außer Betracht — an die letzte Stelle der Tagesordnung gerückt wurde, damit schien man schon gewissermaßen andeuten zu wollen, wie wenig scham es sei, sich längere Zeit in der Öffentlichkeit mit ihr zu befassen. Und in der Tat: Wer unsere kommunalen Verhältnisse kennt und daraufhin den Gemeindecats nur einer flüchtigen Durchsicht unterzogen hat, der muß zu dem Ergebnis gelangen, daß dieser Haushaltsplan tatsächlich nur für die dringendste Notdurft der nächsten Tage zurechtgemacht ist. Und so dürftig dieser Etat seinem materiellen Inhalte nach, so dürftig war das ihm beigegebene Geleitwort und noch dürftiger und trostloser die sich anschließende Diskussion. Gemeindevorsteher Schulz machte in seinem einleitenden kurzen Referat die „erstaunliche“ Mitteilung, daß die Einnahmen und Ausgaben balanciert werden konnten, ohne Erhöhung der bisher herrschenden Steuerlast. Das noch aus den früheren Jahren herrührende Defizit von circa 110 000 M. werde man bei einigermaßen günstiger Konjunktur ebenfalls decken können. — Die Generaldiskussion, die sonst bei solchen Vorlagen zu einer Vorgespräch der kommunalen Verhältnisse auf allen Gebieten zu führen pflegt, bewegte sich in der hierorts üblichen Oberflächlichkeit, verlor sich in Kleinram, um schließlich in dem Wunsch nach einer neuen Feuerspritze zu enden. Nirgends ein Zug ins Große, überall die Kurzsichtigkeit und außerdem noch vom krassesten Klassenegoismus eingegengte Augenblickspolitik, die heute noch nicht imstande ist, die Notwendigkeiten von übermorgen zu erkennen und zu begreifen. Das schien denn auch einem Mitgliede des Gemeindevorstandes, dem Schöffen Dr. Benzner, aufzukommen, der feststellte, daß leider für Verkehr- und soziale Zwecke kein Geld vorhanden sei. Das Eingeständnis, daß für kommunal-soziale Aufgaben in Groß-Lichterfelde keine Mittel bereitgestellt werden, wollen wir lediglich registrieren. Diese Tatsache ist, um einen beliebigen bürokratischen Ausdruck zu gebrauchen, nicht nur „ambänotisch“, sie ist auch der Arbeiterkraft unserer Ortschaft schon sehr lange bekannt. In einem Punkt allerdings waren alle Gemeindevorsteher einig: daß der Grundbesitz nicht höher besteuert werden darf. Dagegen wurde von einer Seite die Erhöhung der Personal-Einkommensteuer um 5 Proz. vorgeschlagen, von anderer Seite bekämpft mit dem Hinweis auf die „Konkurrenz“ unter den Vororten, besonders der weissen, nur weil eine solche Steuererhöhung abhreckend auf die paar steuerkräftigen, aber steuerheuen Bevölkerungsschichten wirke und den Zugang hemme. Diese „Konkurrenz“ unter den Vororten, dieses „Anreizen“ wohlhabender Leute durch möglichst niedrig gehaltene Kommunalsteuern erinnern lebhaft an die etwas anrüchigen Geschäftsgepflogenheiten am ehemaligen Rühlendamm in Berlin. Solche unhaltbaren Zustände, die nur dort entstehen und gedeihen können, wo ein großes wirtschaftlich einheitliches Gebiet in eine Reihe politisch selbständiger Gemeinden aufgelöst ist, drängen geradezu nach einer politischen Einheit: einem Groß-Berlin. Und dagegen sträubt man sich nun in Groß-Lichterfelde gerade am allermeisten, und zwar, weil, wie einmal ein Gemeindevorsteher erklärte: in Berlin die Singer und Genossen immer mehr den Ton angeben und man mit diesen Leuten nichts zu schaffen haben wolle. So sieht es in jenen Kreisen mit den „Gründen“ gegen die vernünftige und notwendige Forderung der Schaffung eines Groß-Berlin aus. Es ist dabei auch weiter kein Wunder, daß eine Gemeinde unter so weisfächtiger Leitung nicht einmal diejenigen Fortschritte aufweist, die die bescheidensten Ansprüche genügen könnte. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteherkandidat, der in einer Wählerversammlung unsere öffentlichen kommunalen Verhältnisse in sachkundiger Weise kritisierte die Stagnation auf allen Gebieten feststellte, ist bei der Wahl den staatsverhaltenden Stimmen der Freisensen zum Opfer gefallen. Aber die Wichtigkeit seiner Ausführungen ist durch den jetzigen Etat und das Eingeständnis des Schöffen Dr. Benzner aufs glänzendste bestätigt worden. — Schließlich wurde der Haushaltsplan, aus dem wir die wichtigsten Zahlen noch mitteilen werden, einer Kommission überwiesen worden.

Borghagen-Rummelsburg.

Der Etatvoranschlag für 1910 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 800 000 Mark ab, gegen das Vorjahr ein Mehr von 188 283 M. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, welcher im laufenden Jahre 125 Prozent betrug, ist für 1910 auf 135 Prozent erhöht. Ebenso ist die Gemeindegeldsteuer von bisher 3/4 Proz. bei bebauten und 1/2 Prozent bei unbebauten Grundstücken auf 3 1/2 und 7 Prozent erhöht. Auch erfahren die Kanalisationsgebühren eine Erhöhung. Diese unerfreuliche Lastlage der Erhöhung der Gemeindeabgaben, besonders die Erhöhung des Gemeindegeldzuschlages zur Einkommensteuer ist mit auf die vor zwei Jahren auf Verlangen des allmächtigen Borghagener Grundbesitzervereins erfolgte Herabsetzung des Gemeindegeldzuschlages von 125 Proz. auf 100 Proz. zurückzuführen. Unsere Vertreter hatten sich damals ganz entschieden gegen die künstliche Herabsetzung des Gemeindegeldzuschlages gewandt — und auch aufs Klarste nachgewiesen, daß durch die Herabsetzung eine um so höhere Herausforderung des Gemeindegeldzuschlages in den Folgejahren eintritt muß. Um nun in diesem Jahre nicht noch über 135 Proz. herausgehoben zu müssen, sind zur notwendigen Valanzierung des Etats aus dem Straßenunterhaltungsfonds 115 000 M. eingestellt. Im Vorjahre waren es 90 000 M., die aus Fondsmitteln genommen worden waren. Trotz dieser Erhöhung der Gemeindeabgaben, die eine Mehreinnahme von etwa 125 000 M. ausmachen, wie durch die Zuführung von 115 000 M. aus den Fonds, finden wir, daß für die paar winzigen sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen Mehreinnahmen leider nicht gemacht worden sind. Die einzelnen Etatspositionen weisen in ihren Hauptkapiteln in Einnahmen und Ausgaben folgende Zahlen auf: Die Ausgaben für die Gemeindeverwaltung sind mit 861 500 M. gegenüber 27 400 M. Einnahmen berechnet. Im Vorjahre waren es 804 930 M. und 33 070 M. Das höhere Schulwesen weist an Ausgaben 342 450 M. und 192 500 M. an Einnahmen auf. Im Vorjahre 298 515 M. Ausgaben und 171 160 M. Einnahmen. Der Gemeindegeldzuschlag für die höheren Schulen beträgt mithin im laufenden Jahre 149 890 M. gegenüber 127 355 M. im Vorjahre. Von diesen 149 890 M. Gemeindegeldzuschlag entfallen auf das Realgymnasium 60 300 M., auf die höhere Mädchenschule 43 140 M. und auf die Mittelschule 87 450 M. Die Ausgaben für die Volksschulen sind mit 688 500 M. Ausgaben gegenüber 62 350 M. Einnahmen berechnet. Die Gemeinde hat mithin für die Volksschulen allein 628 150 M. gleich dem Betrag von 190 Prozent des Gemeindegeldzuschlages zur staatlich veranlagten Einkommensteuer aufzubringen.

Im Vorjahre betrug der Gemeindefiskus für die Volksschule 541 570 M. Die hohe Steigerung der Aufwendungen für die Volksschulen im Betrage von 84 580 M. sind ausschließlich auf die neue Lehrerbildung und den Wegfall der bisherigen Staatsbeihilfe zurückzuführen. Das Kapitel mit dem recht wohlthätig klingenden Namen „Armen-, Waisenverwaltung und Wohlfahrtsamt“ beziffert die Armenlasten auf 53 000 M., das ist pro Kopf der Bevölkerung etwa 1,05 M. Die Gesamtaufwendungen für die sogenannten Wohlfahrtsrichtungen betragen 10 500 M., das ist pro Kopf der Bevölkerung 20 Pf. Ein Mehr gegen das Vorjahr weist nur die Position „Ferienkolonie“ mit 500 M. auf. Die direkten Gemeindesteuern sollen nach Abzug von 129 976 M. Kreissteuern den Betrag von 920 986 M. bringen. Es entfallen von den 1 050 912 M. betragenden direkten Steuern auf die Gemeindefiskussteuer 448 200 M., auf die Gemeindegemeinschaftsteuer 529 412 M., auf die Gemeindegewerbesteuer 68 300 M. und auf die Gemeindegewerbesteuer 5000 M. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern sind mit 227 110 M. angesetzt und zwar 32 000 M. Biersteuer, 18 500 M. Hundsteuer, 150 000 M. Umsatzsteuer, 25 000 M. Wertzugssteuer und 1500 M. Luftfahrtssteuer, im Vorjahre waren es zusammen 232 000 M., die hierfür angelegt waren. Im Kapitel „Vermögen und Schulden“ ist für Verzinsung der Gemeindefiskus ein Ausgabebetrag von 619 000 M. erforderlich, im Vorjahre waren es 600 410 M. Die Straßenunterhaltung kostet der Gemeinde nach Abzug der ordentlichen Einnahmen 115 300 M., im Vorjahre 111 000 M. Der Reinertrag aus dem Wasserwerk ist auf 154 610 M. gegen 144 000 M. im Vorjahre veranschlagt. Das Kapitel „Entwässerung“ (Kanalisation) schließt mit einer Ausgabe von 255 120 M. gegenüber einer Einnahme von nur 195 050 M. ab. Der hierzu erforderliche Gemeindefiskus von 60 070 M. fällt ausschließlich auf den Ortsteil Nummelsburg. Ursache dieses sehr hohen Aufwandes ist die Inbetriebsetzung der neuen durch den Zweidirektionsberg-Nummelsburg betriebenen Verteilungs- und Abwasserkanalisation, die sich außergewöhnlich teuer stellt.

Die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung, in welcher dieser Etatvoranschlag zur Beratung steht, findet am heutigen Freitag um 5 Uhr statt. In dieser Sitzung kommt auch der von unseren Vertretern eingebrachte Wahlrechtsantrag zur Beratung.

Treptow-Baumschulweg.

Mit den Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten am Sonntag im Treptower Park wird sich die heute nachmittag 6 Uhr im Amtslande, Neue Krugallee 5, 1. Trepte, stattfindende Gemeindevertretung beschäftigen. Unsere Genossen haben einen dringlichen Antrag gestellt, nach welchem der Gemeindevorstand ersucht werden soll, bei dem Polizeipräsidenten von Berlin energisch dahin vorstellig zu werden, daß Polizeimaßnahmen, wie sie am vergangenen Sonntag in der Gemeinde Treptow beliebt wurden, sich in Zukunft nicht wiederholen.

Desgleichen liegt ein Antrag derselben Vertreter vor, welcher verlangt, daß die Vertretung eine Petition an beide Häuser des Landtages richtet, in welcher um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage, wie sie durch die Kommissionsberatung gestaltet wurde, ersucht wird.

Bernau.

Die Rechtsauskunftsstelle der freigeordneten Arbeiter Bernau und Umgebung befindet sich beim Genossen Ernst Andäcke, Bernau, Wallstr. 1a. Dieselbe ist Montags, Mittwochs, Freitags von 7 1/2 bis 9 Uhr abends, Sonntags von 1—2 Uhr mittags geöffnet. Es wird vollständig kostenlos Auskunft wie auch Anfertigung von Schriftsätzen im Arbeiterrecht, bürgerlichen Recht, Strafrecht usw. gewährt. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß Steuerreklamationen baldmöglichst angebracht werden möchten, da durch die ergangenen und ergehenden Veranlagungen die Inanspruchnahme eine ziemlich starke sein wird, damit pünktliche Erledigung zugesichert werden kann. Vom 1. Januar dieses Jahres bis Ende Februar sind 28 Auskünfte erteilt worden.

Pankow.

In der Gemeindevertretung am letzten Dienstag wurde zunächst die Erziehung einer siebenklassigen katholischen Gemeindefschule zum 1. Oktober 1910 beschlossen. Als Schullehrer ist das Gemeindefschulhaus in der Schulstraße bestimmt. Gleichzeitig beschloß die Gemeindevertretung die Anstellung der erforderlichen Lehrkräfte (ein Rektor, 4 Lehrer und 2 Lehrerinnen) für diese Schule. — In der vor kurzem beschlossenen Besoldungsordnung für Gemeindefschullehrer waren die Dienstalterszulagen für Rektoren je nach der Anzahl der ihnen unterstellten Schulklassen differenziert worden. Hiergegen hat die Regierung verfügt, daß eine solche Differenzierung gesetzlich nicht zulässig und diese Zulagen gleichmäßig auf 1200 M. zu bemessen seien. Die Gemeindevertretung erteilte hierzu formell ihre Zustimmung. — Eine recht lebhaft abgehaltene Debatte veranlaßte ein von der Finanzkommission zur Verfügung gestellter Antrag an den Bezirksausschuß auf Abänderung der Marktordnung. Im Jahre 1902 hatte mit Zustimmung der Gemeindevertretung der damalige Gemeindevorsteher von Pankow auf Grund des § 60 Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung beim Bezirksausschuß beantragt und letzterer hatte dem auch zugestimmt, daß in die Reihe der Gegenstände des Wochenmarktes, dem örtlichen Bedürfnis Pankows entsprechend, auch „Fasamentier- und Wollwaren“ aufgenommen würden. Gegen diese Bestimmung haben dann später die interessierten Geschäftskreise Pankows Sturm gelaufen. Im Jahre 1902 hat dann auch die Gemeindevertretung erneut beim Bezirksausschuß beantragt, die Fasamentier- und Wollwaren aus den Wochenmarkterzeugnissen wieder zu streichen. Letzteres wurde jedoch vom Bezirksausschuß abgelehnt mit der Begründung, daß, wenn einmal andere als die im § 60 Abs. 1 Ziff. 1—3 der Reichsgewerbeordnung benannten Gegenstände zum Wochenmarkt zugelassen seien, diese dann den Charakter der im Gesetz benannten erhalten und dann auch nicht mehr aus dem Wochenmarkterzeugnis wieder ausgeschlossen werden könnten. Trotz dieses ablehnenden Bescheides aber haben die Fasamentier- und Wollwaren auf dem Pankower Wochenmarkt die interessierten Geschäftsleute unseres Ortes nicht schlafen lassen. Die unbedequate Konkurrenz ist ihnen ein Dorn im Auge und sie muß unter allen Umständen beseitigt werden. Es scheint ihnen ja nun in letzter Zeit gelungen zu sein, das Ohr des Bürgermeisters zu gewinnen. Letzterer befürwortete

den Antrag der Finanzkommission auf Abänderung der Marktordnung aufs wärmste. Unter dem Vorzeichen, den Mittelstand Pankows heben und schützen zu wollen, entpuppt sich in der Debatte von den Bürgerlichen vor allem die Gemeindevorstände Schwien — der als Inhaber eines Fasamentier- und Wollwarengeschäfts ganz in der Nähe des Pankower Wochenmarktes persönlich sehr lebhaft bei der Sache interessiert ist — und Soltfäter — der übrigens in der Sitzung auch bei den anderen Verhandlungspunkten seine Kandidatenreden für die kommenden Wahlen glaubte anbringen zu müssen — als die grimmigsten Feinde des Kleinhandels und die Vertreter des borniertesten Lokalpatriotismus. Man will die kleinen Händler, wie es in Berlin und einigen Vororten bereits geschehen, auch von dem Wochenmarkt Pankow verdrängen, um, wie ein anderer bürgerlicher Hehner sehr offenkundig erklärte, den Hausbesitzern die Käden rentabler zu machen. Daß dabei die unbemittelten Käufer durch höhere Verkaufspreise in den Ladengeschäften die Bege zu zahlen haben, das schert die Herren Schwien und Konforten wenig. Schließlich gelangte der nun abermals an den Bezirksausschuß zu richtende Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen zur Annahme. Ob es diesmal gelingen wird, den kleinen Händlern mit Fasamentier- und Wollwaren den Pankower Wochenmarkt zu verschließen, ist freilich nach dem Bescheid des Bezirksausschusses vom Jahre 1902 noch fraglich. — Nachdem noch von der Gemeindevertretung die Aufhebung des Ortsnamens „Pankow“ in „Berlin-Pankow“ vollzogen und einige andere weniger interessierende Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der öffentlichen und Beginn der geheimen Sitzung.

Spandau.

Zum ersten Male haben sich unsere Genossen in Gadow a. d. H. an der Gemeindevertreterswahl beteiligt. Von den 30 abgegebenen Stimmen erhielt unser Genosse Hermann März 17, der Gegenkandidat Amtsvorsteher Hein 22 Stimmen. Gegen die Wahl des Herrn Amtsvorstehers werden unsere Genossen Protest erheben, weil die Bekanntmachung nicht vorschristsmäßig erfolgt ist.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin, Abteilung 18. Sonntag, 13. März, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im „Marktsaal“, Markstraße 18. Vortrag des Herrn Morgenstern: „Der Reich im Kampfe mit giftigen Gassen“ (Mit Experimenten). Gäste willkommen.

Treptow-Baumschulweg. Die freie Jugendorganisation veranstaltet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ihre nächste Versammlung bei Scholz, Gdylr. 49 (am Berliner Ortsteil). Die Eltern jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, ihre Kinder in diese Versammlung zu schicken.

Johannisthal. Morgen Sonnabend, den 12. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Genossen eine Jugendversammlung statt. Der Jugendgenosse Hermann Weigert-Berlin spricht über: „Das Recht der Jugend“. Zahlreiches Erscheinen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Orts und der Nachbarschaft wird erwartet.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Tischler

Ernst Ebert

nach langen Leiden verstorben ist. Um stilles Beileid bittet Frau Pauline Ebert.

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt. 46072

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 8. März verstarb unser Mitglied, der Gastwirt

Karl Steinmann

Babstr. 25.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes in Bürgenlose aus statt. 22671

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stillscher

Gustav Brätsch

am 8. März im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.

Um rege Beteiligung wird gebeten. 67/3 Die Bezirksverwaltung.

Selowsky's Bolero-Cigaretten

bleiben unübertroffen!

mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

10 Stück 20 Pfg.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Köpenicker Viertel. Bezirk Nr. 196.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Ernst Ebert

Eisenbahnstr. 33

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 210/9 Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Am 8. März verstarb unser Mitglied, der Köchler

Emil Gewinner

24. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobskirchhofes (Hermannstraße) aus statt. 224/13

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers

Reinhold Behm

sagen wir allen seinen Freunden sowie allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank. 1001b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 13. März:

1. Abt. 2 Uhr: Tempelhofer (Bühlengärten) 10/7
2. Abt. 8 Uhr: Seddin.
3. Abt. 1 Uhr: Zehlendorf (Wief.).
3. Abt. 8 Uhr: Hundsbaur Großheeren.
3. Abt. 12 Uhr: Familien-Tour Zehlendorf (Wief.) am Urban punkt 3 Uhr.
4. u. 9. Abt. 1 1/2 Uhr: Adlershof (Wöllsch).
5. Abt. 1 Uhr: Bernau (Kloster).
6. Abt. 1 1/2 Uhr: Groß-Lichterfelde (Kaiserhof).
7. Abt. 2 Uhr: Pfingstberg (Brennd.).
8. Abt. 1 1/2 Uhr: Mariendorf (Großbeerenstr. 79).

Achtung, 6. Abteilung!

Heute abend 8 1/2 Uhr:

— Außerordentliche —

Abteilungs-Versammlung bei Obiglio, Schwedter Str. 23/24.

Malchower Kautabak (Hecklenburger)

aus der Fabrik von Joh. Dannehl, Malchow.

General-Vertrieb durch:

Karl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 112, Amt VII, 8861.

Tabakfabrik. — Zigarren, Zigaretten en gros.

Hauptniederlage v. G. A. Haaswacker, Grimm & Triepel, Mühlhäuser, Dänischer und des Kapitän-Kautabak.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Ernst Ebert

am 8. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshofe aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 80/9 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Alt-Glienicke.

Den Parteigenossen hierdurch zur Nachricht, daß unser Genosse

Karl Krochnitzki

am 8. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 902/11 Der Vorstand.

Ida Pflüger geb. Gütze.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meiner geliebten Frau, unserer guten Mutter 1084b

Friederike Schirge

sowie für die herrlichen Krankspenden sagen wir allen Teilnehmern und den Sängern unseren tiefgefühltesten Dank.

Moritz Schirge und Ander.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203. Ecke Schützenstr.

Wochentags 10—2, 5—7.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Möbel Lechner

Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor. Laden und 1. Etage.

Wohnungs-Einrichtungen in kolossaler Auswahl auf Kredit und gegen Bar

Bei Anzahlung von Mk. 15,— bis Mk. 20,—	Bei Anzahlung von Mk. 30,— bis Mk. 40,—
1 Kleiderschrank	1 Kleiderspind
1 Bettstelle	1 Vertiko
1 Matratze	2 Bettstellen, 4 Stühle
2 Stühle	1 Sofatisch
1 Tisch	1 Spiegel
1 Spiegelspind	1 Spiegelspind, 1 Sofa
1 Kücheneinrichtung	1 farbige Küche
pro Woche Mk. 1,— bis Mk. 2,—	pro Woche Mk. 2,— bis Mk. 3,—

Einzelne Möbelstücke von Mk. 5,— Anzahlung an. Ferner: Herren-, Speise-Zimmer, Salon etc. Liefere auch nach auswärts! Auf Wunsch Katalog! Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf Mk. 5,— gutgeschrieben. — Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Am 9. März, nachmittags 12 1/2 Uhr, verstarb nach langen schweren Leiden unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Berta Müller

im Alter von 88 Jahren.

Dies geht selbstverständlich im Namen der Hinterbliebenen an

Julius Müller

Bildau 38.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Königs-Bauernhäuser Leichenhalle aus statt. 2

Sozialdemokrat. Kreiswahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Rüdersdorf.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 9. März, nach unserer alter Parteigenosse

Karl Busse

an Lungenerkrankung.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rüdersdorfer Friedhofes aus statt.

Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbräu.

Aerisch empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc. etc.

Preis pro Flasche 10 Pfg. Überall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G. BERLIN-PANKOW. Größte Malzbräuerei Deutschlands.

Danksagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester

Anna Krause

sagen wir allen unseren besten Dank, besonders den Arbeiterinnen der Firma Valamind und dem Männer-Ges. Norden. 1085b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Auguste Otto

sage ich allen Beteiligten, insbesondere den Samowitischen Arbeiterinnen „Zum Sandflug“ meinen innigsten Dank. 1090b

Wilhelm Otto.

Feiner

Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden.

General-Vertrieb:

Karl Röcker, Berlin O. 27. Grüner Weg 112 (Amt VII, 8861).

